Nr. 157. 30. Jahrg.

**Abonnements-Bedingungen:**
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Besitzsteuer.

Das Werk, das Zentrumsschlauheit der liberalen Schwachmütigkeit abgelistet hat, wäre also fertig und die dauernden Ausgaben sollen im wesentlichen durch die Reichsvermögenszuwachssteuer gedeckt werden.

Die Vermögenszuwachssteuer ist gegenüber den anderen Besitzsteuerarten — Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftssteuer — sicherlich steuertechnisch die schlechteste. Sie trifft eben nicht das Vermögen als solches, sondern nur seine Vermehrung. Sie schont damit vor allem den großen Grundbesitz und insbesondere die Fideikommisse; sie bedeutet also eine neue Bevorzugung der Agrarier und es ist kein Zufall, daß der Plan der Zuwachssteuer gerade von freikonservativer Seite ausgeheckt und propagiert worden ist. Daß diese Steuer nur sehr ungleichmäßig den einzelnen trifft, daß sie daher schon aus Gründen der Steuergerechtigkeit zu verwerfen wäre, das brauchen wir nicht nachzuweisen, da es schon Herr Lentze, der preußische Finanzminister in seiner Denkschrift, die wir unlängst ausführlich zitierten, getan hat.

Die Zuwachssteuer ist auch weniger aus steuertechnischen Gründen als aus politischen Gründen fabriziert worden. Gegen die Reichsvermögenssteuer hatten sich die Einzelregierungen aus fiskalischen Sonderinteressen ausgesprochen und Herr von Bethmann Hollweg, statt das Interesse des Reiches wahrzunehmen, kapitulierte in gottgewollter Abhängigkeit vor dem Patikularismus und erklärte die Vermögenssteuer für unannehmbar. Die Zuwachssteuer wird dagegen von den Regierungen akzeptiert werden. Dies bedeutet nun freilich einen Rückzug, denn schließlich ist die Zuwachsbesteuerung kein viel geringerer Eingriff in die angeblich unantastbaren Rechte der Einzelstaaten, als es die Vermögenssteuer wäre. Und ökonomisch ist diese Steuer ebenfalls eine Vermögenssteuer, der nur mehr Mangel anhaften als der gewöhnlichen. Aber für die Schwäche der Liberalen ist es bezeichnend, daß sie einer Steuer, deren einziger Sinn ist, den Agrariern auf Kosten des Handels- und industriellen Kapitals Sondervorteile einzuräumen, ihre Zustimmung gaben und vor einem Machtwort des Herrn von Bethmann Hollweg zurückwichen, in einer Situation, die für die Durchsetzung ihrer Steuerforderungen gar nicht günstiger gedacht werden konnte.

Haben die Liberalen die Vermögenssteuer preisgegeben um der Regierung die Möglichkeit zu geben, wenigstens zum Schein ihre Autorität zu wahren, so ist ihr Verzicht auf die Durchsetzung der Erbschaftssteuer noch schlimmer. Man gedenke schließlich nur der feierlichen Schwüre, die die Liberalen seit der Finanzreform von 1909 immer aufs neue abgelegt haben: die Erbschaftssteuer muß durchgesetzt, der Widerstand der steuerscheuen Agrarier muß gebrochen werden! Jetzt konnte er gebrochen werden und da erfaßt die liberalen Mannen plötzlich die Angst vor der eigenen Courage. Für die Erbschaftssteuer war im Reichstag eine Majorität gegeben, die Annahme durch den Bundesrat war sicher. Die Liberalen hätten nur zu stimmen brauchen und die Schwarzblauen hätten zum erstenmal eine schwere politische Niederlage erlitten. Das Zentrum schätzt aber diese Gegner richtig ein. Es bot ein Kompromiß an, daß die Erbschaftssteuer nur zur Hälfte und noch dazu in denaturierter Form enthielt, im übrigen aber für die Agrarier mehr rettete, als diese je hoffen konnten. Indem die Liberalen zu Bundesgenossen des Zentrums wurden, dieser Partei wiederum die führende Stellung bei der Finanzreform einräumten, nahmen sie selbst der Entscheidung jeden politischen Sinn und bewahrten die Schwarzblauen vor den Folgen der Niederlage, die sie bei den Wahlen erlitten hatten.

Die Schuld für dieses Verhalten trifft die Fortschrittspartei in fast noch höherem Maße als die Nationalliberalen. Daß die Nationalliberalen jenem Kampf ausweichen, so lange es irgend wie geht, ist schließlich bei der Molluskennatur dieser Partei nichts Ueberraschendes. Aber die Fortschrittspartei hätte bloß drauf bestehen müssen, entweder die Reichsvermögenssteuer oder die Erbschaftssteuer durchzusetzen und jeden anderen Vorschlag abzulehnen, um die Nationalliberalen, die in der Steuerfrage sich so sehr festgelegt hatten, zu zwingen, auch ihrerseits bei dem liberalen Steuerprogramm zu bleiben. Aber die Fortschrittspartei ist so von Angst erfüllt, die Nationalliberalen könnten nach rechts abmarschieren, daß sie nachgerade willenlos in der Gefolgschaft der Nationalliberalen marschiert und immer mehr zu dem Anhängsel dieser Partei wird. Und so trägt die Fortschrittspartei die Hauptschuld daran, daß das Zentrum einen Triumph feiern kann, daß der Gegensatz, der eine zeitlang zwischen den Nationalliberalen und den Schwarzblauen bestand, überbrückt ist und daß die Taktik des Zentrums, die Nationalliberalen wieder zur klerikal-konservativen Gemeinschaft zurückzuführen, schließlich erst recht von Erfolg gekrönt sein wird.

Und dabei ist die Fortschrittspartei nicht einmal stehen geblieben. Sie hat das Kompromiß selbst dann noch unterstützt, als sein wertvollster Bestandteil wieder herausgebrochen wurde und die Feststellungsgebühr von rund 0,2 Prozent für je 1000 Mark Vermögen, die ursprünglich festgesetzt war, fallen gelassen wurde. Denn diese Feststellungsgebühr war ja der, wenn auch nur sehr bescheidene Anfang der direkten Reichsvermögenssteuer, die dem ganzen Gesetz seinen staatsrechtlichen Charakter gegeben hätte. Noch kurze Zeit vorher hatte Herr v. Payer das Kompromiß gerade wegen dieses Punktes besonders gepriesen. Nun ließen es die Fortschrittler ruhig geschehen, daß diese wichtige Bestimmung herauskam.

Wagten aber die Liberalen die kapitalistischen Interessen nicht gegen die Agrarier durchzukämpfen, so haben sie sie gegenüber den Arbeitern um so skrupelloser wahrgenommen. Das Kompromiß beseitigt zwar den dem Geldverkehr lästigen Scheckstempel, es beseitigt aber keine einzige indirekte Steuer. Ja mehr noch! Nationalliberale und Fortschrittler hatten die Schamlosigkeit, zusammen mit dem Zentrum nicht nur den sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung der Zuckersteuer niederzustimmen, sondern auch sogar das wiederholt vom Reichstag beschlossene Versprechen auf künftige Herabsetzung zu beseitigen — also eine direkte Verschlechterung zu beschließen.

So ist dieses Kompromiß ein neuer Beweis für die liberale Kampfunfähigkeit. Die Sozialdemokratie aber steht diesem Produkt klerikal-liberaler Paarung sehr kühl gegenüber. Ihre Bereitwilligkeit, das Gewicht, das ihr die letzten Wahlen im Reichstag gegeben haben, in die Wagschale zu werfen, um eine neue Belastung der Besitzlosen zu verhindern, hat die bürgerlichen Parteien von neuen Attentaten auf die Armen abgehalten und das Zentrum gezwungen, seinen Widerstand gegen die Erbschaftssteuer zum Teil aufzugeben. Die Sozialdemokratie hat damit das Interesse des Proletariats gewahrt. Wenn auch die neueste Finanzreform Sondervorteile für die Agrarier enthält, so ist das nicht ihre Schuld, sondern die der liberalen Feigheit. Und für uns ist es eine viel geringere Sorge, welche Schicht der Besitzenden schließlich härter angefaßt wird, wenn wir auch nicht verkennen, daß die schärfere Heranziehung gerade der industriellen Schichten eine stärkere Behinderung der ökonomischen Entwickelung bedeutet als die Besteuerung der Großagrarier. Aber das haben die Liberalen zu verantworten, die auch Schuld daran sind, daß es nicht gelungen ist, die jetzige Situation zu einer gründlichen Finanzreform, zu einer Ermäßigung indirekter Steuern auszunutzen. —

## Die zweite Lesung des Wehrbeitrags.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Montagvormittag die zweite Lesung des Wehrbeitrags fort. Am Sonnabend war in Aussicht gestellt worden, daß bis Montag früh den Kommissionsmitgliedern neue Kompromißanträge zugehen würden. Die Sitzung am Montag wurde deshalb erst um 11 Uhr eröffnet, um den Kommissionsmitgliedern Zeit zu gewähren, die neuen Anträge zu prüfen. Da die Kompromißanträge aber erst nach Eröffnung der Sitzung verteilt wurden, erhoben die Genossen Ledebour und David Protest gegen ein solches Verfahren und beantragten eine mehrstündige Pause, damit eine Prüfung vorgenommen werden könne. Sämtliche bürgerlichen Parteien beschlossen jedoch, die Beratungen fortzusetzen, eventuell soll die Mittagspause auf zwei Stunden verlängert werden.

Für Beitragspflichtige, die ein Vermögen von nicht mehr als 200 000 M. und ein Einkommen von nicht mehr als 100 000 M. haben, ermäßigt sich der Wehrbeitrag um 10 Proz. für den dritten und jeden weiteren Sohn, der beim Heere gedient hat. — Die Sozialdemokraten beantragten, 100 000 und 10 000 M. zu setzen. — Alle bürgerlichen Parteien lehnten diesen Antrag ab. Graf Westarp forderte, daß für Beitragspflichtige, die minderjährige Kinder zu unterhalten haben, der Wehrbeitrag für das dritte und jedes weitere Kind um 5 Proz. ermäßigt werden soll, sofern nur ein Vermögen von nicht mehr als 100 000 M. und ein Einkommen von nicht mehr als 10 000 M. vorhanden ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der ersten Lesung ist bekanntlich mit Hilfe der Nationalliberalen beschlossen worden, bei Vermögen, die in

**landwirtschaftlichen Grundstücken**

enthalten sind, das Zwanzigfache des Ertragswertes in Anrechnung zu bringen, statt dem 25fachen, wie es die Regierungsvorlage fordert. Am Montag beantragten nun die Nationalliberalen, den in der Vorlage enthaltenen Satz wiederherzustellen und weiter: „In allen Fällen kann der Beitragspflichtige verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird. Dieses Recht erlischt, wenn es nicht spätestens bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung des Veranlagungsbescheides geltend gemacht wird." — Die Volkspartei beantragte: „Bei der Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen sowie der Wohn- und gewerblichen Zwecken dienenden Grundstücke sind neben dem Ertragswert der Verkaufswert und die Pacht- oder Mietpreise zu berücksichtigen, welche sich für Grundstücke gleicher Art nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermitteln lassen." — Die Nationalliberalen begründeten ihren Antrag damit, daß die Herabsetzung des Satzes auf das Zwanzigfache einen Ausfall von 30 Millionen ergeben würde. Offenbar hat aber die allgemeine Mißstimmung, die infolge der skandalösen Begünstigung des Grundbesitzes entstanden ist, die Nationalliberalen zur Erkenntnis gebracht, daß ihre Liebedienerei für die Agrarier ihnen die Sympathien der städtischen Bevölkerung rauben werde. — Graf Westarp bekämpfte lebhaft den neuen nationalliberalen Antrag, der ja auch beim Vermögenszuwachssteuergesetz durchgeführt werden müsse, also auch beim Kindeserbe. Dagegen müßten aber die Konservativen energisch Protest erheben.

Nach einem Antrage Behrens sollen auch die Gärtnereibetriebe den landwirtschaftlichen Betrieben gleichgestellt werden. Namens der Sozialdemokraten forderte Genosse David, wie schon bei der ersten Lesung, daß die Grundstücke aller Art nur nach dem gemeinen Wert, nicht aber nach dem Ertragswert veranlagt werden. Wird diese Forderung abgelehnt, werden die Sozialdemokraten für den nationalliberalen Antrag stimmen, um einer allzu tollen Begünstigung der Agrarier vorzubeugen.

Nach langer Debatte wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums wird das **Fünfundzwanzigfache des Ertragswertes wieder hergestellt**, der Antrag der Volkspartei wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei abgelehnt; der Antrag Behrens wird einstimmig angenommen; endlich wird der zweite Antrag der Nationalliberalen etwas verändert gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert gefordert haben, für den sich aber eine Mehrheit nicht fand, angenommen.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung darüber ein, wie das

**Einkommen**

zum Wehrbeitrage herangezogen werden soll. In der ersten Lesung ist beschlossen worden, das Einkommen zu kapitalisieren und so von einer bestimmten Höhe an oder auch neben dem Vermögen zum Beitrag heranzuziehen.

Zur zweiten Lesung sind vom Berichterstatter Grafen Westarp, offenbar im Einverständnis mit seinen konservativen Parteifreunden, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Regierung Anträge ausgearbeitet worden, die die **Kapitalisierung des Einkommens beseitigen.** Graf Westarp beantragt: Die Abgabe vom Einkommen beträgt bei einem Einkommen:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | bis zu | 10 000 M. | 1 Proz. | des Einkommens, |
| von mehr als | 10 000 M. | „ „ 15 000 „ | 1,2 | „ „ „ |
| „ „ „ | 15 000 „ | „ „ 20 000 „ | 1,4 | „ „ „ |
| „ „ „ | 20 000 „ | „ „ 25 000 „ | 1,6 | „ „ „ |
| „ „ „ | 25 000 „ | „ „ 30 000 „ | 1,8 | „ „ „ |
| „ „ „ | 30 000 „ | „ „ 35 000 „ | 2 | „ „ „ |
| „ „ „ | 35 000 „ | „ „ 40 000 „ | 2,5 | „ „ „ |
| „ „ „ | 40 000 „ | „ „ 50 000 „ | 3 | „ „ „ |
| „ „ „ | 50 000 „ | „ „ 60 000 „ | 3,5 | „ „ „ |
| „ „ „ | 60 000 „ | „ „ 70 000 „ | 4 | „ „ „ |
| „ „ „ | 70 000 „ | „ „ 80 000 „ | 4,5 | „ „ „ |
| „ „ „ | 80 000 „ | „ „ 100 000 „ | 5 | „ „ „ |
| „ „ „ | 100 000 „ | „ „ 200 000 „ | 6 | „ „ „ |
| „ „ „ | 200 000 „ | „ „ 500 000 „ | 7 | „ „ „ |
| „ „ „ | 500 000 „ | | 8 | „ „ „ |

Nach Berechnungen der Regierung würde diese neue Staffelung einen Ertrag von ungefähr 80 Millionen Mark ergeben. — **Die Sozialdemokraten beantragten das folgende: Die Abgabe vom Einkommen beträgt bei einem Einkommen**

| | | | |
|---|---|---|---|
| | von 5000—10 000 M. | 1 Proz. | |
| von den nächstangefangenen oder vollen | 10 000 „ | 3 | „ |
| „ „ „ „ „ | 50 000 „ | 6 | „ |
| „ „ „ „ „ | 100 000 „ | 9 | „ |
| „ „ „ „ „ | 500 000 „ | 12 | „ |
| „ der „ „ „ | 1 000 000 „ | 15 | „ |

Genosse **Wurm** erklärte, der Kompromißantrag unter dem Namen Westarp treffe die **kleineren Einkommen viel härter**, als nach den Beschlüssen der ersten Lesung, dagegen werden die **großen Einkommen sehr geschont.** Das könnten die Sozialdemokraten nicht mitmachen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, der Antrag Westarp (Kompromißantrag) gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme fanden die folgenden Anträge Westarp: „Als festgestellt wird angenommen das niedrigste Einkommen der Steuerstufe, in welcher der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt ist oder ohne Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse zu veranlagen gewesen wäre." Ferner: „Abgabefrei sind die festgestellten Gesamteinkommen, welche den Betrag von fünftausend Mark nicht übersteigen, sowie die nach Abzug des abgabefreien Teils des Einkommens verbleibenden Restbeträge unter eintausend Mark."

Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde auch dieser Antrag des Grafen Westarp angenommen: „Die beitragsfreie Vermögensgrenze erhöht sich bei einem Einkommen von nicht mehr als zweitausend Mark auf fünfzigtausend Mark und bei einem Einkommen von mehr als zweitausend, aber nicht mehr als viertausend Mark auf zwanzigtausend (dreißigtausend) Mark." — Unsere Genossen haben gefordert, daß statt 2000, 3000 und statt 4000, 5000 Mark gesetzt wird, um die niedrigen beitragspflichtigen Einkommen mehr zu schützen.

Nachdem Beschluß der ersten Lesung ist zur

**Abgabe einer Vermögenserklärung**

verpflichtet, wer mehr als 25 000 M. Vermögen, oder wer bei mehr als 5000 M. Einkommen mehr als 10 000 M. Vermögen hat. Unter Streichung der letzteren Bestimmung beantragten die Nationalliberalen, bei 20 000 Mk. die Verpflichtung zur Vermögenserklärung eintreten zu lassen, die Konservativen dagegen, daß diese Verpflichtung erst bei 50 000 M. beginnt. — Genosse David führte gegen den konservativen Antrag aus, daß mit ihm eine weitere Durchlöcherung der Heranziehung der Besitzenden zum Wehrbeitrage beabsichtigt wird. Die von den Nationalliberalen beantragte Streichung müsse abgelehnt werden, um die Leute mit 5000 M. Einkommen und 10 000 M. Vermögen zur Vermögenserklärung zu zwingen.

Die Nationalliberalen änderten ihren Antrag dementsprechend um, worauf er Annahme fand. Weiter wurde beschlossen, die Verpflichtung zur Vermögenserklärung bei 20 000 M. beginnen zu lassen. Aufgehoben wurde die Bestimmung, daß gegen einen Beitragspflichtigen, der wissentlich unwahre Angaben der Behörde macht, neben Geld- und Gefängnisstrafen auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Dagegen wurde beschlossen, daß die Steuerbehörde der Staatsanwaltschaft die Akten zu übergeben hat, falls der Verdacht der böswilligen Steuerhinterziehung besteht. Bestrafungen eines Beitragspflichtigen können auf seine Kosten öffentlich bekanntgemacht werden. Die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Schutzgebiete **wurde entgegen den Beschlüssen in erster Lesung gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.**

Die Sozialdemokraten beantragen ferner, einen etwaigen Ueberschuß beim Wehrbeitrag für die Veteranen, für Mutter- und Säuglingsschutz und sonstige sozialpolitische Zwecke zu verwerten. Das Zentrum dagegen fordert: „Die Einnahme aus dem Wehrbeitrag zuzüglich freiwilliger Beiträge ist ausschließlich zur Deckung der Kosten für die Verstärkung der Wehrmacht auf Grund der Vorlage zu verwenden. Wenn nach dem Voranschlage für das Jahr 1915 die Einnahme aus dem Wehrbeitrag die Ausgaben, zu deren Deckung sie bestimmt ist, überschreitet, ist der Wehrbeitrag zur Kürzung des letzten Drittels des Wehrbeitrages nach Maßgabe des Reichshaushaltsgesetzes bereitzustellen." — Die Kommission hatte in der ersten Lesung beschlossen, Ueberschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden. — Schatzsekretär Kühn sprach sich für den Zentrumsantrag aus.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt; der Antrag des Zentrums dagegen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Damit war die zweite Lesung des Wehrbeitrages erledigt.

* * *

**Ueber den finanziellen Effekt der Deckungsvorlagen nach den bisherigen Beschlüssen der Budgetkommission**

hat das Reichsschatzamt der Kommission die folgende Aufstellung zugehen lassen:

Für die Zeit bis zum 31. März 1917 fallen an Einnahmen weg (bei Außerachtlassung der etwaigen Einnahmen aus dem Erbrecht des Staates):

| | Millionen Mark | |
|---|---|---|
| **I. Mindererträge aus dem Stempelgesetz:** | | |
| a) 1913: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark, davon für die Zeit vom 1. Oktober 1913 die Hälfte, gleich | 10 | |
| b) 1914: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark für das ganze Jahr | 20 | |
| c) 1915: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark, der ausgeglichen wird durch den Wegfall der mit 20 Millionen Mark veranschlagten Entschädigung der Bundesstaaten | — | |
| d) 1916: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark, der nur in Höhe von 15 Millionen Mark durch den Wegfall der Entschädigung der Bundesstaaten ausgeglichen wird, weil die Entschädigung vom 1. Oktober 1916 ab nur die Hälfte betragen sollte, so daß ein Mindererertrag verbleibt von | 5 | |
| Summe | 35 | |
| II. Es treten hinzu: | | |
| a) Ausfall infolge der Ermäßigung der Grundwechselabgabe für 1915 und 1916 mit je 20 Millionen Mark, gleich | 40 | |
| b) Ausfall infolge späteren Inkrafttretens der Besitzsteuer, gleich | 80 | |
| III. Dieser Betrag würde sich bei Ablehnung des Erbrechts des Staates erhöhen um die Ausfälle für 1913 mit 5 Millionen Mark und für 1914, 1915, 1916 mit je 15 Millionen Mark, zusammen | 50 | |
| IV. Gesamtausfall | 205 | |

Für die Zeit vom 1. April ergeben sich an Einnahmen nach den Beschlüssen der Budgetkommission jährlich aus:

| | Millionen Mark | |
|---|---|---|
| a) Stempeln | 44 | |
| b) Zuckersteuer | 40 | |
| c) Besitzsteuer | 90 | (95) |
| d) Erbrecht des Staates | 15 | |
| zusammen | 189 | (194) |
| Davon ab die Einnahme aus dem Scheckstempel | 3 | |
| verbleiben | 186 | (191) |
| Dieser Betrag würde sich bei Ablehnung des Erbrechts des Staates mindern um | 15 | |
| auf | 171 | (176) |

Diesen Einnahmen steht gegenüber ein Bedarf von 184 bis 186 Millionen Mark.

# Parlamentarismus und Korruption.

London, 21. Juni. (Eig. Ber.)

Die Marconidebatte im englischen Unterhause ist wie das Hornberger Schießen ausgegangen. Nach all dem Donner der Leitartikel, nach all dem Säbelgeklirr der liberalkonservativen Parlamentsschlacht, in der auch nicht einer der Kämpfer den kleinsten Ritz davontrug, ist eine Art Versöhnung der beiden bürgerlichen Parteien zustande gekommen. Es heißt, die Ehre Englands sei nun wiederhergestellt worden. Es wäre auch peinlich gewesen, wenn diesmal aus dem Scheinkampf der beiden Parteien, die sich seit Generationen die Herrschaft über Großbritannien teilen, ein wirklicher Kampf geworden wäre: wenn das Volk einmal einen Blick hinter die Kulissen hätte tun können, wo die Einzelheiten über den großen Meisterschaftsringkampf im vorhinein abgemacht werden; wenn das Volk den Geschichten über Geschäftspolitiker hätte lauschen können, die man sich sonst nur privatim zuflüstert. Doch rechtzeitig erinnerte man sich des Grundsatzes, daß eine kluge konservative Krähe einer liberalen Krähe kein Auge ausgehackt, wenn es sich um Dinge handelt, die die ganze Herrschaft des Bürgertums gefährden könnten. Die Drohung der Liberalen, die Geschäftspraktiken eines früheren konservativen Schatzkanzlers und die verschiedener anderer konservativer Minister aufzudecken, mag viel dazu beigetragen haben, den konservativen Angriff zu lähmen. Schwer lag den Konservativen auch die Handlungsweise ihrer zwei unerschrockensten Kämpen im Magen, des Sir Edward Carson und des jungen Smith. Beide haben nämlich in dem Prozeß Chesterton, dem beleidigten Direktor der Marconigesellschaft, die Verteidigung geführt, wobei sie natürlich auch das korrekte Vorgehen der angeklagten Minister hervorheben mußten. Hätten sie nun im Parlament als Politiker widerlegt, was sie als Juristen bewiesen hatten, so wäre aus dem versuchten Ministersturz die schönste Komödie geworden.

Aber auch so war die Debatte komisch genug. Wie erinnerlich sein wird, hatte die liberale Mehrheit des Marconikomitees die Minister von jeglicher Schuld freigesprochen; selbst daß die Minister bei ihrem Ankauf von amerikanischen Marconiaktien und bei der Verheimlichung dieses Geschäfts indiskret gehandelt hätten, wollten diese fanatischen Parteigänger nicht zugeben. Nun mußten die Minister selbst durch ihre Erklärungen im Parlament diese eifrigen Parteifreunde desavouieren und der Beschluß der Parlamentsmehrheit besiegelt die Blamage.

Die Arbeiterpartei befand sich in dieser Angelegenheit in einer unglücklichen Situation. Ihr Vertreter im Marconikomitee (Parker, der Vizepräsident der Partei) hat nämlich den liberalen Mehrheitsbericht mitunterzeichnet. Was ihn bewog, dies zu tun, ist nicht schwer zu erraten. Die Hetze gegen die Minister war in ihrer zweiten Phase eine rein reaktionäre Mache. Lord Robert Cecil, der Wortführer der Konservativen, ist nämlich der Sohn des verstorbenen Premierministers Salisbury. Klagen über Korruption und Entrüstungsrufe, die von dieser frechen Junkersippschaft kommen, wirken besonders aufreizend. Wenn jemand es verstand, sich und die Seinen auf Kosten des Staates zu bereichern, so war es der alte Salisbury, der sein letztes Kabinett mit Mitgliedern seiner Familie vollpackte, so daß es allgemein unter dem Namen „Hotel Cecil" bekannt war. Das ganze anekelnde Treiben der Reaktionäre in ihrem Kampfe gegen die Minister wird den Vertreter der Arbeiterpartei bewogen haben, seinen Namen unter den Mehrheitsbericht zu setzen. Besser wäre es jedenfalls gewesen, er hätte seiner Partei nicht auf diese Weise die Hände gebunden. In der Fraktion kam es deshalb zu Auseinandersetzungen, die jedoch zu nichts führten. Bei der Abstimmung über den liberaln Antrag stimmte die Mehrheit der Arbeiterpartei mit der Regierung; fünf Arbeiterparteiler (Thorne, Snowden, O'Grady, Jowett, Walsh) enthielten sich der Abstimmung.

Der eigentliche Kernpunkt der Angelegenheit wurde in der langen Debatte nur einige Male kurz berührt. So erklärte ganz zum Schluß Sir Edward Grey:

„Man kann keine Situationen vermeiden, in denen das private Interesse mit der öffentlichen Pflicht in Konflikt geraten kann. Keiner von uns, der überhaupt Privateigentum besitzt, kann sicher sein, nicht in eine solche Lage versetzt zu werden. Die Minister sollten sich besonders dagegen hüten; aber das gilt auch von jedem Parlamentsmitglied. Er kann in die Lage kommen, gemäß seiner öffentlichen Pflicht zu stimmen, die mit seinem Privatinteresse in Konflikt steht. Was not tut, ist nicht das Festlegen einer unbedingten Verhaltungsmaßregel, sondern Männer im öffentlichen Leben zu haben, von denen man mit Vertrauen annehmen kann, daß sie ihr Privatinteresse auf die Seite legen, wenn dieses mit dem öffentlichen Interesse in Konflikt gerät."

Das ist sehr gut und richtig. Aber wie viele Männer gibt es in den bürgerlichen Parteien, die ihr Privatinteresse dem öffentlichen Interesse, das heißt dem Interesse der großen Mehrheit des Volkes opfern? Der Kampf für die Privatinteressen geht ganz offen vor sich. Da stehen zum Beispiel im englischen Parlament die Bierbrauer- und Eisenbahndirektoren auf der einen Seite und die Reeder auf der anderen, die Schokoladenfabrikanten sind in einem Lager, die Schnapsbrenner im anderen. Ein Parlamentsmitglied, das Eisenbahndirektor ist, würde einen auslachen, wenn man von ihm verlangen würde, sich nicht um eine Eisenbahnvorlage zu kümmern, die ihn vielleicht jährlich um einige hundert oder tausend Pfund bereichern wird. Und wer soll bei dem herrschendem System der Aktiengesellschaften ermitteln, welcher Vertreter der besitzenden Klasse nicht an staatlichen Kontrakten beteiligt ist und nicht für seine eigene Bereicherung stimmt? Das einzige Mittel, mit dem das Volk verhindern kann, daß seine Vertreter nicht in die Versuchung kommen, die öffentlichen Interessen ihrem Parteiinteresse zu opfern, ist, überhaupt keine kapitalistischen Vertreter ins Parlament zu schicken, sondern nur seine eigenen Vertrauensleute. An dem Uebel, das die Marconiaffäre aufgedeckt hat und das den bürgerlichen Parteien als unvermeidlich erscheint, werden die Völker so lange leiden, bis sie diese Wahrheit entdeckt haben.

# Politische Uebersicht.

### Treudeutsche Schuftigkeiten.

Wie auf ein Kommando fallen die rechtsstehenden Blätter vom Montagabend über den Dichter des Breslauer Jahrhundertfestspiels her. Offenbar soll die „Kulturtat" der gegen Hauptmann inspirierten Clique beschönigt werden. Ein Leitartikler der „Deutschen Tagesztg." bemerkt augenverdrehend:

„Es tut uns leid um Gerhart Hauptmann, den wir trotz allen Mangels an Klarheit und künstlerischer Gestaltungskraft geachtet haben, weil er ein Herz voll Liebe und mannigfache dichterische Schönheiten für diese Mängel bot; wenn aber die Niederlage von Breslau das Ende seines Dichterruhmes bedeuten sollte, dann wäre in erster Linie die Clique daran schuld, die ihn unnatürlich und unehrlich emporgelobt und seinem besseren Selbst untreu gemacht hat."

Den Vogel schießt bei der Hetze gegen Hauptmann die „Tägl. Rundsch." ab, die den Dichter kurzerhand für geistesgestört erklärt. Sie schreibt:

„Die beklagenswerte Geistesverfassung Hauptmanns, von der das Jahrhundertfestspiel ein betrübliches und medizinisch einwandfreies Zeugnis ablegte, hat unter dem Einfluß der freisinnigen Lärmpresse, die vollends tobsüchtig geworden ist, ein weiteres Stadium erreicht. Wir fürchteten diesen Zusammenbruch seit langem, er ist jetzt erreicht, völlig. Psychiater sollten sich allein mit dem vielleicht interessanten Fall abgeben. Hauptmann depeschiert um sich herum."

Dann werden die beiden Antworttelegramme H.'s an die fortschrittlich-volksparteilichen Reichstagsabgeordneten und an den Goethe-Bund wiedergegeben. Hieran schließt das Blatt folgende Schlußbemerkung:

„Es ist zu Ende. Hier beginnt Verfolgungswahn. Es ist die Sprache und der Ton, den jeder geschulte Mediziner kennt. Soweit haben es die mitleidlosen Schreier mit Hauptmann gebracht. Es ist schamlos, einen sichtlich erledigten, zermürbten und mit fünfzig Jahren geistig ausgegebenen Mann derart vor die Oeffentlichkeit zu peitschen. Der Hohn, den die Gelegenheit billig bietet, stirbt vor dem mitleiderregenden Anblick."

Damit ist wohl der Rekord an Gesinnungslumperei, der die neudeutschen Maulpatrioten fähig sind, erreicht.

### Ein Symbol.

Aus Dessau wird dem „Berl. Tagebl." geschrieben:

Anläßlich des Regierungsjubiläums des Kaisers hat auch der Herzog von Anhalt eine Amnestie erlassen. In dem Gnadenerlaß, den das Amtsblatt verkündete, heißt es u. a.: ... „sind vornehmlich solche Personen zu berücksichtigen, die zu ihren Straftaten durch Not, Leichtsinn, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind." Vor etwa einem halben Jahre ist der nationalliberal-konservative (die wahre Parteirichtung hat man bei seinem stetigen Hin- und Herpendeln zwischen beiden genannten Parteien nie recht erfahren können) anhaltische Landtagsabgeordnete und herzogliche Oberamtmann Gutsbesitzer Louis Meißner aus dem Dessau benachbarten Dorfe Jonitz wegen Verleitung zum Meineid zu einem Jahr Zuchthaus rechtskräftig verurteilt worden. Er hatte, was gerichtsseitig festgestellt worden ist, aus Eigennutz einen seiner Bediensten zum Meineid zu verleiten versucht. Herr Meißner, der sich bei den Landtagsverhandlungen durch seinen Byzantinismus hervortat, ist als Erster von der Wohltat des Amnesticerlasses betroffen und noch am Tage der Veröffentlichung des Erlasses aus der Haft entlassen worden. Obwohl er bereits vor Monaten zu Zuchthaus verurteilt und das Urteil vom Reichsgericht bestätigt worden war, hat er die Zuchthausmauern nicht gesehen. Bis zum Tage der Begnadigung hat er in dem Gerichtsgefängnis in Dessau gesessen und alle Vergünstigungen genossen, die sonst Zuchthäuslern nicht zuteil werden. Er war krank."

Kann es etwas für die preußisch-deutschen Zustände Bezeichnenderes geben als diesen „Zufall", der den ersten Begnadigten einen Patrioten-Zuchthäusler sein läßt?

### Das dänische Ministerium des Aeußern und der zurückgewiesene Dampfer.

Wie jetzt bekannt wird, war das Landungsverbot, das dem Kapitän des dänischen Touristendampfers vom Sonderburger Landrat überreicht wurde, hektographiert. Für den Namen des Kapitäns sowohl wie für den Namen und Heimatshafen des Schiffes war der Raum freigelassen.

Man darf daraus vielleicht schließen, daß der Herr Landrat, so ungeheuerlich es auch klinge, eine Massenausweisung dänischer Dampfer beabsichtigt hat. Sollte das der Fall sein, scheint ihm aber doch vor seiner eigenen Gottähnlichkeit etwas bange geworden zu sein. Wenigstens ist einem anderen dänischen Vergnügungsdampfer, der sicherheitshalber im gastlichen Preußen vorher anfragte, das Landen gestattet worden.

Inzwischen hat das dänische Ministerium des Aeußern sich von dem zurückgewiesenen Kapitän das Verbot im Original vorlegen lassen, so daß wahrscheinlich diplomatische Schritte zu erwarten sind. Es ist in Nordschleswig kein Geheimnis, daß die Berliner Zentralbehörde dem vandalistischen Hausen der nordschleswigschen Lokalbehörde mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersteht. Gelegentlich hat sie auch versucht, die Entwickelung in ruhigere Bahnen zu lenken, aber immer ist ihr Bemühen an dem harten Willen der Junker gescheitert. Hinter dem nordschleswigschen Hakatismus, der eine nationalschädliche feudale Politik ist, steht die geschlossene Macht des Junkertums, und erst, wenn dieser Macht der Genickfang gegeben ist, kann Nordschleswig frei werden.

Viel Aussicht auf Erfolg kann man darum dem Vorgehen des dänischen Ministeriums leider nicht zubilligen. Immerhin aber ist es selbstverständlich richtig, daß das kleine Land sich gegen die feudalen Roheiten zu wehren sucht.

### Die Großbourgeoisie gegen die Besitzsteuer.

Die Steuerscheu der Besitzenden hat die Mannheimer Handelskammer veranlaßt, eine Eingabe an den Reichstag zu richten, worin sie gegen die in Aussicht genommenen Besitzsteuern feierlichst Protest einlegt. Selbstverständlich versichert die Kammer, daß Handel und Industrie gern bereit seien, die zur Deckung der Wehrvorlage notwendigen Mittel zu bewilligen, aber das dürfte nicht in der Weise geschehen, daß die Kapitalbildung gefährdet werde. Wörtlich heißt es dann:

„Würde doch insbesondere die Vermögenszuwachssteuer eine Doppelbesteuerung des Vermögenszuwachses in allen Bundesstaaten bedeuten, die schon eine scharf progressive Vermögenssteuer besitzen, wie Baden, wo alljährlich der Vermögenszuwachs bei der Vermögenssteuer erfaßt wird. Die Einführung besonderer Reichs-Vermögens- und Einkommensteuern neben den einzelstaatlichen hätte in Bundesstaaten, in welchen Vermögen und Einkommen bereits bis zur Grenze des Erträglichen steuerlich herangezogen sind, ohne Zweifel eine Kapitalabwanderung und damit mangels weiterer einzelstaatlicher Einnahmequellen eine Einschränkung der Kulturaufgaben notwendig im Gefolge."

Die Erkenntnis, daß durch die hohen Ausgaben für Heer und Marine die Kulturaufgaben leiden, kommt unseren Besitzenden immer nur dann, wenn ihr eigenes Portemonnaie in Mitleidenschaft gezogen zu werden droht. Um eine solche Gefahr abzuwenden, sind dieser Bourgeoisvertretung alle Mittel recht. So wird kühn behauptet, daß der Bundesstaat Baden eine scharf progressive Vermögenssteuer besitze und die Vermögen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zur Steuer herangezogen werden. Hiervon ist nur soviel richtig, daß bei der Veranlagung des gewerblichen Betriebsvermögens eine geringe Progression eintritt, um eine bei dem landwirtschaftlichen Betriebsvermögen bestehende Degression auszugleichen. Das Kapitalvermögen hingegen erfährt keine Steigerung. Die Eingabe der Mannheimer Handelskammer erweckt aber den Anschein, als ob die Progression in Baden allgemein bestände. Die Herren Hurrapatrioten wollen eben nicht zahlen, das erklärt alles.

### Eine Erklärung der Welfen.

Der Welfenführer Freiherr v. Schele veröffentlicht in dem Hauptorgan der Deutsch-Hannoveraner, der „Deutschen Volkszeitung", folgende Erklärung: In dem am 19. d. Mts. zur Veröffentlichung gelangten Schreiben des Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ist ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten. Es entfällt somit für die deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Beunruhigung, sie ist sich jedoch der Verpflichtung voll bewußt, welche eine etwaige Thronbesteigung des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde, sie wird durchaus den Erwartungen entsprechen, welche der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, in seinem Briefe an das herzoglich braunschweigische Staatsministerium vom 15. Dezember 1906 zum Ausdruck gebracht hat, in dem er die feste Zuversicht aussprach, daß die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung seines Sohnes als Herzog von Braunschweig zu erschweren.

Also, die Welfen werden sich moderieren und wenn der Prinz nur erst Herzog von Braunschweig ist, dann wird der lächerliche Spuk wohl ganz verschwinden.

### Zentrumsschwindel.

Ein zentrumschristlicher Terrorischwindel durchläuft gegenwärtig wieder die Zentrumspresse. Unter der Stichmarke: „Drei rote Terroristen hat in Bamberg ihr Schicksal ereilt", wird mitgeteilt, daß in Bamberg drei „waschechte Genossen" beim Wasserwerksneubau entlassen wurden, weil sie drei Tagelöhner zum Eintritt in den „roten Bauarbeiterverband" veranlaßt haben sollen. Die ganze Notiz ist wieder einmal ein Muster zentrümlicher Fälschungs- und Verdrehungskunst. Die Sache verhält sich so: Vor einigen Wochen brachte das Bamberger Zentrumsblatt eine Notiz, in der behauptet wurde, daß die christlich organisierten Arbeiter beim Wasserwerksneubau terrorisiert würden, die Verbandsbücher des christlichen Bauarbeiterverbandes seien den christlichen Arbeitern aus der Hand gerissen worden. Ein Beamter des Bamberger Magistrats, Rechtsrat Wächter, gab in öffentlicher Magistratssitzung folgende Erklärung ab:

„Das „Bamberger Volksblatt" hat in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Ohne Terrorismus geht es nun einmal nicht", behauptet, daß beim Wasserwerksneubau die christlichen Arbeiter terrorisiert worden seien, daß ihnen die Bücher aus den Händen gerissen und sie zum Uebertritt in die freie Organisation gezwungen wurden. Er habe nun alle drei in Frage kommenden Firmen gefragt, aber keine einzige habe von dieser Geschichte etwas gewußt oder gar bestätigen können."

Damit war die Mitteilung des „Bamberger Volksblattes" als Schwindel entlarvt. Etwa 14 Tage nach Abgabe dieser Erklärung in der öffentlichen Magistratssitzung kam nun eine der drei Firmen am Wasserwerksneubau zum Magistrat Bamberg und teilte diesem mit, daß sie jetzt drei Arbeiter gefunden habe, die von freiorganisierten Bauarbeitern angehalten worden sein sollen, sich zu organisieren. Die lange Zeit, die man brauchte, um drei Arbeiter herauszufinden, die von Freiorganisierten zum Eintritt in die Organisation angehalten wurden, macht die Sache recht verdächtig und zeigt, daß man nachträglich alles aufgeboten hat, eine Unterlage für die Angriffe des Zentrums zu schaffen. Die drei or-

ganisierten Bauarbeiter wurden entlassen, trotzdem sie sich nicht das geringste zuschulden kommen ließen. Die drei Tagelöhner, die angeblich unter dem Terrorismus zu leiden hatten, waren noch nicht organisiert (also nicht beim christlichen Verband) und meldeten sich freiwillig zur Organisation an. Davon erhielt die Firma auf irgend eine Art Kenntnis und teilte dies dem Magistratsbeamten, Rechtsrat Wächter, mit dem Ersuchen mit, nichts zu veröffentlichen. Um dem Zentrumsblatt aus seiner fatalen Situation herauszuhelfen, hat der Bernburger Magistrat (wo das Zentrum die Mehrheit hat) den angeblichen Terrorismusfall doch veröffentlicht und die Entlassung der drei „Missetäter" verfügt. Jetzt bedauert der Unternehmer selber, daß es so gegangen ist, weil er weiß, daß die Entlassung durch nichts gerechtfertigt ist. Das Geschrei über Terrorismus ist also Schwindel.

### Die Wahl in Waldeck.

Das amtliche Wahlergebnis der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Fürstentum Waldeck lautet: Amtsgerichtsrat Vietmeyer, Burgdorf i. H. (Wirtschaftl. Vg.), erhielt 6327, D. Friedrich Naumann, Schöneberg b. Berlin (Vp.), 6593 Stimmen. Naumann ist somit gewählt. Bei 14 205 Wahlberechtigten wurden 12 920 gültige Stimmen abgegeben. Zersplittert waren 23 Stimmen.

## Die neue Balkankrise.

Formell sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den Balkanstaaten noch nicht abgebrochen, tatsächlich hat man aber auf weitere diplomatische Auseinandersetzungen verzichtet. Weder Serbien noch Bulgarien sind von ihren ursprünglichen Forderungen nicht einen Finger breit gewichen. Das erstere wollte die Demobilisierung und eine Revision des Bündnisvertrags, Bulgarien bestand auf dem Kondominium, d. h. einer gemeinschaftlichen Besetzung des umstrittenen Gebietes, bis die Streitfrage in Petersburg entschieden sei.

Inzwischen hat man in Rußland auf die Schiedsrichterrolle halb und halb verzichtet. Der Zar hat sich auf seine Sommerreise in die finnischen Schären begeben. Jetzt bleibt nur noch eine europäische Intervention, die aber wegen der unter den Großmächten herrschenden Interessengegensätze nicht so leicht zustande kommen wird. Der Präsident Poincaré und der französische Minister des Aeußern Pichon sind nach England gereist. Man bringt diesen Besuch mit der Balkanfrage in Verbindung.

### Die Gründe der Demission des serbischen Kabinetts.

**Belgrad, 23. Juni.** Wie die Blätter melden, ist das Kabinett zurückgetreten, weil in ihm Gegensätze bezüglich der Haltung auftraten, welche gegenüber der russischen Schiedsgerichtsforderung einzunehmen wäre. Der Antrag des Ministerpräsidenten Paschitsch, diese anzunehmen, sei von der Mehrheit der Minister abgelehnt worden.

### Ein russisches Verlegenheitsmanöver.

**Paris, 23. Juni.** Der Petersburger Korrespondent des „Temps" meldet: Da die russische Regierung festgestellt hat, daß keiner der Balkanstaaten das Schiedsgericht ablehnt, hat sie ihnen bekanntgegeben, daß sie sich freuen würde, von ihnen in einer Frist von 4 Tagen einleitende Denkschriften zu erhalten, welche eine erste Grundlage für die Vorbereitung des Schiedsspruchs bilden könnten.

### Die Mörder des Großwesirs.

**Konstantinopel, 22. Juni.** Das Urteil des Kriegsgerichts ist noch nicht bekanntgegeben worden, doch ist es sicher, daß zwölf Personen, die der direkten Teilnahme an der Ermordung Mahmud Schewket Paschas oder der Anstiftung dazu angeklagt waren, zum Tode verurteilt worden sind. Darunter befinden sich der frühere Direktor der politischen Polizei Muhib, der frühere Kapitän Kiazim, der Fähnrich Chevsi, der Leutnant Mehmed Ali, Topal Tewfik, Zia und die drei geflohenen Mörder Nazmi, Hikmet und Abdurrahman. Prinz Sabah Eddin, Scherif Pascha und der frühere Minister des Innern Reschid wurden zu schweren Strafen verurteilt.

**Konstantinopel, 23. Juni.** Die vom Kriegsgericht gefällten Todesurteile sind bisher vom Sultan nicht bestätigt worden. Unter den zum Tode Verurteilten befindet sich auch Damad Salih Pascha. — In einem an den Militärgouverneur gerichteten Schreiben stellt Prinz Sabah Eddin in Abrede, daß er Beziehungen zu den Mördern Mahmud Schewket Paschas gehabt habe. Er gibt jedoch zu, daß diese Geld von ihm verlangt haben.

## Frankreich.

### Der Kampf gegen die Waffenlieferanten und Rüstungshetzer.

**Paris, 23. Juni.** Die Kammer setzte heute die Beratung der Vorlage über die Verlängerung der militärischen Dienstzeit fort. Der Sozialist Briquet verteidigte einen Gesetzentwurf, der eine aktive militärische Dienstzeit von 20 Monaten festsetzen will. Briquet hielt dann unter dem Beifall der äußersten Linken eine lange Lobrede auf die zweijährige Dienstzeit und sagte, um das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit triumphieren zu lassen, diskreditiere man zu sehr die französischen Kavalleristen und Artilleristen. Der Redner, der vor einem schwach besetzten Hause sprach, forderte, daß im Innern des Landes ausgebildete Truppen an der Grenze verwandt würden; sie würden eine stärkere Deckung bilden, als mit der dreijährigen Dienstzeit erzielt werde. Briquet betonte dann gleichfalls die Notwendigkeit, in stärkerem Maße Reserven und eine Territorialarmee heranzubilden.

Briquet endete mit einem Lobe des Wertes der Reserven. Henry Paté als Berichterstatter sagte: Wir haben volles Vertrauen in den Wert und die Ergebenheit der Reserven. Aber gerade die Reserven haben ein besonderes Encadement nötig, und eine Dienstzeit von 20 Monaten würde zur Ausbildung der Mannschaften, der Unteroffiziere und der Offiziere nicht genügen. (Beifall.) Mistral (Sozialist) meinte, es seien finanzielle Gründe, die den Militärforderungen zugrunde lägen, und warf der Presse und den

**Heereslieferanten**

vor, daß sie zu Rüstungen drängten.

Mistral erinnerte an die Affäre Krupp und wollte Anschuldigungen gleicher Art gegen ein französisches Haus vorbringen. Kriegsminister Etienne unterbrach ihn und rief: Das ist eine Infamie. Mistral erwiderte: Ich werde Beweise erbringen. Er warf sodann den großen Heereslieferanten vor, daß sie keine Patrioten seien, da sie auch den eventuellen Gegnern französische Waffen verkauften, namentlich Deportkanonen. Kriegsminister Etienne erwiderte: Das Kriegsministerium hat die Deportkanone nicht verwenden und die Industrie nicht verhindern können, sie zu verkaufen. Eine befreundete Nation hat sie gekauft und ihr den Vorzug vor dem Kruppgeschütz gegeben. Es war von Interesse für die französische Industrie, daß das französische Geschütz an Stelle eines deutschen Geschützes trat. Ich sehe nichts, was Sie dabei am Kriegsministerium tadeln können. Der sozialistisch Radikale Thalamas unterbrach den Kriegsminister und sagte: Nimmt Italien nicht mehr am Dreibund teil, daß Sie Italien eine befreundete Nation nennen? (Zurufe.)

Thalamas fragte sodann, ob Teile des Deportgeschützes nicht übrigens in den Staatswerkstätten hergestellt worden seien. Der Kriegsminister Etienne antwortete: Ja, mit Erlaubnis des Kriegsministers. (Bewegung.) Thalamas antwortete darauf: Ich habe nur Ihre Antwort feststellen wollen.

Der Deputierte Mistral wollte dann die Angriffe gegen die Lieferanten wieder aufnehmen, aber das Zentrum protestierte dagegen, da dieses nicht zur Beratung stände. Die Sozialisten unterstützten ihre Redner und während einiger Minuten herrschte lebhafte Unruhe. Präsident Deschanel stellte die Ordnung wieder her. Als Mistral dann von den Panzerplattenlieferanten sprach, bemerkte der Präsident, daß dieses nicht zur Debatte stände. Mistral antwortete, er spreche von den Panzerplatten, um auf die Armeelieferanten zu kommen, die sich in Belgien, Frankreich und Deutschland verständigten. Der Redner warf in heftiger Weise den Regierungen Frankreichs und Deutschlands vor, die Treibereien der Presse zu begünstigen. Er warf besonders den französischen Chauvinisten vor, Elsaß-Lothringen in den Vordergrund zu stellen. Mistral sagte: Das Elsaß wünscht zweifellos die Autonomie und Unabhängigkeit, aber nicht um den Preis eines Krieges. Diejenigen, die sich dieser Begründung bedienen, müßten Anhänger einer brutalen Wegnahme dieser Provinz sein. Wagen Sie es, dies vorzuschlagen? Wir Sozialisten können ruhig erklären, daß wir für ein französisch-deutsches Uebereinkommen sind. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Mistral warf der Regierung vor, durch Einbringung ihres Gesetzes die deutschen Beschlüsse beschleunigt zu haben. (Widerspruch im Zentrum und auf der Linken. Beifall auf der äußersten Linken.) Kriegsminister Etienne und Ministerpräsident Barthou protestierten gegen die Aeußerung Mistrals. Mistral fortfahrend: Seine Parteigenossen, die nach Bern gegangen seien, wüßten, daß die Einbehaltung der Jahresklasse Frankreichs in Deutschland als Herausforderung aufgefaßt worden sei. (Lebhafter Widerspruch.) Barthou erhob sich und rief inmitten des Lärms zwischen den sozialistischen und anderen Abgeordneten: Es ist abscheulich, eine Vorsichtsmaßregel eine Herausforderung zu nennen. (Beifall im Zentrum und auf auf der Linken.) Barthou fügte dann in Erwiderung auf die Zwischenrufe der Sozialisten hinzu: Wir haben unter uns, unter Franzosen gesprochen. Kommen Sie mir nicht damit, einem französischen Gesetz ein Zeugnis von Ausländern entgegenzusetzen. (Lebhafter Beifall auf der Rechten, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken.) Jaurès rief von seinem Platz aus: Zur gleichen Zeit unternehmen die Chauvinisten und Militaristen diesseits und jenseits der Grenze dasselbe abscheuliche Werk, zwei Völker zu beunruhigen, die den Frieden wollen. Wie Mistral, wie Liebknecht erkläre ich, daß, wenn an diesen Stimmungen nur eine Spur von Wirklichkeit vorhanden ist, so ist es die Existenz einer ganzen Organisation zur Verursachung einer gewinnbringenden Panik. (Beifall auf der äußersten Linken, lebhafter Widerspruch auf zahlreichen Bänken.) Entgegen dem Widerspruch des Präsidenten Deschanel wiederholte Jaurès, daß ein Teil der Presse in beiden Ländern eine gewinnbringende Panik herbeigeführt habe. (Widerspruch.) Ministerpräsident Barthou sagte zu Jaurès: Es gibt in Frankreich keine solchen gewinnsüchtigen Organisationen, wohl aber Organisationen, die den Aufruhr im Augenblicke der Kriegserklärung predigen; ich fordere Sie heraus, mit mir gegen diese verbrecherischen Dinge zu protestieren. (Lebhafter Beifall auf der Rechten, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken. Lachen bei der äußersten Linken.) Mistral nahm darauf seine Anklagerede wieder auf, die er beendete, indem er für den Gegenentwurf Briquet eintrat. Der Gegenentwurf Briquet wurde darauf mit 503 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Augagneur verteidigte ein Gegenprojekt, das von fünfzig Deputierten der Linken unterzeichnet ist und die zweijährige Dienstzeit mit zwei Einstellungen Mitte April und Mitte Oktober aufrechterhält. Er sagte: er gebe nicht zu, daß man sich in Geheimnisse hülle, nur um keine Rechtfertigung der Forderung der dreijährigen Dienstzeit zu geben. Er sehe nicht ein, welchen Nutzen es habe, die Kompagnien auf eine Stärke von 140 Mann zu bringen. Der Kriegsminister antwortete, das geschehe deshalb, weil es auch anderswo geschehen sei. Augagneur entgegnete, das sei kein Grund; er erklärte schließlich, man suche die nationale Verteidigung im ganzen um 42 280 Mann zu stärken, und dazu genüge es, das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit zu verbessern.

*

Die beiden Vizepräsidenten des Heeresausschusses de Montebello und Reinach werden heute einen Zusatzantrag zum Militärgesetz einbringen, wonach die jungen Leute mit 20 Jahren zur Einstellung gelangen sollen. Die Jahresklasse von 1912 und 1913 sollen diesmal demgemäß gleichzeitig spätestens am 10. Novembeer dieses Jahres einverleibt werden. Bei den 20jährigen Gestellungspflichtigen solle eine besonders strenge Auswahl getroffen werden. Es heißt, daß die Regierung diesem Zusatzantrag zustimmen wird.

## Rußland.

### In den Klauen des Zarismus.

Wie aus Odessa berichtet wird, ist der Redakteur des Organs der russischen Seeleute, „Morjak", Genosse Adamowitsch, der bekanntlich in Alexandrien verhaftet und von der ägyptischen Regierung ausgeliefert wurde, unter Beobachtung der strengsten Vorsichtsmaßregeln am 17. dieses Monats nach Odessa gebracht worden. Zugleich mit ihm sind auch Maslow und Tersky nach Odessa gebracht worden — alle an Händen und Füßen gefesselt! Der Chef der Odessaer Detektivabteilung und eine starke Begleitmannschaft nahmen die Gefangenen in Alexandrien in Empfang; das Schiff „Nikolaus", das zum Transport diente, wurde von Konstantinopel bis Odessa von zwei Minenschiffen begleitet. Der Odessaer Hafen war zur Zeit der Ankunft von Polizei überschwemmt.

Besonders bemerkenswert ist die Nachricht, daß die an Rußland Ausgelieferten an Händen und Füßen gefesselt nach Odessa geschafft wurden. Kurz vor der Auslieferung hatte sich Adamowitsch bei einem mißglückten Fluchtversuch aus dem Gefängnis einen Fuß verstaucht und litt so heftige Schmerzen, daß er sich nicht fortbewegen konnte. Dies hinderte die russischen Kerkermeister nicht, dem an das Lager gefesselten Kranken eiserne Ketten anzulegen und ihn so nach Rußland zu transportieren. Die Verantwortung für diese neue Barbarei trägt die englische Regierung, im besonderen Lord Kitchener, der zwar bei der Nachricht, Adamowitsch sei nach seinem Fluchtversuch furchtbar mißhandelt worden, alles aufbot, um die Nachricht zu dementieren, der es aber nicht verhinderte, daß ein Schwerkranker an Händen und Füßen gefesselt ausgeliefert wurde.

## Marokko.

### Der Kampf der Spanier gegen die Kabylen.

**Madrid, 23. Juni.** Eine amtliche Depesche des Oberkommissars von Tetuan teilt mit, daß gestern eine Kolonne in das Gebiet von Burbun en Riach marschiert ist, wo zahlreiche Kabylen sich zusammengerottet hatten; dort entbrannte ein heftiger Kampf, in welchem die Spanier siegreich blieben. Sie verloren zwei Tote und 35 Verwundete, darunter einige Offiziere; die Eingeborenen wurden vernichtet. Darauf kehrten die Spanier in ihr Lager zurück.

### Die Lage der Franzosen in Agadir.

**Mogador, 23. Juni.** Aus Agadir wird gemeldet, daß in der Nacht vom 19. Juni ein Zuavenposten von Marokkanern angegriffen worden sei, die 5 Gewehre und 120 Patronen wegnahmen. (Und die Mannschaften? D. Red.) Am 21. Juni wurde in der Nähe von Agadir eine Schildwache getötet.

## Aus Industrie und Handel.

**Ueber die Lage des Arbeitsmarktes** schreibt die Monatsschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise: Die Verschlechterung des Geschäftsganges in verschiedenen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie, der elektrotechnischen Industrie, im Holzgewerbe usw. sowie die Depression im Baugewerbe haben eine weitere Zunahme des Andranges am deutschen Arbeitsmarkte zur Folge gehabt. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage war im Mai d. J. nicht nur ungünstiger als im Vormonat, sondern auch wesentlich schlechter als im Vergleichsmonat 1912. Auf je 100 offene Stellen kamen bei den an den „Arbeitsmarkt" berichtenden Arbeitsnachweisen durchschnittlich 128,9 Arbeitsuchende gegen 123,5 im April d. J. und 117,0 im Mai 1912.

Die Entwickelung der Arbeitsmarktlage im laufenden Jahre muß als sehr unbefriedigend bezeichnet werden. In den Monaten Januar bis Mai kamen nämlich auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

| | Januar | Februar | März | April | Mai |
|---|---|---|---|---|---|
| 1912 | 158,0 | 125,8 | 110,7 | 116,7 | 117,0 |
| 1913 | 137,1 | 131,4 | 118,9 | 123,5 | 128,9 |
| Zu- resp. Abn. | —20,9 | +6,1 | +8,2 | +6,8 | +11,9 |

Die Ungunst gegenüber dem Vorjahre trat am stärksten am Arbeitsmarkt für Männliche hervor.

**Frachtermäßigung für frisches Obst.** Die Berliner Handelskammer hatte im Herbst 1910 den Minister der öffentlichen Arbeiten ersucht, die Frage der Frachtverbilligung für frisches Obst erneut prüfen zu lassen. Frühere Anträge hatten nicht zum Ziele geführt, obwohl der Landeseisenbahnrat bereits im Jahre 1901 die Notwendigkeit einer Frachtherabsetzung für dieses, zur Zeit der höchsten Tarifklasse unterliegende Volksnahrungsmittel anerkannt hatte. Die neuerlichen Bestrebungen scheinen nunmehr zum Ziele zu führen. Der Landeseisenbahnrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Einführung eines Ausnahmetarifes für Wirtschaftsobst in Wagenladungen vorläufig auf die Dauer von 2 Jahren befürwortet; der billige Tarif wird sich voraussichtlich auf den Versand von und nach allen preußisch-hessischen Staatsbahnstationen erstrecken. Es darf angenommen werden, daß die Einführung des ermäßigten Tarifes in nächster Zeit erfolgt, so daß die diesjährige Ernte noch in den Genuß der verbilligten Fracht kommen würde.

## Gegen die Zensur von Langfuhr.

Die Hauptmann-Protestversammlung, die der rührige Schutzverband deutscher Schriftsteller auf den gestrigen Montagabend in den Riesensaal der Berliner Philharmonie einberufen hatte, war außerordentlich stark besucht und sie nahm einen durch ein paar antisemitische Flegel trotz allem Bemühen nicht weiter beeinträchtigten Verlauf. Besagte Jünglinge wurden zu den Produkten der „Täglichen Rundschau" gelegt, die gestern abend den schlesischen Dichter — echt national! — als verfolgungswahnsinnig erklärt hatte.

Mit treffender Schärfe sprachen die Hauptreferenten Artur Eloesser, Dr. Ablaß, der fortschrittliche Reichstagsabg. des Riesengebirges, und unser Genosse Wolfgang Heine. Alle stimmten darin überein, daß das Festspiel ebensosehr eine wahrhaft nationale Jahrhundertfeier ist, wie seine Unterdrückung eine Schmähung des Andenkens der Freiheitskriege, ein Versuch, selbst noch die Feier umzufälschen, nachdem die planmäßige Fälschung der geschichtlichen Wahrheit dank der Bildungsarbeit des Proletariats so erfreulich mißglückt ist.

Die Frage, ob dem Dichter der „Weber" oder dem Ausstellungsprotektor von Breslau und Husarenkommandeur von Langfuhr die literarische Führerschaft gebühre, weckte stürmische Heiterkeit, die stellenweise recht warmherzige Schlesierrede des Dr. Ablaß und die Aufforderung Heines zum Zusammenschluß aller am geistigen Leben Teilnehmenden zum Kampf gegen eine ungeistige Fremdherrschaft der Höflinge und Bureaukraten, zum Zusammenschlu hunter dem Blücherschen „Vorwärts"! wurden mit brausendem Jubel aufgenommen.

Außer bei haßerfüllten Schwarzblauen, deren Patriotismus nie geben, immer nur haben will, und einem hochwohllöblichen Breslauer Magistrat wird die Landfuhrer Zensur nicht viel Bewunderung und Devotion finden!

Die Resolution kennzeichnet die Dichtermaßregelung als eine Schmähung des Andenkens an 1813.

## Letzte Nachrichten.

### Ein verbrecherischer Anschlag verhindert.

**Hannover, 23. Juni.** Die Eisenbahndirektion Hannover teilt mit: Am 21. Juni abends ist auf der Eisenbahnstrecke Stendal—Wustermark bei Kilometer 34,515, in der Nähe der Güterstation Neugarten, das Gleis Hannover—Berlin in verbrecherischer Absicht durch Lösen einer Laschenverbindung und von Verbindungen zwischen der Fahrschiene und den Schwellen unterbrochen worden. Ein Unfall ist durch die Aufmerksamkeit des Bahnpersonals vermieden worden. Die Königliche Eisenbahndirektion Hannover hat eine Belohnung von 500 Mark für die Entdeckung des Täters ausgesetzt.

### Vier Arbeiter ertrunken.

**Duisburg, 23. Juni.** (H. P.) Heute nachmittag kenterten auf dem Rhein in der Nähe des Hauses Krupp zwei Boote, in denen sich fünf Arbeiter befanden. 4 Arbeiter ertranken, während der fünfte gerettet werden konnte.

### Mordtaten eines Geistesgestörten.

**Oppeln, 23. Juni.** (W. T. B.) Heute früh erschlug in Beneschau der Gastwirt Dominik seine Ehefrau und seine zwölfjährige Tochter mit der Axt im Schlafe. Er ist geistesgestört und hat bereits vor 25 Jahren zwei seiner Kinder im Alter von ein und zwei Jahren im Schlafe erwürgt bezw. erdolcht. Er wurde damals wegen Geistesstörung freigelassen. Seitdem hatte er mit seiner Frau in bestem Einvernehmen gelebt.

### Schweres Unglück beim Salutschießen.

**Paris, 23. Juni.** (P. C.) Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich heute nachmittag während der Ankunft des Präsidenten Poincaré in Cherbourg ereignet. Die Forts von Cherbourg hatten Befehl erhalten, bei der Einfahrt des Zuges des Präsidenten der Republik einen Salut von 101 Schüssen abzugeben. Auf dem Fort „Groule" explodierte hierbei aus bisher noch unbekannter Ursache ein schweres Festungsgeschütz. Durch die umherfliegenden Splitter wurden zwei Soldaten auf der Stelle getötet, vier andere schwer und mehrere leichter verletzt.

Nach längerem schweren Leiden verstarb am Sonnabend, den 21. Juni, abends 7¼ Uhr, im Alter von 62 Jahren unsere unvergeßliche liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester Tante und Schwägerin

**Marie Wielepp** geb. **Handrock.**

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

**Alfred Wielepp**
Neukölln, Weisestraße 17.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 25. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Neukölln, Hermannstraße 99—105. 13075

---

**Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Petersburger Viertel, Bez. 368 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

**Franz Reichert**

(Mirbachstr. 42) gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Ahrensfelde aus statt. 214/18

**Der Vorstand.**

---

**Deutscher Holzarbeiterverband.**
**Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

**Franz Reichert**

Mirbachstr. 44

im Alter von 33 Jahren gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Samariter-Kirchhofes in Ahrensfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

85/1 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.**
Bezirk 9.

Am Freitag verstarb nach langen, schweren Leiden unser Parteigenosse, der Kassenbote

**Otto Blank**

im Alter von 43 Jahren.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Dienstag, 24. Juni, nachmittags ½5 Uhr, von der Halle des Schöneberger städtischen Friedhofs, Blanke Hölle, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

15/15 **Der Vorstand.**

Treffpunkt für Mitglieder des Gesangv. Schöneberger Männerchor Punkt 4 Uhr auf obigem Friedhof.

---

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**
**Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur

**Franz Tietz**

am 21. Juni im Alter von 39 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nordend, aus statt.

66/2 **Die Bezirksverwaltung.**

---

**Deutscher Textilarbeiterverband.**
**Bezirk Köpenick.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

**Marie Hartig**

am 22. Juni an Lungentuberkulose gestorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, in Adlershof von der Leichenhalle aus statt.

196/12 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
**Verwaltungsstelle Berlin.**

**Nachruf.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger

**Adolf Mühlhau**

Charlottenburg, Rönnestraße 6, am 16. d. Mts. gestorben ist.

Ferner starb unser Mitglied, der Klempner

**Robert Thiel**

Schönhauser Allee 84, am 19. d. M. an Herzleiden.

Ferner starb unser Mitglied, der Schmied

**August Mader.**

**Ehre ihrem Andenken!**

120/11 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres treusorgenden Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichen Dank. 13015

**Agnes Stein nebst Kindern,**
Zehdenicker Straße 12.

---

**Elegante**

**Herren-Moden**

fertig u. nach Maße

von **1** Mark

wöchentliche Teilzahlung.

**S. Boltuch**

**Frankfurter Allee 75**

Eingang Tilsiter Strasse

Kein Waren-Kredithaus — Kein Waren-Kredithaus

---

**300 Mark** 104/4*

Anzahl. an verk. Parz. von 2000 M. an. 10 Pf.-Tour elektr. Bahn. Linie 164. Hohenschönhausen, Hauptstr. 17, Hf. pt.

---

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.

**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz

10—2. 5—7. Sonntags 10—12.

---

**Kranzspenden**

sowie sämtliche

**Blumenarrangements**

liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

---

Tischlerei-Grundst., sich. Exist., preisw. z. vk. Off. S. 1. postl. Birkenwerder.*

---

**Spezialarzt**

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in

**Dr. Homeyer** u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.

**Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptikum.

Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.

**Honorar mäßig,** auch Teilzahl.

**Separates Damenzimmer.**

---

# Schöneberg.

## Sozialdemokratischer Wahlverein.

**Dienstag, den 24. Juni 1913, abends 8 Uhr,**
in den **Neuen Rathaus-Sälen,** Meininger Str. 8:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag: **Amerikanische Kulturbilder und Erwerbsleben.** Referent Genosse **Müller.** 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 4. Der Ausfall der Agitation. 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

15/16 **Der Vorstand.**

---

# Reichstagswahl in Jüterbog-Luckenwalde.

Freitag, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, in den Industriefestsälen,
Beuthstr. 21 (großer Saal):

## Oeffentliche Wählerversammlung

**aller in Berlin arbeitenden Wähler des Kreises.**

Tagesordnung:

1. **Die Reichstagsersatzwahl am 2. Juli.** Referenten: Reichstagsabgeordneter **Otto Wels** und Reichstagskandidat **Ferdinand Ewald.** 2. Diskussion. 196/17*

**Die Genossen in Bureaus, Werkstätten, Fabriken und auf Bauten werden aufgefordert, alle Wahlberechtigten auf diese Versammlung hinzuweisen.**

**Das Wahlkomitee.** J. A.: **H. Jahn, Luckenwalde.**

---

# Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

**Filiale Berlin.**

Morgen Mittwoch, den 25. Juni, abends 6½ Uhr, bei **Boeker,**
Weberstraße 17:

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme und Beschlußfassung über unsere Lohnbewegung.
2. Verschiedenes.

**Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.**

Da in dieser Versammlung zur Entscheidung steht, was ab 1. Juli d. J. betreffs unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen werden, resp. ob tariflos gearbeitet werden soll, es sich also für uns um eine **Lebensfrage** handelt, erwarten wir, daß alle Kollegen erscheinen.

192/14 **Der Vorstand.**

---

# Verband der Laubenkolonisten

**Geschäftsstelle: Neukölln,** Reuterstr. 34. — **Berlins und Umgegend.** — **Geschäftsstelle: Neukölln,** Reuterstr. 34.

**Morgen Mittwoch, 25. Juni, abends 8½ Uhr, im Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2,**
an der Brücken-, Neander- und Köpenicker Straße:

**Oeffentliche**

## Laubenkolonisten-Versammlung

Tagesordnung:

„Die Vernichtung der Berliner Laubenkolonien infolge Bestrafung der Kolonisten wegen Sonntagsarbeit." Referenten: Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt **Wolfang Heine** und Verbandsvorsitzender **Franz Steinweg.**

**Laubenkolonisten Groß-Berlins!** Durch höchstinstanzliches Urteil ist die Bestrafung der Laubenkolonisten wegen ihrer Arbeiten an Sonntagen bestätigt worden. Damit ist die Existenz der Laubenkolonien in Frage gestellt. Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle in dieser Versammlung, um hiergegen wuchtigen Protest einzulegen.

1312b* **Der Verbandsvorstand.**

---

In großen Dosen a 20 Pf. überall zu haben.

**Fabrik Chemische Werke Lubszynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.**

---

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Verwaltungsstelle Berlin** C 54, **Linienstr. 83-85.**

**Verwaltung:** Telephon: Amt Norden 1987. **Kassierer:** Amt Norden 185. **Arbeitsnachweis:** Amt Norden 1230, 9714

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr:**

**Achtung!** **Allgemeine Versammlung** **Achtung!**

## der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins

in den **Konkordia-Sälen,** Andreasstr. 64.

Tagesordnung:

**Wahl der Schlichtungskommission.**

**In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, daß jeder Rohrleger und Helfer bestimmt erscheint.**

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 6 Uhr:**

## Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche

**im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.**

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8½ Uhr:**

## Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter

und verwandten Berufsgenossen
**im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gen. **Davidsohn.** 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Mitgliedsbuch legitimiert!**

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen wird erwartet.

## Graveure, Ziseleure!

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8½ Uhr, in den Corona-Prachtsälen, Kommandantenstr. 72:**

## Versammlung

Tagesordnung:

Vortrag des Kollegen **M. Groger.** Diskussion. Verschiedenes.

Rege Beteiligung erwartet

120/12 **Die Ortsverwaltung.**

---

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Verwaltung Berlin.**

**Das Bureau befindet sich jetzt im Gebäude des Holzarbeiter-Verbandes, Rungestr. 30.**

Telephon: Amt Moritzplatz 10623 und 3578.

**Die Bibliothek ist wegen Inventur bis auf weiteres geschlossen. Noch ausstehende Bücher müssen bis spätestens 30. Juni zurückgeliefert sein.**

## Mitglieder-Versammlungen

### Einsetzer.

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr,**
**im „Gewerkschaftshaus", Saal 3.**

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.

### Sargtischler.

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8½ Uhr,**
**bei Kühn, Petersburger Str. 84.**

### Kammacher.

**Mittwoch, 25. Juni, abends 8 Uhr, bei Merkowski Nachf., Andreasstr. 26.**

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

### Bezirk Charlottenburg.

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8½ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:**

### Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen Jahn. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Wahl des Vergnügungskomitees. 4. Verbandsangelegenheiten.

### Stellmacher.

**Donnerstag, den 26. Juni, abends 8½ Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.**

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Genossen Rollstadt: **„Der Nutzen der „Volksfürsorge" und ihre Bekämpfung durch die Gegner".** 2. Bericht von der Generalversammlung.

### Branche der Jalousie-Arbeiter.

**Mittwoch, den 25. Juni, abends 8½ Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:**

### Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen W. Nitschke: **„Das Wesen der Volksfürsorge".** 2. Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin.

84/20 **Die Ortsverwaltung.**

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

## Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Plauen, den 22. Juni.

Im Gewerkschaftshause wurde am Sonntag nachmittag der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie eröffnet. Der Vorsitzende des Lokalkomitees, Genosse Schmirch, begrüßte die Delegierten und hob hervor, daß sich in den letzten Jahren die Organisation der Partei im Plauenschen Kreise außerordentlich gehoben habe, trotz oder vielleicht gerade wegen der heftigen Bekämpfung durch die bürgerlichen Parteien.

Zu Vorsitzenden wählte die Landesversammlung die Genossen Lipinski-Leipzig und Schmirch-Plauen. Die Tagesordnung wird nach dem Vorschlag des Landesvorstandes wie folgt festgesetzt: 1. Geschäftsbericht des Landesvorstandes: a) Organisation und Agitation; Referent Sindermann; b) Kassenbericht: Referent Ernst Braune. 2. Bericht der Landtagsfraktion; Referent Otto Uhlig. 3. Die Gemeindewahlrechtsbewegung, Referent Fritz Seeger. 4. Die Gemeindesteuergesetze; Referent Emil Nitzsche. 5. Anträge der Parteigenossen. 6. Wahl des Landesvorstandes. 7. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Für den Landesvorstand gibt Genosse Sindermann den Bericht über die Parteitätigkeit im letzten Geschäftsjahr. Der Redner bedauert dabei die kleinliche Polemik, die zeitweise in der Parteipresse Sachsens hervortrete, und die oft sehr persönlich werde und in Gehässigkeiten ausarte. Zum Schluß gedenkt der Redner der verstorbenen Genossen, wobei er insbesondere des Genossen August Kaden gedenkt, der nicht nur lange Jahre sächsischer Reichstagsabgeordneter war, sondern auch viele Parteitage Sachsens geleitet hat. Die Landesversammlung beschließt einstimmig, der Familie Kaden die herzlichste Teilnahme auszusprechen.

Den Kassenbericht gibt Genosse Braune, der dabei auch auf die Organisation, insbesondere auf die Mitgliederbewegung eingeht. In den letzten neun Monaten ist die Zahl der Mitglieder von 149 895 auf 157 913 gestiegen, darunter befinden sich 21 168 Frauen, deren Zahl um 3126 gestiegen ist. Die stärkste Mitgliederzahl hat der 13. Wahlkreis Leipzig-Land, nämlich 33 941. Keiner der 23 Wahlkreise weist eine Mitgliederzahl unter 1500 auf.

In allen Kreisen ist ein gut funktionierendes Einkassierersystem in Anwendung. Dies hatte den Erfolg, daß in den neun Monaten bedeutend mehr an Mitgliederbeiträgen vereinnahmt wurden, als im vollen Geschäftsjahr 1911/12. Die Gesamteinnahme betrug 722 399,98 M. Davon entfallen auf Mitgliederbeiträge 521 019,10 M. Hiervon erhielt der Parteivorstand 110 637,05 M. und die vier Bezirksvorstände 50 998,50 M. Für Gemeinderatswahlen wurden 23 109,46 M. und für allgemeine Agitation 169 827 Mark verausgabt.

Die Zunahme der Abonnenten der Parteipresse war nur eine minimale, sie betrug 4480. Die gesamte Parteipresse Sachsens hat 219 364 Abonnenten. — Gut abgeschnitten hat die Partei bei den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen; sie brachten in diesem Jahre einen Gewinn von 352 Mandaten. Die Partei zählt gegenwärtig in 82 Städten 305 Stadtverordnete und in 859 Landgemeinden 2064 Gemeinderatsmitglieder, außerdem zwei Stadträte und vier Gemeindeälteste.

Die

**Montagssitzung**

beginnt mit einer Begrüßungsansprache des Genossen Molkenbuhr, der den Parteivorstand vertritt. Genosse Molkenbuhr begrüßt die sächsische Partei als die Avantgarde der Arbeiterbewegung und verbreitet sich dann über die politische Lage, die der Sozialdemokratie außerordentlich günstig sei. Zwar werde die Militärvorlage angenommen werden und es werde auch im nächsten Jahre eine Marinevorlage folgen, aber diese Politik treibe um so rascher zum Bankerott, und die Sozialdemokratie werde dann der Konkursverwalter der alten Gesellschaft sein.

Dann tritt die Landesversammlung in die Diskussion des Geschäftsberichts und der dazu vorliegenden Anträge ein. Einige Anträge wollen organisatorische Aenderung insofern, daß Genossinnen zu den Bezirksvorständen und zum Landesvorstand zugezogen werden, andere verlangen die Anstellung von Lehrkräften für Bildungskurse durch die Landesorganisation, und der Landesvorstand beantragt, einen Landessekretär anzustellen. Die lebhafte Diskussion nimmt fast die gesamte Vormittagssitzung in Anspruch.

In der

**Nachmittagssitzung**

wurde der Antrag auf Anstellung von Lehrkräften in den ländlichen Orten dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag angenommen, einen Landessekretär anzustellen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Genosse Jungnickel berichtet dann, daß 95 Delegierte auf dem Parteitag anwesend sind, darunter 13 weibliche. Außerdem sind anwesend: 18 Landtagsabgeordnete, zwei Reichstagsabgeordnete, ein Vertreter des Parteivorstandes sowie sämtliche Mitglieder des Landesvorstands und der Bezirkskomitees; insgesamt 136 Anwesende.

Den Bericht der Landtagsfraktion gab Genosse Uhlig aus Zittau. Die Tätigkeit des Landtags sei heute verwickelter als in früheren Jahren, weil jetzt jede der einstigen Verbündeten, die Konservativen und die Nationalliberalen, darum ringen, an erster Stelle stehen zu können. In dem hochentwickelten Industrielande Sachsen werde eine starke agrarische Politik getrieben. Das habe sich deutlich gezeigt bei der Zollpolitik, bei der Interpellation über die Teuerung, beim Jagdgesetz usw. Selten gab es eine Gelegenheit, wo die Nationalliberalen ihre Grundsätze nicht verleugnet haben, und die Konservativen trieben ständig Nützlichkeitsberechnungen im Interesse des Kapitals. Bei der Schulreform habe die Sozialdemokratie keine positiven Erfolge erreichen können, obwohl die bürgerlichen Parteien, ja selbst die Erste Kammer, anerkennen mußten, daß die von uns gestellten Anträge gerechte waren, und geeignet gewesen seien, die Gemeinden zu entlasten. Das Bestreben der Reaktionäre war zweifellos, die Schule zu einem Machtmittel der herrschenden Klassen zu machen. Unserem Vorgehen ist zu danken, daß der Wille der Reaktionäre, das Koalitionsrecht zu beschneiden, nicht durchgekommen ist. Konservative und Nationalliberale sind sich einig, daß keine Ueberspannung des Arbeiterschutzes stattfinden dürfe. Unser Bestreben ist es gewesen, für die Demokratisierung der gemeindlichen und staatlichen Einrichtungen zu sorgen, weil wir damit der Allgemeinheit dienen. Am Schluß seiner Ausführungen geht Genosse Uhlig auf den Vorwurf ein, der in letzter Zeit in der Presse erhoben wurde, daß es der Fraktion im Landtage an überragenden Köpfen gefehlt habe. In praktischen Dingen werde man der Fraktion trotz des Fehlens dieser Köpfe wenig Vorwürfe machen können. Der Kampf gegen die Privilegierten in der Ersten Kammer sei viel notwendiger, als ein fortwährendes Nörgeln an den Männern der Regierung. Die Fraktion glaubt, ihre Pflicht getan zu haben.

In der Diskussion bemerkte Genosse Geyer, bei der Kritik der Tätigkeit der Landtagsfraktion sei vielfach von falschen Voraussetzungen ausgegangen.

Genosse Nitzsche sprach über die Gemeindesteuergesetze. Er erläuterte die Stellungnahme der Fraktion zu den einzelnen Gesetzen und besprach dabei ausführlich das Zuwachssteuergesetz und die Besitzwechselabgaben, die die Regierung als indirekte Steuer erklärt. Die Fraktion glaubt auch hier ihre Schuldigkeit getan zu haben. Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

---

## Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie Badens.

Freiburg i. B., 21. Juni. (Eig. Ber.)

In dem Saale des „Kolosseum" in Freiburg findet heute und morgen der außerordentliche Parteitag unserer badischen Genossen statt, der sich in der Hauptsache mit der bevorstehenden Landtagswahl in Baden zu beschäftigen hat.

Die Tagung begann pünktlich um 2 Uhr. Als Vertreter der Gesamtpartei ist Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert-Berlin anwesend. Zu Vorsitzenden des Parteitages werden die Genossen Dr. Frank-Mannheim und Englert-Freiburg gewählt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der

**Bericht des Landesvorstandes.**

Der Referent, Genosse A. Geiß, konnte in der Hauptsache auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht verweisen. (Der „Vorwärts" hat bereits einen Auszug daraus gebracht. D. R.)

In der Diskussion wird von verschiedenen Seiten auf die Notwendigkeit der Organisierung der Frauen hingewiesen. Ein Antrag aus Mosbach, der die Landtagsfraktion ersucht, die Einführung des direkten Wahlrechts unter Anwendung des Proporzes zur Wahl der Gemeinderäte über 4000 Einwohner (für kleinere Gemeinden besteht das Wahlrecht bereits) zu verlangen, wird angenommen, ebenso ein Antrag Pforzheim, der verlangt, daß Kandidaten für Gemeindewahlen in der Regel mindestens seit einem Jahr, für Landtags- und Reichstagswahlen seit fünf Jahren Parteimitglieder sein müssen.

*

Freiburg i. B., 22. Juni. (Eig. Ber.)

Die heutige Sitzung beginnt mit Begrüßungsansprachen. Die Freiburger Genossen, sowie die Parteiorganisationen von Bayern, Hessen und der Reichslande lassen durch Vertreter dem Parteitag ihre Wünsche übermitteln, für den deutschen Parteivorstand ergreift Genosse Ebert-Berlin das Wort. Genosse Dr. Frank gedenkt in warmen Worten des verschiedenen Genossen Kaden-Dresden, der gestern gestorben ist.

Nach dem Berichte der Mandatsprüfungskommission sind 134 Delegierte, 16 Abgeordnete und 8 Sekretäre anwesend. Als einziger Verhandlungsgegenstand befindet sich auf der heutigen Tagesordnung ein Referat des Genossen Dr. Frank-Mannheim über

**„Die badischen Landtagswahlen 1913."**

Der Redner begann mit einem Rückblick auf die im badischen Landtage geleistete Arbeit.

„Wir sind dem Zentrum außerordentlich unbequem geworden, deshalb der Haß, mit dem uns die schwarzen Parteisekretäre verfolgen, die in jedem Beichtstuhl sitzen. Man versucht sogar von dieser Seite aus, jetzt die Regierung gegen die Beamten scharf zu machen und schreckt nicht davor zurück, uns das Mannheimer Attentat an die Rockschöße zu hängen. Wir haben unter dem Eindruck der Reichsfinanzreform große Erfolge in dem letzten Landtagswahlkampf erzielen können, wir müssen inzwischen die Massen an uns gefesselt haben, damit man sieht, daß es kein „Streichholzsteuerfeuer" war."

Der Referent weist im einzelnen die Errungenschaften in Baden nach, ohne indes zu verschweigen, daß auch Baden in vielen Dingen unter dem Einfluß der „Verpreußung" steht. Als Beleg hierfür dient die badische Streikjustiz, der Militärboykott, die Fabrikinspektion u. m., alles Fragen, in deren Behandlung die Bürgerlichen nicht ihren Mann stellen. In der Schulfrage verlangen wir die Beseitigung der konfessionellen und sozialen Schranken. Die Begabten sollen das Land regieren, nicht die Reichen.

Wir sind sowohl gegenüber den Parteien, wie auch gegenüber der Regierung vollständig unabhängig. Wir sind eine Minderheit und deshalb in wichtigen Fragen auf die Hilfe anderer Parteien angewiesen. Es ist nicht gleichgültig, welche Mehrheit uns gegenübersteht und ein Blick auf die benachbarten Staaten zeigt uns, daß unsere Front gegen das Zentrum richtig ist. Bayern ist der Beweis dafür, daß das Zentrum das Koalitionsrecht bedroht; jeder Kulturfortschritt und die Schulreformen werden durch das Zentrum gefährdet. Wir können die Verantwortung, eine konservativ-klerikale Mehrheit nicht verhindert zu haben, nicht übernehmen; deshalb müssen wir mit allen antiklerikalen Parteien zusammengehen. Wie der Zentrumsführer Wacker in einer Rede in Lörrach erklärt hat, will man dem Sozialdemokraten keinen „klerikalen" Gegenkandidaten gegenüberstellen, sondern sofort für den Liberalen stimmen. Dadurch würden die Sozialdemokraten nicht nur eine Anzahl Sitze verlieren, sondern es würde dadurch auch ein Zusammengehen der Fortschrittler, Nationalliberalen und Sozialdemokraten im zweiten Wahlgange unmöglich, da dann ja uns nichts mehr zu bieten wäre. Diese Taktik, die eine politische Verlumpung darstellt, wollen wir durchkreuzen. Es haben Verhandlungen zwischen den drei Linksparteien stattgefunden und es bestand erst auf verschiedenen Seiten die Auffassung, daß es zweckmäßig sei ein Großblockabkommen auf Grund des jetzigen Besitzstandes der Parteien schon für den ersten Wahlgang zu treffen. Ein derartiges Abkommen könnte jedoch nur als letzter Notbehelf dienen. Wir haben ein besseres Mittel gefunden, das uns die Möglichkeit läßt, im ersten Wahlgang eigene Kandidaten überall aufzustellen und trotzdem die Zentrumspläne durchkreuzt. Das wird dadurch erreicht, daß in den fünf Wahlkreisen und zwar:

25. Kreis Lahr—Stadt,
55. „ Heidelberg—Wiesloch,
56. „ Schwetzingen,
57. „ Mannheim—Schwetzingen,
68. „ Heidelberg—Eberbach

die Fortschrittler und Nationalliberalen, die gemeinsam diese Kreise mit klerikaler Hilfe möglichermeise erringen könnten, keine gemeinschaftlichen Kandidaten in diesen Kreisen aufstellen, sondern je einen fortschrittlichen und nationalliberalen Kandidaten nominieren. Das ist die Vorbedingung für das Wahlbündnis für die Stichwahlen. Nicht die Sicherung des einen oder anderen sozialdemokratischen Sitzes ist uns das Wichtigste, sondern das Verhindern der reaktionären Majorität. Das Spiel der freien Kräfte innerhalb der Linksparteien soll gewahrt bleiben, deshalb machen wir den Bürgerlichen keine Vorschriften, lassen aber auch uns nichts hineinreden und ich muß die Kritik bürgerlicher Parteiblätter wegen meiner Generalstreikrede zurückweisen. Wir benützen den ersten Wahlgang, um überall unsere Gedanken zu propagieren. Hätten wir die Verhältniswahl, dann könnten wir uns das Bündnis ersparen. Das Zentrum sucht im trüben zu fischen, indem es für die Großstädte, nicht aber für das Land den Proporz fordert. Das hundertjährige Jubiläum der badischen Verfassung wäre eine günstige Gelegenheit, dem Volke das Proportionalwahlrecht zu geben. — Von den nächsten Wahlen hängt außerordentlich viel ab, deshalb gilt es, alle Kräfte anzuspannen! Stehen Sie alle zusammen, damit das Zentrum mit blutigen Köpfen heimgeschickt wird. (Beifall.)

Auf Antrag wird ohne Diskussion über das Abkommen mit den Fortschrittlern und Nationalliberalen abgestimmt. Die Delegierten erklären sich einstimmig für den Vorschlag.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde sodann der außerordentliche Parteitag geschlossen.

* * *

**Die badischen Liberalen und das Wahlabkommen.**

Die Fortschrittler hielten ihre außerordentliche Parteiversammlung in Offenburg ab. Das Landtagswahlabkommen mit Sozialdemokraten und Nationalliberalen wurde einstimmig gutgeheißen. — In einer Resolution protestierte dann der fortschrittliche Parteitag noch gegen die Einstellung der Festspielaufführung in Breslau, in der die fortschrittliche Versammlung die Preisgabe der Freiheit von Kunst und Wissenschaft gegenüber höfischen Rücksichten sieht. Das deutsche Volk werde aus dem Breslauer Vorgang „die weise und zweckmäßige Lehre" ziehen, bürgerliche Feste und Veranstaltungen nicht mehr höfischen Protektoren zu unterstellen".

Die nationalliberale Partei tagte in Karlsruhe. Sie zählte nicht weniger als 600 Teilnehmer. Das Blockabkommen wurde auch hier angenommen, es stimmten von der großen Zahl nur sieben Mann gegen dasselbe.

---

## Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Danzig, 20. Juni.

Zwecks Erledigung verschiedener Angelegenheiten, über die sich eine öffentliche Verhandlung nach Ansicht der Generalversammlung nicht empfiehlt, wurden die heutigen Beratungen in geschlossener Sitzung gepflogen.

Zunächst verbreitete sich Döblin in längeren Ausführungen über die zu erledigenden Angelegenheiten, wobei er eine Reihe von Erscheinungen gewerblicher und allgemein gewerkschaftlicher Natur besprach, sie teilweise kritisch beleuchtete und in anderen Fällen wieder eine Stellungnahme dazu nach der einen oder anderen Richtung empfahl. Die Debatte war eine äußerst lebhafte. Die Generalversammlung stellte sich bezüglich der Frage, welche Stellungnahme die Organisation zu den Prinzipalen, die wegen des besonderen Fonds aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausgetreten sind oder mit dem 30. September d. J. ausgeschlossen werden dürften, einnehmen soll, auf den Standpunkt, abzuwarten, wie sich diese Verhältnisse entwickeln werden.

Aus der Erörterung des Verhältnisses der Organisation zur allgemeinen Arbeiterschaft ging als Extrakt hervor, daß der Verband die Selbständigkeit der Gewerkschaft aufs neue betont, wie er auch an der Selbstverständlichkeit der Neutralität festhält. Wenn gerade der letzteren Voraussetzung verbandsseitig auch immer entsprochen worden sei, so habe die Erfahrung doch gelehrt, daß der Verband in der Oeffentlichkeit immer wieder als „sozialdemokratische" Organisation bezeichnet worden sei. Wegen dieser gegnerischen Preßtreibereien und agitatorischen Machenschaften sich besonders aufzuregen, liege keine Veranlassung vor, weil die Gegner doch fortfahren würden in diesen Angriffen. Der Verband werde seinen bisherigen Weg weitergehen und durch seine Handlungen beweisen, daß er weder eine andere Richtung eingeschlagen hat, noch der Uebermeutralität Konzessionen zu machen gewillt sei.

Auch die Stellungnahme zur allgemeinen Arbeiterbewegung habe keine Veränderung erfahren, denn die Arbeiterschaft habe es gerade gegenwärtig sehr notwendig, ihre Geschlossenheit zu zeigen. Natürlich werde auch erwartet, daß von allen Körperschaften innerhalb der Arbeiterbewegung nichts geschehe, was zu irgendwelchen Handhaben gegen die Gewerkschaften Material liefern könne. Es kamen dann verschiedene Fälle zur Sprache, bei denen man diesem Erfordernis nicht Rechnung getragen habe. Diese Fälle lassen es als notwendig erscheinen, daß auch in den örtlichen Verbandsinstanzen nur Beschlüsse gefaßt und Maßnahmen getroffen werden, die zu keinen Durchbrechungen Anlaß geben können und in jeder Beziehung zu vertreten sind.

Das von manchen Prinzipalen beliebte Thema von der Zurückhaltung mit den Leistungen erfuhr eine eingehende Diskussion. Der Behauptung der Prinzipale, daß diese Erscheinung speziell in den Großbetrieben wahrzunehmen sei und daß es hauptsächlich die Drucker seien, die in Betracht kämen, wurde in eindringlichster Weise entgegengehalten, daß die Behauptungen nicht zuträfen. Das Aufseher- und Kontrollsystem verhindere schon, daß zu wenig gearbeitet werde. Es kamen weiter die Maximen der Geschäftsleiter und Faktoren zur Sprache, die darauf hinauslaufen, die Arbeitsleistungen noch mehr zu steigern. Die Kompliziertheit der Maschinen mache außerdem ein sehr gewissenhaftes Arbeiten notwendig. Für falsche Dispositionen der leitenden Stellen und Mangelhaftigkeit gewisser Arbeitsmittel könne man nicht die Gehilfen verantwortlich machen. Ferner wurden Einzelfälle erwähnt, in denen seitens der geschäftsführenden Personen so unterschiedlich getadelt und gelobt wurde, das unmöglich ein Zurückhalten mit den Leistungen habe vorliegen können. Demgegenüber wurde indes auch an der Hand von Einzelvorkommnissen dargetan, daß nicht immer korrekt gehandelt werde und daß nachgewiesene Verfehlungen zu mißbilligen seien. Es dürfte aber nicht durch solche Einzelverfehlungen die Gesamtkollegenschaft verdächtigt und geschädigt werden.

Der Vorsitzende faßte die Aussprache dahin zusammen, daß unberechtigten Vorstellungen der Prinzipale entgegengetreten werden müsse und daß es im Interesse des Friedens liege, wenn die besprochenen Vorkommnisse vermieden würden.

Die Sitzung wird wegen einer von den Kollegen des Gaues Westpreußen veranstalteten Dampferfahrt abgebrochen.

Am 9. September d. J. werden es 25 Jahre, daß Döblin an der Spitze des Verbandes der Deutschen Buchdrucker steht. Die Generalversammlung hat aus diesem Anlaß in einer internen Sitzung, von der man Döblin fernzuhalten gewußt hatte, den einstimmigen Beschluß gefaßt, ihn mit drei Viertel seines Gehalts zu pensionieren, falls er den Beschwerden des Alters unterliege oder aus anderen Gründen seinen Posten nicht mehr auszufüllen imstande sei.

Gleichzeitig wurde der Beschluß der Generalversammlung auch auf den im 66. Jahre stehenden Kassierer Eifler ausgedehnt, der zwar erst in 3 Jahren sein 25jähriges Jubiläum erreicht hat, dessen Gesundheitszustand indes zurzeit nicht der beste ist. Die Generalversammlung ließ durch Massini-Berlin ausdrücken, daß sie sich verpflichtet fühle, in Anbetracht der Tätigkeit der beiden verdienstvollen Beamten deren Lebensabend sicher zu stellen und ihnen dies als Jubiläumsgabe schon jetzt mitzuteilen.

*

Danzig, 21. Juni.

Die heutige Sitzung beginnt mit der Beratung des Punktes 6 der Tagesordnung:

**Besprechung des Verhältnisses zur Generalkommission**

und zu den gegenseitigen Verbänden, jedoch ist der größte Teil dieser Materie bereits in der geschlossenen Sitzung verhandelt. Döblin weist unter andern darauf hin, daß man sich in Anbetracht des provokatorischen Verhaltens der Unternehmer in Gewerkschaftskreisen mit dem Gedanken vertraut zu machen suche, eine gemeinsame Widerstandskasse zu gründen. Redner persönlich ist Gegner einer solchen Kasse und legt dar, daß er es für wichtiger hält, wenn bei großen Kämpfen und Aussperrungen jede Organisation nach ihrem prozentualen Verhältnis zahlt. Da indes der nächste Gewerkschaftskongreß hierüber entscheide, so bittet Redner, die zu wählenden Delegierten in dem von ihm vorgezeichneten Wege zu beauftragen. Die Generalversammlung erklärt sich damit einverstanden. Das Verhältnis des Verbandes zum Internationalen Buchdruckersekretariat bezeichnet Döblin im allgemeinen als gut, doch lasse sich nicht leugnen, daß mit Oesterreich und der Schweiz mehrfach Differenzen vorgekommen sind und noch vorkommen über die Behandlung und Handhabung des Arbeitsnachweises, was von Graßmann noch näher geschildert wird.

Reifmüller und Dworaczek-Wien, die beiden österreichischen Delegierten, treten dem entgegen, indem sie die öster-

reichischen Verbandseinrichtungen verteidigen und fordern, daß die deutschen Kollegen sich dem unterwerfen. Eine Ausnahme in der Behandlung deutscher und österreichischer Kollegen werde nicht gemacht. Die Debatte spinnt sich indes noch weiter aus, da nunmehr die Schilderung von Einzelvorkommnissen platzgreift und die deutschen Kollegen ihre Beschwerden aufrechterhalten. Schließlich erklärt Döblin: Wenn der Apparat der gegenseitigen Verständigung ein so schwerer sei, dann nütze der Gegenseitigkeitsvertrag überhaupt nicht. Tatsache sei, daß den deutschen Kollegen bei Uebernahme einer Stellung in Oesterreich fortwährend Schwierigkeiten von der Organisation in Oesterreich gemacht würden. Es müsse deshalb versucht werden, einen Weg zu finden, der diese Schwierigkeiten aufhebe. Damit wird dieser Punkt der Tagesordnung verlassen.

Es gelangen nunmehr all diejenigen Anträge zur Verhandlung, die sich auf das Fachorgan, den

**„Korrespondent",**

beziehen. Eine Anzahl Anträge verlangt die obligatorische Einführung des „Korrespondent". Das Fachorgan wird bei einer Mitgliederzahl von annähernd 70 000 in etwas über 50 000 Exemplaren gelesen. Die Mehrheit der Redner lehnt indes das Obligatorium ab, weil man der Ansicht ist, daß eine den Mitgliedern oktroyierte Kost nicht munden werde und andererseits bei der dreimaligen Erscheinungsweise pro Woche die Kosten zu hohe werden würden, um sie ohne weiteres auf die Verbandskasse zu übernehmen. Der Verbandstag lehnt denn auch sämtliche Anträge, die sich auf die obligatorische Einführung des „Korrespondent" beziehen, ab. Auch ein weiterer Antrag, der eine Frauenbeilage mit literarisch-gewerkschaftlichem Inhalt fordert, wird abgelehnt. Die Redaktion des Fachorgans erfährt eine ziemlich scharfe Bekämpfung durch Steinhardt-Hamburg. Er bemängelt, daß die Schreibweise eine zu langatmige und unklare sei, kritisiert die ausführlichen Berichte über Festivitäten und fordert eine Einschränkung der Polemiken gegen die gelb-schwarzen Gutenbergbündler, denen man viel zu viel Ehre antue, wenn man sie so oft erwähne. Des ferneren kommt Redner noch einmal auf die unliebsamen Hamburger Vorkommnisse zurück, indem er sich darüber beschwert, daß die „Korrespondent"-Redaktion seine Berichte nicht aufgenommen habe und man deshalb in Hamburg gezwungen sei, die Verbandsnachrichten in den örtlichen „Mitteilungen" zur Kenntnis der Kollegen zu bringen.

Döblin betont demgegenüber, daß es unzulässig sei, örtliche Publikationsorgane zu schaffen, da für die Verbandspublikationen lediglich das Fachorgan maßgebend sei. Redakteur Krahl betont, daß sich die Redaktion dem Kollegen Steinhardt gegenüber in einer schlimmen Position befinde, da Steinhardt als erklärter Oppositionsmann es nicht fertig bringe, in seinen Berichten objektiv zu bleiben. Immer lasse er in die Berichte seine persönlichen Anschauungen mit einfließen. Auch die Angelegenheit v. Elm und Kaufmann habe er einseitig dargestellt. Der Vorwurf, daß den Gutenbergbündlern zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werde, treffe völlig daneben. Denn in den beiden letzten Jahren seien sie kaum noch im „Korrespondent" erwähnt. Einverstanden ist die Redaktion vollständig mit der Kritik Steinhardts an den Festberichten. Aber daran sei die Redaktion unschuldig. Redner benutzt diese Gelegenheit, um einen Appell an die Funktionäre des Verbandes zu richten, doch dahin zu wirken, daß die örtlichen Schriftführer die „Korrespondent"-Redaktion mit Festberichten möglichst verschonen. Auch Redakteur Helmholtz polemisiert gegen Steinhardt, in dessen Person die Schwierigkeiten zu suchen seien, die die Redaktion mit der Hamburger Mitgliedschaft durchzufechten habe. Beschwerden unbedeutender Natur werden dann noch von Schweinesbein-Bremen, Erb-Karlsruhe und Maier-Augsburg vorgebracht, während von mehreren anderen Seiten sowohl die prinzipielle Haltung des „Korrespondent" als auch sein taktisches Verhalten in schwierigen Situationen rückhaltlos anerkannt werden. Nach Beendigung der Aussprache werden die drei Redakteure per Akklamation mit allen gegen eine Stimme (Steinhardt) wiedergewählt.

Döblin referiert nunmehr über einige Anträge und Beschwerden, die bei einer bestimmten Rubrik keine Unterkunft gefunden haben. Erwähnenswert ist ein Antrag, der zum Ausbau der „Typographischen Mitteilungen" für die beiden folgenden Jahre eine Unterstützung von je 3000 M. fordert. Der Antrag findet Annahme, nachdem er von Döblin befürwortet ist. Ein Antrag der Diätenkommission, in Anbetracht der teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreise in Danzig an Diäten pro Tag 13 M. zu gewähren, wurde einstimmig gutgeheißen.

Die Aufnahme einer

**Ueberstundenstatistik**

wird von mehreren Seiten mit dem Hinweise auf das Ueberhandnehmen der Ueberstundenarbeit empfohlen. Döblin macht zwar auf die Schwierigkeit der Aufnahme einer solchen Statistik aufmerksam, die Versammlung ist jedoch trotzdem der Meinung, daß man die Aufnahme der Statistik beschließen solle. Es gelangt deshalb ein Antrag zur Annahme, der die Aufnahme einer solchen Statistik für ein volles Jahr fordert und den einzelnen Gauen die Verpflichtung auferlegt, unter Benutzung einheitlicher Formulare die einzelnen Berufszweige gesondert in der Statistik zu führen. Es werde sich dann zeigen, daß von der 9stündigen Arbeitszeit nicht mehr viel übrig geblieben sei.

Ein Antrag des Bezirks Frankfurt a. M., die Schriftschneider als eine besondere Sparte anzuerkennen, wird abgelehnt, weil die Generalversammlung ein Bedürfnis hierfür nicht anerkennt. Auf Antrag Ofiéka-Bremen werden die 4 Vorstandsmitglieder per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Auf Vorschlag Döblins beschließt der Verbandstag weiter, für die Angestellten des Verbandes durch die Gauvorsteher einen den Grundsätzen des Vereins Arbeiterpresse entsprechenden Vertrag ausarbeiten zu lassen und ferner, daß dem Verbandskassierer Eifler eine Hilfskraft zur Seite gestellt werden soll. Die Stellung soll ausgeschrieben werden. Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wird Leipzig bestimmt.

## 11. Generalversammlung der Deutschen Metallarbeiter.

Breslau, den 21. Juni 1913.

Sechster Tag.

Wir teilten schon in unserem jüngsten Berichte mit, daß die Generalversammlung eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in den Fällen der Arbeitslosigkeit beschlossen habe und schrieben dann weiter: „Bei Erwerbslosigkeit durch Krankheit wollen wir die alten Sätze nicht ändern." Bei der Einzelberatung der Statuten und der Beschlußfassung über die einzelnen Paragraphen ist dann die neue Festlegung der Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit genau aufgeführt. Darunter befindet sich der Satz: „Im Falle von Krankheit gilt das gleiche." Das muß heißen: Im Falle von Krankheit gilt das Alte — wie auch aus der weiter oben stehenden Bemerkung schon ersichtlich ist.

Einen zweiten Fehler bitten wir dahin zu berichtigen, daß dem Verbandsausschuß nicht eine Entschädigung in Höhe von 5000 M., sondern in Höhe von 500 M. bewilligt ist.

•

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr, diesmal wieder mit etlichen Urlaubsgenehmigungen.

Es wird ein Antrag gestellt, den Teil des Statuts, der bis jetzt noch nicht erledigt ist, im ganzen anzunehmen. Schlicke schlägt vor, daß durch den Berichterstatter der Statutenberatungskommission im ganzen über die wichtigsten noch ausstehenden Aenderungen gesprochen werden solle. Dies wird durch die Generalversammlung genehmigt.

Die §§ 15 bis 22, die Streik- und Maßregelungsunterstützung, Rechtsschutz, Rechtsansprüche an den Verband, persönliche Streitigkeiten, Schiedsgericht, Beendigung der Mitgliedschaft und Ausschluß behandeln, bleiben die alten.

Die Abstimmungen erfolgen ohne Diskussion. Der § 23 erhält eine Anzahl kleinerer Korrekturen.

Die §§ 24 bis 34 bleiben unverändert die des alten Statuts.

Zu § 35 liegt folgender Antrag vor:

Die Generalversammlung wird ersucht, an Stelle des heute bestehenden Wahlsystems ein mehr zeitgemäßes Wahlsystem für die Delegiertenwahl setzen zu wollen.

Der Beschluß der Kommission lautet dahin, den Antrag dem Vorstande als Material zur Prüfung und eventueller Ausarbeitung einer Vorlage oder Berichterstattung an die nächste Generalversammlung zu überweisen. Die Gründe dazu sind, daß die Kommission der Ansicht ist, daß das Wahlsystem zu den Generalversammlungen reformbedürftig ist. Die Kommission konnte jedoch zu einem praktischen Abänderungsvorschlag nicht kommen, da ihr zur Ausarbeitung eines solchen alle Grundlagen fehlten.

Die Generalversammlung beschließt, sich den Beschlüssen anzuschließen.

Die §§ 36 bis 38 bleiben unverändert. Der § 39, der bestimmt, daß das neue Statut am 1. Juli dieses Jahres in Kraft zu treten hat, wird angenommen.

Die Abstimmung über das Gesamtstatut ergibt die Annahme gegen eine Stimme.

Es folgen die

**Berichte der zwei Beschwerdekommissionen.**

Liebmann-Leipzig hat sich bei der Generalversammlung über eine Rüge beschwert, die er in Leipzig bekommen hat. Seine Beschwerde wird abgelehnt. Er hat sich weiter darüber beschwert, daß die Rüge in der „Metallarbeiterzeitung" abgedruckt worden ist, ehe die höchste Instanz, die Generalversammlung, gesprochen habe. Auch diese Beschwerde wird abgelehnt.

Eine weitere Leipziger Beschwerde beim Ausschuß wehrt sich dagegen, daß der Hauptvorstand einen Beschluß inhibiert habe, auf Kosten der Leipziger Lokalkasse einen Kollegen zur Parteischule zu schicken. Der Leipziger Standpunkt, der die Haltung des Vorstandes als Eingriff in das lokale Selbstverwaltungsrecht betrachtet und das als eine Maßnahme ansieht, die eine gewisse Richtungsbeeinflussung darstelle, wird von Saager-Essen verteidigt.

Die Generalversammlung schließt sich dem Vorschlage des Berichterstatters der ersten Kommission, Sauer-Karlsruhe, an und lehnt die Beschwerde mit Mehrheit ab.

Verschiedene Berliner Kollegen sind ausgeschlossen worden, weil sie zu gleicher Zeit im gelben Verein organisiert waren und nach Aufforderung nicht ausgetreten sind. Der Ausschluß wird bestätigt.

Das Urteil eines Schiedsgerichts, das dem Kollegen Diesner-Berlin eine Rüge erteilt hat, wird angegriffen, es müsse Ausschluß erfolgen. Es bleibt bei dem Rügebeschluß.

Börger-Hamburg wurde aus einem Betriebe entlassen, man nahm Maßregelung an, konnte dann aber nicht für ihn eintreten, weil seine Arbeitsweise verschiedene allgemeine Lohnkürzungen zur Folge hatte. Börgers weiteres Verhalten führte zum Ausschluß. Dieser wird bestätigt.

In Göppingen wurde dem Mitglied Resch durch ein Schiedsgericht eine Rüge erteilt. Der Zentralvorstand trat dem Beschlusse nicht bei, die Schuld sei nicht klar genug erwiesen. Dagegen erhebt die Göppinger Verwaltung Beschwerde. Diese wird abgelehnt.

Etliche andere Berliner Beschwerden werden ebenfalls durch die Generalversammlung nach dem Vorschlage des Berichterstatters der Beschwerdekommission abgelehnt. Nur in einem Falle, dem des Mitgliedes Meier-Berlin, wird das Urteil korrigiert und der Ausschluß zurückgenommen.

Es folgt der Bericht der zweiten Beschwerdekommission.

Berichterstatter ist Haas-Köln. Verschiedene Beschwerden, die Verwaltungsgeschäfte betreffen, werden nach dem Vorschlage der Kommission abgelehnt.

Eine Beschwerde aus Pforzheim wird nach Vorschlag der Beschwerdekommission im Sinne von Vorstand und Ausschuß entschieden.

Eine Stuttgarter Beschwerde gegen die „Metallarbeiterzeitung" wegen eines Pressewaschzettels, den sie bei einer Stuttgarter Streikigkeit auf Redaktionskosten versandt habe, wird abgelehnt.

Heidinger-Stuttgart erhebt den Vorwurf, daß ein Stuttgarter bürgerliches Blatt auffallend rasch die gleiche Information gehabt habe.

Schlicke weist den darin liegenden Vorwurf zurück. Die Tatsachen hätten schon beim Schiedsgericht Scherms ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruhe.

Richter-Berlin, der Berichterstatter der Rechnungskommission, beantragt, für die Kassenführung des Ausschusses Entlastung zu erteilen. Es wird dementsprechend beschlossen.

Zum

**internationalen Metallarbeiterkongreß**

in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst.

Es wird beschlossen, auf den **internationalen Arbeiterkongreß** drei Delegierte zu entsenden; gewählt werden Schlicke-Stuttgart, Cohen-Berlin und Brandes-Magdeburg.

In die **Staffelbeitragskommission** werden gewählt vom Bezirk 1: Seemann-Königsberg, 2: Ostheimer-Görlitz, 3: Pawlowitsch-Berlin, 4: Hirthe-Aue, 5. Striefler-Hannover, 6: Garbe-Kiel, 7: Jäker-Düsseldorf, 8: Metz-Frankfurt a. M., 9: Sauer-Karlsruhe, 10: Umrath-Nürnberg und Siering-Berlin.

Zwei Anträge, die verlangen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der **Einführung der Invalidenunterstützung** beschäftigen soll, werden abgelehnt.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Köln gewählt.

Die alte Verbandsleitung wird wiedergewählt, Schlicke als erster Vorsitzender, Reichel als zweiter Vorsitzender, Werner als Kassierer und Massatsch als Sekretär.

Der **Sitz des Ausschusses** bleibt Frankfurt a. M., die Kommission bleibt die alte.

Die **Redaktion** bleibt in den Händen von Scherm und Quist.

Die folgende Resolution wird ohne Diskussion angenommen.

In Uebereinstimmung mit dem von der Generalversammlung in Mannheim beschlossenen Antrag an den Gewerkschaftskongreß in Dresden betrachtet die elfte ordentliche Generalversammlung das Umlageverfahren zur Aufbringung von Mitteln zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen für den besten Ausweg und erwartet vom Vorstand, daß er in den Vorständekonferenzen der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände für seine Einführung wirkt.

Um bei etwaiger Anwendung des Umlageverfahrens einer zu großen Inanspruchnahme der eigenen Verbandsmittel vorzubeugen, ist der Vorstand zur Erhebung eines Extrabeitrages nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatutes berechtigt.

Schlicke, der Verbandsvorsitzende, schließt die Verhandlungen: Ich darf wohl sagen, ohne zu übertreiben, unsere Verhandlungen sind von großer Eintracht geleitet gewesen, trotz aller sachlichen Auseinandersetzungen. Es ist uns recht schwer geworden, einen Teil unserer Kollegen von der Generalversammlung auszuschließen. Ich hoffe, daß die, die es angeht, unsere Haltung als freundschaftlichen Rat auffassen werden. Wir haben hier gearbeitet, jetzt gehen wir hinaus, draußen steht der Feind!

Die Versammlung wird mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

## 12. Verbandstag der Buchbinder.

Stuttgart, den 20. Juni 1913.

Fünfter Verhandlungstag. (Abendsitzung.)

Die Beratung der allgemeinen Anträge wurde bei den zur Presse gestellten fortgesetzt. Beschlossen wurde dabei, daß die Abrechnungen der Verbandskasse in Zukunft nicht mehr in der Buchbinderzeitung, sondern auf Extrabeilagen, die zum Sammeln bestimmt sind, veröffentlicht werden. — Ein Antrag Berlin, der die Veranstaltung einer

**Enquete über die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie**

verlangt, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Gründung eines graphischen Industrieverbands wird in mehreren Anträgen gewünscht; der Verbandsvorstand solle sich mit den anderen graphischen Verbänden deswegen in Verbindung setzen. Weinläder-Nürnberg befürwortete die Bestrebungen, die die Verbände einander näher bringen. Herzog-Berlin ersuchte dagegen, sich nicht fortgesetzt den anderen Verbänden aufdrängen zu wollen. Verbandsvorsitzender Kloth verwies darauf, daß die Konzentration im graphischen Gewerbe immer mehr auf eine Verschmelzung hinarbeite. Er bittet aber, die Anträge abzulehnen, da bei den übrigen Verbänden noch nicht allzuviel Liebe für eine Verschmelzung vorhanden sei. — Der Verbandstag beschloß demgemäß.

Die Zustimmung des Verbandstages fand eine Vorlage des Vorstandes über die Einführung einer allgemeinen **Versicherung der Funktionäre gegen Unfälle** bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung gewährt.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Michaelis hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaftsarbeit durch die Genossenschaften in beachtenswerter Weise unterstützt wird, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder die „Volksfürsorge" durch allseitigen Eintritt fördern.

• •

Stuttgart, den 21. Juni 1913.

Am

sechsten Verhandlungstage

unterbreitete die Elferkommission ihre Vorschläge bezüglich der **Unterstützungen**, die insgesamt en bloc angenommen wurden. Die bisherigen Sätze der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung bleiben im wesentlichsten bestehen. Nur die erste und die neueingeschobene zweite Klasse bilden eine Veränderung. In der ersten Klasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung pro Tag 50 Pf., bis zu 15 Mk. Höchstbetrag insgesamt, die Krankenunterstützung 30 Pf. (Höchstsumme 12 M.). In der zweiten Beitragsklasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 75 Pf. (Höchstbetrag 22,50 M.), nach dreijähriger Mitgliedschaft 1 M. (Höchstbetrag 30 M.) und die Krankenunterstützung 40 Pf. (Höchstbetrag 16 M.) Während der Dauer von Krankheit oder Arbeitslosigkeit dürfen Beiträge nicht geleistet werden. — Die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurde geändert. Sie beträgt nun je nach der Beitragsklasse, der Dauer der Mitgliedschaft und ob das Mitglied einen eigenen Hausstand hat, 4—16 M. wöchentlich. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren 20 Pf. pro Tag gewährt. Mitglieder mit weniger als 26 Wochenbeiträgen können dreiviertel der Sätze erhalten. Im Falle der Maßregelung von Vertrauensleuten kann die Unterstützung auf 12 Wochen verlängert werden.

Die Bestimmungen für die **Umzugsunterstützung** werden dahin ergänzt, daß, wenn Mann und Frau Mitglied des Verbandes sind und beide zusammen umziehen, auch der Frau eine Unterstützung bewilligt werden kann.

Die Ortsanteile aus den Verbandsbeiträgen werden auf Vorschlag der Kommission wie folgt festgesetzt: für Orte ohne Angestellte in der ersten Beitragsklasse pro Beitrag 2 Pf., zweite Klasse ebenfalls 2 Pf., dritte Klasse 3 Pf., vierte Klasse 5 Pf. und fünfte Klasse 7 Pf. Für Orte mit Angestellten beträgt der Anteil in der ersten Klasse 1 Pf., zweiten Klasse 1½ Pf., dritten Klasse 2½ Pf., vierten Klasse 4 Pf. und fünften Klasse 6 Pf.

Eine vorgeschlagene **Neuregelung** (Erhöhung) **der Gehälter** der Angestellten lehnte der Verbandstag mit 48 gegen 24 Stimmen bei 19 Enthaltungen ab.

Der Verbandstag wählte dann eine Kommission von 11 Mitgliedern, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand vor dem nächsten Verbandstag die zum Statut eingehenden Anträge beraten soll.

Der Verbandsvorstand bleibt in Berlin. Die besoldeten Verbandsbeamten wurden wiedergewählt. Ausschußvorsitzender bleibt Bergmann-Leipzig.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der nächste findet 1916 in Düsseldorf statt.

## Schutzleute als Zuhälter.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I begann am gestrigen Tage die Verhandlung gegen die drei Berliner Sittenschutzleute und die Ehefrau des einen. Angeklagt sind die Kriminalschutzleute **Paul Thiede, Hans Bachmann, August Seegebarth** sowie die **Ehefrau Thiede.** Die Kriminalschutzleute sind beschuldigt, als Beamte von Prostituierten für an sich nicht pflichtwidrige Handlungen **Geschenke** und andere Vorteile angenommen und **gefordert** zu haben. Thiede wird außerdem angeklagt, von einer Prostituierten unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbes teilweise den Lebensunterhalt bezogen, also **Zuhälterei getrieben** zu haben. Frau Thiede endlich steht unter der Anklage der **schweren Kuppelei.** Sie soll dem unsittlichen Verkehr ihres Mannes mit einer Prostituierten (Ortmeier) Vorschub geleistet haben.

Den Stein ins Rollen brachte die „Zeit am Montag" im September 1911. Damals veröffentlichte sie den auch von uns wiedergegebenen **Briefwechsel zwischen Kriminalbeamten und Prostituierten.** Dieser deutete darauf hin, daß Prostituierte als Vigilantinnen und agents provocateurs Verwendung fanden und ferner geschlechtlich und pekuniär von Schutzleuten ausgebeutet sind.

Ein halbes Dutzend Schutzleute wurde damals vom Dienst suspendiert. Weshalb nur drei unter Anklage gestellt sind, ergab die bisherige Verhandlung nicht. Wiederholt haben wir auf die auffallende Länge der Untersuchung hingewiesen.

Mit Spannung erwartete man die Verhandlungen, die gestern begannen. Die gestrigen Verhandlungen erstreckten sich nur auf die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten. Die Verhandlungen dürften mindestens drei Tage dauern.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor **Schmidt,** die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat **Töpffer.** Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte **Bahn, Werthauer, W. Jaffee** und **Schwind.**

**Vernehmung des Angeklagten Thiede.**

Als erster Angeklagter wird der Kriminalschutzmann **Paul Thiede** vernommen. Seiner Darstellung ist folgendes zu entnehmen: Er ist 1873 geboren und steht seit 1898 in Polizeidiensten. Er bestritt, sich schuldig gemacht zu haben. 1906 wurde er der Sittenabteilung eingereiht und erhielt **als Arbeitsfeld die Friedrichstraße.** Es sind im ganzen 24 Mann tätig, die die Strecke von der Leipziger Straße bis zum Bahnhof Friedrichstraße zu beobachten haben. Da sie unter den Prostituierten sehr bald bekannt sind, müssen sie sich (nach Annahme des Angeklagten) der Hilfe von Vigilantinnen bedienen. Diese werden ihnen durch ihre Vorgesetzten zugewiesen. Er habe als Gehilfin die Hauptzeugin in dem Prozesse, **Frida Ortmeier,** und noch eine andere Person zugewiesen erhalten. Diese haben für die Polizei Beobachtungen gemacht und sie dem Angeklagten und dessen Kollegen mitgeteilt. Die Unkosten für die Vigilantendienste seien recht hohe, da zum Beispiel auch Autos benutzt werden müssen, um fliehenden Prostituierten nachzujagen. Die Auslagen bekommen die Helferinnen von „ihrem" Kriminalschutzmann erstattet, der sie seinerseits bei der

Behörde wieder in Anrechnung bringt. **Wenn die Ortmeier behaupte, daß sie Autos aus ihrer Kasse bezahlt habe,** so sei das ebenso falsch wie die Behauptung, daß sie für ihn in Cafés die **Zeche bezahlt,** ihm **Gelder gegeben** und andere **Geschenke gemacht,** endlich auch die Behauptung, daß sie ihn

**bis auf die Taschentücher eingekleidet**

habe. Richtig sei es, daß er immer sehr anständig in Kleidung gegangen sei und in den Kreisen der Straßendirnen den Spitznamen **„der schneidige Max"** gehabt habe. Das Verhältnis zwischen den beiden dauerte etwa 6 Monate.

Bei der Frage, wie es gekommen sei, daß er sich mit der Ortmeier **„duzte"**, beantragt Staatsanwaltschaftsrat **Töpffer**, die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen. Die Oeffentlichkeit wird **ausgeschlossen**, die Presse kann der Verhandlung beiwohnen.

Betreffs des „Du" sagt der Angeklagte, die Ortmeier habe es ihm angeboten und gesagt:

**„Wir wollen uns als Kollegen betrachten."**

Sie haben sich gegenseitig Besuche in der Wohnung abgestattet und sind auch miteinander ausgegangen, aber

**„alles rein dienstlich!"**

Zu gröberen Intimitäten sei es nicht gekommen weder in seiner noch in der Ortmeierschen Wohnung; als die Ortmeier dies verlangt habe, habe er — ihr die Dienste gekündigt. Es sei allerdings öfter vorgekommen, daß er in der Nacht zu allen Stunden zur Ortmeier in die Wohnung gegangen sei, wenn sein Dienst zu Ende war und er sich nur die Adressen abgeholt habe. **Daß sie unter Kontrolle gekommen sei, dafür könne er nichts.** Sie sei wohl auch in der Zeit, als sie mit ihm verkehrte, verdächtig gewesen, aber das allein genüge nicht. Hätte etwas Greifbares vorgelegen, so hätte er sie auch damals angezeigt. Er handle nur nach seiner Pflicht. Daß er **nachträglich wiederum mit ihr verkehrt** habe, begründet Thiede so: Er habe wissen wollen, warum sie ihn angezeigt habe. **Daß er sie nach der Kündigung einmal sistiert habe, sei wahr.** Das sei geschehen — um einen Auflauf zu verhindern. Wenn sie ihn auf der Wache gröblich beschimpft hatte, und er dies im Bericht an seine Vorgesetzten nicht erwähnt habe, so liege das daran, daß die Beamten der Polizei derartige Beschimpfungen schon gewöhnt seien. In der Eingabe habe er berichtet, daß er durch das Verhalten der Ortmeier in seinem Dienst gestört werde und daß sein Ruf als Beamter leide. Bei einer anderen Person hätte er auch sicherlich geklagt. Daß er täglich 10, 20 und mehr Mark von der Ortmeier erhalten habe, bestreitet Thiede. **Anzüge und Ueberzieher bezw. Stoff hierzu sowie Krawatten, also alles, „bis auf die Taschentücher"**, wie die Ortmeier sagt sowie **Wein und Lebensmittel,**

**gebe er zu,**

**erhalten zu haben,** will aber der Ortmeier diese Sachen über den Wert hinaus vergütet haben. Alles in allem **will ihm die Ortmeier zirka 1000 M. zugewendet haben.** Der Angeklagte soll auch gesagt haben: „Der Ortmeier wird nicht geglaubt, geglaubt wird mir vor Gericht. Schaden können mir nur die Briefe." Er bestreitet diese Aeußerung.

Es werden nunmehr die gegenseitig getauschten Briefe verlesen. Er nennt darin die Ortmeier

**„Liebe Frida!"**

während sie ihn: „Mein gutes, dickes, einziges Thiedelchen!" tituliert. Unter den Briefen, die der Angeklagte an die Ortmeier geschrieben und als Belastungsmaterial verwendet werden, befindet sich auch ein **schöner Vers,** durch den die Ortmeier an ihrem Geburtstage vom Angeklagten beglückt wurde.

**Vernehmung der Frau Thiede.**

Die Angeklagte, Frau Marianne **Thiede,** steht im 57. Lebensjahr. Sie ist 17 Jahre älter als ihr Mann. Sie gibt an, daß sie ungefähr 3000 M. Gehalt zu verleben hätten und

**nichts Nennenswertes**

von der Ortmeier erhalten habe. Sie bestreitet, daß sie das Verhältnis ihres Mannes mit der Ortmeier gekannt, geduldet und begünstigt habe. Die Ortmeier habe sich an sie geradezu herangedrängt und sie mit Briefen überschwemmt, um sie nach irgendeinem Ort zu bestellen und mit ihr auszugehen. **Richtig sei es, daß sie mehrmals mit der Ortmeier in Cafés und Restaurants gewesen,** sie müsse aber entschieden bestreiten, daß irgend etwas von der Behauptung der Ortmeier, wonach diese die Zeche bezahlt und ihr Hüte und Blusen geschenkt habe, der Wahrheit entspreche. **Richtig** sei, daß sie **trotz der schwersten Beleidigungen und Beschuldigungen,** deren die Ortmeier gegen sie sich schuldig gemacht habe, doch **wieder mit ihr in Verkehr getreten sei.** Das habe sie getan, weil die Ortmeier noch ein wertvolles Buch von ihr im Besitze hatte und die Beleidigungen bedauert und zurückgenommen habe.

Die Angeklagte will nicht gewußt haben, welche Person die Ortmeier ist, ihr Mann sage nichts „Dienstliches" zu Hause. Erst nach Einleitung des Verfahrens habe sie erfahren, wer die Ortmeier sei.

**Vernehmung des Angeklagten Bachmann.**

Der Angeklagte **Hans Bachmann** trat 1892 in Polizeidienst und kam 1904 in die Sittenabteilung. Auch sein „Arbeitsfeld" war die Friedrichstraße. Die Ortmeier und Walter waren für ihn als Vigilantinnen tätig. Er bestreitet, von beiden Geld oder sonst etwas erhalten zu haben. Er will nur einmal auf wenige Minuten in der Wohnung der Ortmeier geweilt und ihr eine Mitteilung unterbreitet haben. Damals und zu zwei anderen Zeiten, behauptet die Anklage, habe er sich Geld — 20 M. und 10 M. — geben lassen. Auch habe er Auszüge aus den Akten der Ortmeier zur Verfügung gestellt.

Der Angeklagte wehrt sich ganz energisch gegen alle diese Beschuldigungen. Daß er einmal

**im Auto mit der Ortmeier**

gefahren ist, gibt er zu, desgleichen, zu der Genannten gesagt zu haben:

**„Machen Sie mich doch nicht unglücklich, ich diene 30 Jahre."**

Diese Bemerkung sei **harmloser Art** gewesen, ebenso wie die Autofahrt, er habe lediglich nicht in den Prozeß verwickelt werden wollen, da er doch vollkommen unschuldig sei. Nicht wahr sei, daß er gesagt habe: **„Fräulein, wenn Sie schweigen, wir Beamte schweigen wie das Grab."** Er sei fortwährend **„verfolgt und belästigt"** worden von dem Redakteur **Karl Schneidt,** der ihm fortwährend Spitzel nachgeschickt habe.

**Der Angeklagte Seegebarth**

hat seit 1904 Sittendienst versehen. Er soll von der anderen Prostituierten **Walter öfter Geld** und andere Vorteile erhalten haben, um sie bei Revisionen glimpflicher zu behandeln. Auch er bestreitet die Anschuldigung. Er habe lediglich einmal

**einen Rest Seide**

von der Walter auf deren Bitten gekauft. Dafür habe er ihr 20 M. geboten. Da der Walter aber das als zuviel erschienen sei, habe sie ihm

**noch einen Rock dazu gegeben.**

**Bei einer früheren Vernehmung hat der Angeklagte bestritten, überhaupt etwas erhalten zu haben.** Den Widerspruch sucht er dahin aufzuklären, daß er nur bestritten hatte, **Geschenke** entgegengenommen zu haben.

Damit wird die Sitzung abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

## Soziales.

### Internationale Arbeiterschutzkonferenz.

Die von dem Bundesrat im Januar d. J. an die europäischen Staaten gerichtete Anfrage wegen Veranstaltung einer neuen Konferenz über den internationalen Arbeiterschutz ist von den meisten Regierungen zustimmend beantwortet worden. Demnach hat der Bundesrat die Eröffnung der Konferenz in Bern auf den 15. September laufenden Jahres festgesetzt und an folgende Staaten Einladungen zur Teilnahme gerichtet: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Rußland und Schweden. Gegenstand der Verhandlungen werden bilden die industrielle Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter und der Zehnstundentag für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter.

Ferner hat die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Beratung von Grundsätzen für eine periodische Berichterstattung über die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze angeregt; dieser Vorschlag hat bei den damit befaßten Behörden eine günstige Aufnahme gefunden, und die Kommission wird vom Bundesrat auf den 11. September nach Bern einberufen werden.

### Auskunft über Angestellte.

Ein Angestellter unterschlug seinem Chef 5000 M. Bei den Nachforschungen über das Vorleben seines ungetreuen Angestellten erfuhr er, daß der Angestellte bereits in seiner früheren Position 300 M. unterschlagen hatte. Das war in dem betreffenden Zeugnis nicht erwähnt. Auf eine Erkundigung bei dem früheren Chef hatte dieser s. Zt. geantwortet, daß der Angestellte fleißig, zuverlässig und sauber gewesen sei und bei strenger Kontrolle wohl ein brauchbarer Mensch sei. Allerdings sei er im letzten halben Jahre in leichte Gesellschaft geraten. Es wurde ferner noch ausdrücklich bemerkt, daß er im Kassendienste niemals verwendet wurde.

Der Chef machte nun gegen den früheren Chef des Angestellten **Schadenersatzansprüche** geltend. Er führte aus, er hätte den Angeklagten niemals engagiert, wenn er eine vollständige Auskunft erhalten, insbesondere wenn er von der Unterschlagung Kenntnis erhalten hätte. Die lückenlose Auskunft sei um so eher geboten gewesen, als er ausdrücklich betont habe, daß er einen Gehilfen benötige, auf dessen Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit er unbedingt rechnen müsse.

Das **Reichsgericht** hat die Schadenersatzansprüche für **ungerechtfertigt erklärt.** Die Auskunft über den Angestellten enthalte genug Ungünstiges, denn sie gehe auf die Hauptfrage der Ehrlichkeit gar nicht ein. Der Hinweis auf die nötige strenge Kontrolle sage genug zwischen den Zeilen.

## Gerichts-Zeitung.

### In Erregung über die Polizei.

Die **Jugendversammlungen** vom 28. Februar 1913, die der Polizeipräsident im voraus als „politisch" einschätzte, so daß er ihr Zustandekommen zu verhindern suchte, spielte gestern wieder eine Rolle in einem vor dem **Landgericht Berlin Mitte** verhandelten Prozeß. Angeklagt war der Schutzmannsbeleidigung und des groben Unfugs ein jugendlicher Schneidergehilfe **Otto Baecker,** der an der Versammlung in „Kellers Festsälen" teilgenommen hatte und dann hinter einem heimgehenden Trupp anderer Versammlungsteilnehmer nach dem Schlesischen Tor zu gewandert war. In der **Schlesischen Straße** schritt an jenem Abend gegen die jungen Leute ein **Schutzmann** ein, der nach der Meinung Baeckers **mit gezogenem Säbel** vorging. In der Erinnerung an die Versuche der Polizei, die Versammlungen zu hindern, und bei dem Anblick des säbelbewaffneten Schutzmanns wurde Baecker von Erregung ergriffen und ließ sich zu dem Ruf **„Bluthund!"** hinreißen. Ein Kriminalschutzmann, der den Trupp begleitet hatte und nach diesem Ruf die Festnahme Baeckers veranlaßte, bekundete vor Gericht, Baecker habe **„Pfui, Bluthund!"** gerufen. Davon, daß der uniformierte Schutzmann den Säbel gezogen hätte, wußte Zeuge nichts. Der **Angeklagte** bestritt das „Pfui", während er den „Bluthund" ohne weiteres zugab. Zu seiner Entschuldigung führte er an, daß er **durch das Verhalten der Polizei in große Erregung versetzt** worden sei. Zwei Personen, die damals Baeckers Begleitung waren, bekundeten als Zeugen, nur „Bluthund" gehört zu haben. Der **Amtsanwalt** sah den Angeklagten als in allen Punkten überführt an und beantragte **100 M. Geldstrafe.** Demgegenüber führte der **Verteidiger** R.-A. **Kurt Rosenfeld** aus, daß das Geständnis, **„Bluthund!"** gerufen zu haben, den Angeklagten glaubwürdig erscheinen lasse. Hiernach dürfe man ihm auch die Versicherung glauben, daß er **nicht „Pfui!"** gerufen habe. In einem Augenblick der Erregung über das Vorgehen der Polizei habe er sich zu einem **unbedachten Wort** hinreißen lassen, das man nicht sogleich mit einer so schweren Geldstrafe, sondern mit einem Verweis ahnden solle. Das **Gericht** sah das „Pfui!" nicht als erwiesen an. Der Ruf „Bluthund!" sei eine **schwere Beleidigung** eines seine Pflicht erfüllenden Beamten. Es wäre dafür auf Gefängnis erkannt worden, wenn nicht **Mangel an Ueberlegung** angenommen würde. Das Urteil lautete auf **30 Mark Geldstrafe.**

### Zwei impfgegnerische Aerzte unter Anklage.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Frankfurt a. M. hatten sich am Freitag und Sonnabend die beiden Frankfurter Aerzte Dr. Spohr und Dr. Bachem zu verantworten. Die Anklage wirft ihnen Uebertretung des Seuchengesetzes, fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung vor. Im April 1912 erkrankte in Frankfurt a. M. eine aus Rußland zugereiste Dame an Pocken. Sie übertrug die Krankheit auf drei Mitglieder der Familie, bei der sie Gast war. Sämtliche Erkrankte wurden von Dr. Spohr behandelt. Er machte aber die vom Seuchengesetz vorgeschriebene Anzeige nicht. Die Erkrankung der vier Personen verlief leicht. Alsbald erkrankte auch Dr. Spohr schwer an Pocken. Auch hier wurde eine Anzeige unterlassen.

Die Erkrankung Dr. Spohrs wirkte nacheinander ansteckend auf seine Cousine, auf sein vierjähriges Töchterchen, auf eine seinem Hause gegenüber wohnende Dame und deren Dienstmädchen, auf einen Arzt, der diese beiden Erkrankten behandelte, auf eine Fabrikarbeiterin und auf eine in der Nähe der Wohnung Dr. Spohrs wohnende Frau Funk, die nach sechstägiger Krankheitsdauer im Krankenhaus an echten Pocken starb.

Dr. Bachem behandelte Spohr während dessen Erkrankung, erstattete aber auch von derselben keine Anzeige.

Dr. Spohr, ein Sohn des Impfgegners Oberst Spohr, ist ein bekannter Gegner der Impfung, auch Dr. Bachem gehört zu den Impfgegnern. Dr. Spohr erklärte, er habe die Pocken nicht als solche erkannt, er habe sie für Wasserblattern gehalten. Er habe auch die Ausführungsbestimmungen für das Reichsseuchengesetz damals nicht gekannt. Der Vorsitzende hob hervor, daß es doch sehr merkwürdig sei, wenn Dr. Spohr die Schutzvorschriften bekämpfe, ohne sie zu kennen.

Beide Angeklagte erklärten, sie hätten noch nie einen Pockenfall gesehen.

Der Angeklagte Spohr ist, um sich zu erholen, nach der Schweiz gereist, kehrte aber nach einer Woche nach Hause zurück, weil inzwischen sein Töchterchen auch an Pocken erkrankte. Die Wiesbadener Regierung ordnete, als dieser Erkrankungsfall ihr anonym mitgeteilt wurde, die sofortige Ueberführung des Kindes ins Krankenhaus an. Dort ist es geheilt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Dr. Spohr sechs Monate, gegen Dr. Bachem drei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte beide Aerzte wegen unterlassener Anzeigepflicht und des dadurch begangenen Vorstoßes gegen das Reichsseuchengesetz zu je 300 M. Eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung sprach es nicht aus, weil nicht mit voller Sicherheit sich feststellen lasse, daß, wenn die Anzeige erfolgt wäre, die Gesundheitsschädigung und der Tod der Erkrankten verhindert wäre.

Eine bodenlose Gleichgültigkeit gegen die Gesundheit anderer liegt in dem Verhalten der Angeklagten. Wie können Aerzte, die erklären, noch nie einen Pockenfall gesehen zu haben, und von denen einer zugibt, die von ihm bekämpften Schutzvorschriften gar nicht zu kennen, es fertig bringen, Pockenkranke zu behandeln, die Anzeigen von den Erkrankungen zu unterlassen und dadurch die Mitbürger in die schwerste Gefahr für Leib und Leben zu bringen! Da der Zusammenhang zwischen der gemeingefährlichen Tat der Angeklagten mit den verschiedenen Fällen neuer Erkrankungen sich nicht absolut sicher nachweisen ließ, erscheint die Freisprechung von diesem Punkte der Anklage gerecht. Aber würde jedes Gericht auch nicht approbierte Aerzte, sogenannte „Kurpfuscher", freisprechen, wenn diese sich herausnehmen, ohne je einen Pockenkranken gesehen zu haben, einen Pockenkranken als wasserblatternkrank zu behandeln und eine Anzeige zu unterlassen?

## Aus aller Welt.

### Der meistertreue Revolverheld.

Der gelbe Bäckergeselle Smetane aus Breslau, der während der dortigen Arbeitslosen-Demonstration am 10. Mai auf mehrere Polizeibeamte drei Revolverschüsse abgab, ohne diese zu verletzen, wurde am Sonnabend von der ersten Breslauer Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Verhandlung bewies der Vorsitzende, Landgerichtsrat Flenk seine besonderen Geschichtskenntnisse, indem er dem Angeklagten vorhielt, daß durch die von ihm abgefeuerten Revolverschüsse sehr leicht eine Revolution hätte entstehen können. Im Jahre 1848 wäre es auch so gewesen. Bekanntlich versuchten die Reaktionäre den Revolverhelden der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen. Das glückte ihnen aber nicht, denn Smetane erklärte sofort, daß er mit der Sozialdemokratie nichts zu tun habe. Es sei ein meistertreuer Geselle.

### Studenten und Polizei.

Aus irgendeinem Anlaß beehrten kürzlich die Freiberger Studenten das benachbarte Städtchen Oederan. Sie benahmen sich dort derart, daß das Stadtverordnetenkollegium ihr Treiben und auch das Verhalten der Polizei einer Kritik unterziehen mußte. Die bürgerlichen Stadtväter klagten bitter darüber, daß die Studenten bis nachts 2½ Uhr getobt hätten, ohne daß die Polizei zu ernstlichem Eingreifen Veranlassung fand. Es könne behauptet werden, daß hier mit zweierlei Maß gemessen werde. Friedliche Bürger würden von einem Restaurant zum andern von der Polizei verfolgt, aber hier, wo direkte Verkehrsstörung, unanständiges Verhalten und nächtliche Ruhestörung in Frage kam, hätte die Polizei, die obendrein noch verhöhnt wurde, nicht ernstlich eingegriffen. In Zukunft sollten die Schutzleute genau nach ihrer Instruktion handeln und die Studenten sollten Oederan mit ihrem Besuch verschonen. — Ja, die liebe Polizei — sie kann wohl anders, wenn sie „bessere" Menschen vor sich hat

### Ein Vielfraß.

Einen gesunden Appetit hat ein Bankbeamter namens Franz Blake aus Cairo im Staate Illinois kürzlich gelegentlich einer Wette an den Tag gelegt. Er verpflichtete sich, auf einmal 15 Rühreier, 16 Spiegeleier, 15 harte und 15 weichgesottene Eier zu essen. Es gelang ihm auch, den einzig dastehenden Rekord zu schaffen und 61 Eier hintereinander zu bewältigen. Leider ist nicht gesagt, ob sein Appetit nachher noch so groß gewesen ist, daß er sich für den Gewinn der Wette, die um 1000 Dollar ging, abwechselungshalber nachher noch ein Diner geleistet hat.

### Ein tollkühnes Wagestück

vollbrachte die amerikanische Aviatikerin Miß Tilly Broadwick in Los Angeles. Sie stieg mit einem Aeroplan bis zu einer Höhe von 1000 Meter auf und sprang dann mit einem Fallschirm aus dem Flugzeuge. Es gelang ihr auch tatsächlich, unverletzt den Erdboden zu erreichen.

### Kleine Notizen.

**Explosion in einer Sprengstoffabrik.** Bei der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-A.-G. in Haltern entstand in einem Mengehause eine Explosion, durch die zwei Arbeiter getötet, mehrere leicht verletzt wurden. Der Betrieb ist nicht gestört. Die Ursache der Explosion ist unaufgeklärt.

**Massenerkrankungen beim Militär.** Wie von amtlicher Seite aus Osnabrück mitgeteilt wird, sind vom 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 78 etwa 200 Mann an Kopfschmerzen, Erbrechen und Durchfall erkrankt. Die Ursache der Erkrankung ist noch nicht festgestellt. Lebensgefahr liegt bei keinem der Erkrankten vor.

**In geistiger Umnachtung** ermordete der fünfzig Jahre alte Auszügler Dominik in Beneschau bei Ratibor seine Ehefrau und seine 12 Jahre alte Tochter.

**Noch ein Offiziersselbstmord in Oesterreich.** Oberstleutnant Johann Lebel, der dem österreichischen Kriegsministerium zugeteilt war, hat sich gestern früh im Auto erschossen. Als Grund für den Selbstmord wird „Sinnesverwirrung" angenommen.

**Starke Lawinenstürze** sind nach einer Meldung aus Mailand in den letzten Tagen infolge der heftigen Stürme über das Aostatal niedergegangen. Vorgestern wurden drei Arbeiter von einer Lawine fortgerissen. Nach 24stündigem angestrengten Suchen konnten sie nur als Leichen geborgen werden.

**Ein Boot gekentert.** Wie aus Remiremont gemeldet wird, kippte ein Boot, in dem Landwirt Antoine aus Elohes mit seinem fünfjährigen Knaben und zwei Tagelöhnern über die Mosel setzen wollte, um. Nur der Knabe konnte gerettet werden.

**Ein Kindermädchen als Mörderin.** Aus Lyon wird gemeldet, die Dienstmagd Luise Gillard erschoß die beiden ihrer Obhut anvertrauten Kinder eines Landwirts in Grezien mit einem Revolver und entleibte sich hierauf selbst.

## Frauen-Leseabende.

**Nieder-Schöneweide.** Der nächste Leseabend findet nicht am Dienstag, den 24. d. M., sondern am 1. Juli, abends 8½ Uhr, bei Bengsch statt.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.**

**Peterlein, Rostocker Straße.** Nein. — **W. P. 87.** Ihre Frau kann beim Gewerbegericht klagen. — **Urteil 12.** Ist Ihre Forderung in voller Höhe vom Schuldner bezahlt, so ist das Verlangen des letzteren berechtigt. — **P. M. 101.** 1/2. Der Anwalt kann nur die gesetzmäßigen Gebühren beanspruchen. Lassen Sie sich von demselben eine spezialisierte Rechnung schicken und kommen Sie damit in die Sprechstunde. — **Erbschaft.** 1. Fragen Sie bei dem betreffenden Konsulat an. 2. und 3. Welche Urkunden erforderlich sind, können wir ohne nähere Kenntnis des Falles nicht sagen. — **M. K. 48.** Nein. — **Einkommen 72, 88.** 1. Das Einkommen Ihrer Frau, auch wenn es unter 900 M. beträgt, wird dem Ihrigen zugerechnet. 2. Darüber ist im „V." vom 18. März ein längerer Artikel erschienen. **Jahrgeld ist nur in besonderen Fällen abzugsfähig.**

# Theater.

Dienstag, 24. Juni 1913.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Ueber den Brenner nach Venedig.
**Kroll-Oper.** Der fliegende Holländer.
**Schiller O.** Der Leibgardist.
**Schiller-Charlottenburg.** Hasemanns Töchter.
**Lessing.** Alt-Wien.
**Berliner.** Filmzauber.
**Montis Operetten.** Der lachende Ehemann.
**Kleines.** Professor Bernhardi.
**Deutsches Opernhaus.** Martha.
**Thalia.** Puppchen.
**Metropol.** Die Kino-Königin.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.

Anfang 8½ Uhr.

**Komödienhaus.** Hochherrschaftliche Wohnungen.
**Friedr.-Wilh. Schauspielhaus.** Das Farmermädchen.
**Lustspielhaus.** Der lustige Kakadu.
**Rose.** Tagebuch einer Verlorenen.
**Luisen.** Die Allmördens.
**Folies Caprice.** Ein Pechvogel. Die Krampfsache.

Anfang 8½ Uhr.

**Neues Volkstheater.** König Krause.
**Deutsches Schauspielhaus.** Eine Vergangenheit.
**Theater am Nollendorfplatz.** Der Mann mit der grünen Maske.

Anfang 9 Uhr.

**Admiralspalast.** Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

## Theater am Nollendorfplatz

Täglich 8½ Uhr: **Burleske Spiele.**
**Der Mann mit der grünen Maske.**
— Varieté — — Kino —

## Schiller-Theater O. Wallner-Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Leibgardist.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Leibgardist.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Leibgardist.**

## Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Freiwild.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Zwei Wappen.**

## Berliner Theater.

8 Uhr: **Filmzauber.**

**Deutsches Schauspielhaus** 8½ Uhr: **Eine Vergangenheit.**

## Kroll-Oper

8 Uhr:
**Der fliegende Holländer.**
Gastspiel Kammersänger Walter Soomer.
Mittwoch: **Der Trompet. v. Säcking.**

## Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann. 8 Uhr: **Der lachende Ehemann.**

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
**Tagebuch einer Verlorenen.**
Anfang 8½ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
**Achtung! Es geht los!**
Gr. Posse. Vorher Konzert. Einakter. Bunter Teil. Anfang 4½ Uhr.

## Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:
**Die Kino-Königin.**
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Okonkowski.
Musik von **Jean Gilbert.**
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.

## ZOO

LOGISCHER GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Berliner Bock-Brauerei.

Heute Dienstag, 24. Juni, abds. 8½ Uhr:
**Volks-Sinfonie-Konzert**
des **Blüthner-Orchesters**
Richard Wagner-Abend.
Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
Solist: Konzertmstr. **N. Lambinon** (Violine).
Karten à 80 Pf. in d. bekannten Vorverkaufsstellen und Abendkasse.

## Admiralspalast — Eis-Arena

Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett
**Flirt in St. Moritz.**
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr **halbe** Kassenpreise.
**Restaurant I. Ranges.**
Wein- und Bier-Abteilung.

## Passage-Panoptikum

Die **3** Schwestern **Liliput**
die kleinst. Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
**Negerboxer**
**Andrea Johnson**
bei seinem Training.
Aga, **die schwebende Jungfrau!**
**Alles lebend!**
Alles ohne Extra-Entree!

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
**„Stucke's Pfingstfahrt"**
Berliner Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr.

## Voigt-Theater

Badstraße 58.
Dienstag, den 24. Juni 1913:
**Der Bettelstudent.**
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 4½ Uhr.

## Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Heute: Zum letzten Male:
**In lauschiger Nacht.**
Posse in 2 Akten v. W. Gehricke.
Mittwoch, den 25.: Zum 1. Male:
**Muttersegen.**
Dazu: der großartige Varieté-Teil.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

## JAPAN im LUNA PARK

Hochinteressante Völkerschau

## Neue Welt

A. Scholz. Hasenheide 108-114
**Heute Dienstag:**
**Konzert und Vorstellung.**
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen: **Kinderfest.**

Voranzeige.

## DEUTSCHES THEATER

ab 25. Juni, allabendlich 8½ Uhr. Auf Anregung der
**Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten**
ENSEMBLE-GASTSPIEL
unter Leitung des Direktors Ernst Michaelis
**„Die Schiffbrüchigen"**
ein Theaterstück in drei Akten von Brieux
Preise der Plätze: **3.50, 3.—, 2.50, 2.—, 1.50** u. **1.—** M.
Vorverkauf bei Wertheim, Leipziger Straße.
Der Eintritt von Personen unter 16 Jahren ist verboten.

## Brauerei Friedrichshain

Am Königstor. Dir.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
**Kaffee-Frei-Vorstellung**
der **Norddeutschen** und **Apollo-Sänger** bei freiem Entree.
Freitags: Frei-Konzert.

# Verkäufe.

**Gardinen!** Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

**Pfandleihhaus** Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

**Vorjährige** elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

**Bettenstand** 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

**Teppiche**, farbfehlerhafte, spottbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis. Vorwärtsleserin 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 126. 6458*

**Eisenbrause**, alkoholfrei, blutbildend, nervenstärkend, 30 Flaschen 2,25 liefert Schönicke, Heimstraße 6, Moritzplatz 9874. 83/3*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

**Laubenbesitzer,** Brunnen 6 Mark an, Gartenspritzen, Gummischlauch, Gasrohr. Bausch, Bergstraße 39, Neukölln. †96*

**Waschkleider,** Waschkostüme, Blusen, Röcke, Leinenröcke, Staubmäntel, Paletots, Alpakamäntel, Kostüme direkt aus Arbeitsstuben, spottbillig, Blücherstraße 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 774R*

**Leihhaus Moritzplatz 58a!** kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Verkehr gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in neuer Mahagonigarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark. Extra-Angebot im Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren und Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 194R*

**Kinderwagen,** Teilzahlung, Woche 1,—. Klappwagen! Riesenauswahl! spottbillig. Meisels Nachf., Warschauerstraße 80. 679R*

**Zinkwaschfässer**, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leisern 5 Proz.

**Wringmaschinen** und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26. [296R*

**Reichgestickte Tischdecken** in Filztuch 1,35, Viktoriatuch 2,35, Plüsch 4,35, Kochelleinen 2,65. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

**Monatsgarderobe,** spottbillig, große Gelderspornis. Sommerpaletots 6,50 an, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Hosen, für jede Figur passend. — Gute Betten, große Auswahl. — Goldsachen, Operngläser. Nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Bauzaun Wertheim, kleiner Eingang. Fahrgeld vergütet. 589R*

**Wanderkarten** und Bücher, Reiseführer, Kunstbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Teppiche** (Farbenkehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken direkt Fabrik. Mauerhoff, Große Frankfurter Straße 9, parterre. „Vorwärts"-leser zehn Prozent! 609R*

**Klappsportwagen,** Kinderbettstelle zurückgesetzte. Potsdamerstraße 61.

**Klappsportwagen**, Kinderdrahtbett billig. Neukölln, Kölnisches Ufer 69, vorn I links †90

**Klappwagen,** fast neu, 18 Mark, verkauft Tauchert, Bastianstraße 8, Seitenflügel IV. †52

## Geschäftsverkäufe.

**Parteilokal** im Zentrum, Fremdenlogis, ständiger Arbeitsnachweis, viele Vereine, ist von Brauerei unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Offerten unter N. O. 755 an Rudolf Mosse, Prenzlauer Allee 54. 107/6

**Stellmacherei** verkäuflich, Maschinen, Holzvorrat. Hermsdorf bei Berlin, Berlinerstraße 137. †52

**Restaurant,** gutgehend, viel Vereine, Baugeschäft, umständehalber sofort zu verkaufen. Näheres Schöneberg, Eberstraße 74 im Friseurgeschäft. *

**Möbelgeschäft,** gutgehendes, mit Tischlerei, 3 Bänke, schönes Gartengrundstück, nahe Bahnhof, krankheitswegen verkäuflich. Uebernahme 2000 Mark, billige Miete, eventuell Verkauf. G. Schäfer, Teupitz (Kreis Sorau).

**Materialwaren-,** Obst- und Gemüsehandlung, gutgehend, umständehalber billig zu verkaufen. Rhinowerstraße 11. 13175

**Zigarren-** und Zigaretten-Schleudergeschäft, Nähe Alexanderplatz, 1000 Mark jährliche Miete, 30 000 Mark umsatz, preiswert zu verkaufen. Offerten unter V. W. 5155 befördert Rudolf Mosse, Königstr. 56. 107/7

**Milch-** und Kolonialwarengeschäft, gutgehend, zu verkaufen. Offerten unter K. G. Vorwärtsspedition Neukölln, Siegfriedstraße 28—29. †67

**Eckdestillation,** Umsatz 60 Halbe, viel Schnaps, Brauereihilfe, 17 Jahre bestehend, verkauft Bauer-Hiepel, Skalitzerstraße 20. †13

**Restauration** mit schattigem Hofgarten, Vereinszimmer, mehrere Vereine, krankheitshalber preiswert verkäuflich. Zu erfragen Glasermeister Scholz, Brangelstr. 110. †13

**Restaurant,** Vorgarten, am Kirchhof, Fabriken im Hause, verkäuflich. Prinzenalle 83, Uhrengeschäft. 107/9

**Obstgeschäft,** Gemüse, Riesenumsatz, Gespann. Lagerkarte 141 Postamt 19. 107/13

## Möbel.

**Möbel** ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

**Gelegenheits-Kauf** in kompletten Schlafzimmereinrichtungen, eleganten Speisezimmern, vornehmen Herrenzimmern, gediegenen Wohnzimmern, aparten Salons, Leder-Sofas, Klubfauteuils, Balkon- und Dielen-Möbel kann jeder machen, der sich an untenstehende Adresse wendet. Verkauf gegen bar, auf Wunsch auch auf Teilzahlung mit kleiner Anzahlung und auf Jahre verteilten Monatsraten. Strengste Diskretion, prima Qualität, langjährige Garantie, große Auswahl. Besichtigung Brunnenstraße 1, Eingang Weinbergsweg, am Rosenthaler Platz, 1. Etage. 742R*

**Dreihundert** Bettstellen, Matratzen von 5,—, Kleiderschränke, Vertikos 12,—, Kommoden, Küchenspinde, Waschtoiletten, Spiegelspinde 10,—, Tische 3,—, Sofatische 7,50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbelspeicher Prinzenstraße 71, Stargardt u. Zubell. 605R*

**Kamerlings** Möbelspeicher, Fehrbellinerstraße 17, 18, 21a. Verkauf um die Ecke, Kastanien-Allee 56, enorme Auswahl, Gelegenheitskäufe, Spottpreise. Name, Hausnummer beachten. 1298b*

**Wer** Möbel reell und dabei billig kaufen will! Mein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Vorteile. Geschmackvolle Musterwohnungen, auch gute gebrauchte sowie zurückgesetzte Möbel, Bequeme Zahlweise gestattet. Kassapreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung. Bekannte Rücksichtnahme bei Krankheit, Aussperrung usw. Tischlermeister Gabbert, Ackerstraße 54. 245/20*

**Plüschsofas** von 40,00 an, Chaiselongues von 18,00 an, englische Bettstellen 25,00, Kleiderschränke, Trumeaus, große Auswahl. Eigene Werkstatt, kein Laden. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 700R*

**Möbel!** Für Brautleute günstigst Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessnerstraße 38, Ecke Gretzenstraße. 2901R*

**Moebel-Boebel,** Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 230,—, 335,—, 407,—, 475,—, 496,—, 557,—, 574,—, 609,—, 651,— bis 1000,—. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,—, 640,—, 690,—, 756,—, 895,—, 999,— 1035,—, 1105,— bis 2000,—. Schlafzimmer 189,—, 262,—, echt Eiche 343,—, 371,—, 434,—, Wohnzimmer, modern 215,—, 268,—, 306,—, 341,—, Speisezimmer, echt Eiche, 341,—, 414,—, 475,—, 562,—, Herrenzimmer 334,—, 424,—, englische Bettstelle mit Matratze 40,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Fünf Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Sonntags 8—10. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 19R*

**Zentrale** für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Lager. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

**Möbel-Gelegenheitskaufhaus** Brückenstraße 6. Große Auswahl neuer gediegener Möbel zu Spottpreisen. 1287b*

**Parteigenosse,** welcher nach Ausland macht, verkauft seine Wohnungseinrichtung billig. Händler verbeten. Rausch, Lichtenberg, Gürtelstraße 27.

**Kleine** englische Nußbaumwirtschaft, alles noch neu, fabelhaft billig bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts. 107/10*

**Nußbaum** Kleiderspind 30,—, Vertiko 20,—, Plüschsofa 25,—, Säulentrumeau 30,—, Stoffsofa 6,—, ganze Wirtschaft spottbillig Münchenerstraße 2, Keller. †96

**Plüschsofa,** hochelegant 35,—, zwei Englischbetten, Sofaumbau, Säulentrumeau, Chaiselongue Augsburgerstraße 23, vorn hochparterre, Kretzschmar. 107/8

**Schlafzimmer!** flammige Birke, entzückend ausgeführt, dreiteiliger Spiegelschrank, Waschkommode mit Kristallspiegel, 2 Nachtspinde, Bettstellen mit Stahlböden, Zteilige Auflagen, Stühle, Glashalter, komplett 425,—. Für Verliebte enorm günstige Gelegenheit. Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, Hochbahn, Kottbuserstr. 765R

**Gebrauchte** Möbel, als wie Bettstellen, Matratzen, Tische, Trumeaus, Kleiderspinden, Vertikos, Sofa-Umbauten, Sofas, Garnituren, Küchen-Möbel, eiserne Bettstellen usw. sind zu billigsten Preisen gegen bar oder auch zu kulanten Zahlungsbedingungen in diskreter Weise sofort zu verkaufen. Besichtigung täglich von 8 Uhr ab Brunnenstraße 1, Eingang Weinbergsweg, 1. Etage. 741R*

## Musikinstrumente.

**Pianinos.** Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

## Bilder.

**Bilder.** Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

## Fahrräder.

**Erstklassige Fahrräder,** Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 79R*

**Teilzahlungen.** Fahrradhaus Invalidenstraße 20. Wilhelmshavenerstraße 73 (Eckhaus Turmstraße). Vorwärtsleser fünf Prozent Rabatt.

**Fahrräder,** Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

**Fahrräder,** Gelegenheitskäufe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

**Rund-um-Berlin-Räder** und Pneumatiks, anerkannt erstklassig, preiswert und elegant. Riesenauswahl, kulante Bedingungen. Zahlungsnahme älterer Räder. Neue Spezialräder, Jahresgarantie, mit Pneumatik 35,00. Phonographen-Katz. Nur Weinmeisterstraße 2, Chausseestraße 92, Große Frankfurterstraße 144, Neukölln, Hermannplatz 6, Bergstraße 4. *

## Reste.

**Fränkels Restehandlung.** Kottbuserstraße 2. Gut, billig: Herrenstoffe, Kostümstoffe, bessere Kleiderstoffe, Seide, Besatzartikel. 158R*

# Kaufgesuche.

**Platinabfälle,** alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rotgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 560R*

**Zahngebisse,** Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 59/1*

**Goldschmelze** kauft Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend Witwe Marie Nieper. Nur Köpenickerstraße 157. 479R*

**Platinabfälle,** Gramm 5,70, Rotgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19. †3*

**Zahngebisse,** Zahn bis 1,30, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Rotgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,80, Kupfer 1,30, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Bederstraße 31. 736R*

**Kaufe** jeden Posten ausgekämmtes Menschenhaar und zahle die höchsten Preise. Otto F. Kafka, Köpfe-Fabrik, Neukölln, Erkstraße 3. 756R*

**Zahngebisse,** Gold, Silber, Treffen, Platina kauft höchstzahlend Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenthaler Tor. 69R*

**Briefmarken,** Münzen kauft Grohmann, Spandauerbrücke 2. 197/15*

# Unterricht.

**Auto-Fachschule** (Ingenieur Schapiro), staatlich konzessioniert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K*

**Chauffeur-Ausbildung** erstklassig und stellungssicher. Verschiedene 4-Zylinder-Systeme. Honorar 100 Mk., auch Abendkurse. Kostenlose Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Köpenickerstraße 116. 731R*

**Unterricht** in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

# Verschiedenes.

**Patentanwalt** Beffel, Gitschinerstraße 94a.

**Patentanwalt** Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

**Kunststopferei** Große Frankfurterstraße 67. 2299R*

**Treptow.** Ludwigs Viktoriagarten täglich Konzert. Mittwochs Kinderfest und Ball. Sonnabends frei. †73*

**Rasenbleiche.** Frau Kubasch, Köpenick, Grünauer Straße 45, wäscht schonendst, sauber. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. 1311b

**Höchstbeleihend.** Pfandleihe, Schwedterstraße 11. 248/15*

**Waschanstalt** Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 1310b

# Vermietungen.

## Wohnungen.

**Billige** Zweizimmerwohnungen Küche, Bad, Balkon, Vorderhaus 37,50, Gartenhaus 30,—. Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 53, Straßenbahnhaltestelle. 601R*

## Zimmer.

**Heim** findet ordentlicher Herr. Frau Schneider, Carmen-Sylvastraße 185a, fünf Minuten Bahnhof Schönhauser Allee. †87

**Möbliertes** Zimmer für Herrn oder Dame Wiesenstraße 10, II links.

**Möbliertes** Zimmer zu vermieten Oranienstraße 47, 4 Treppen geradeaus.

**Möbliertes** Flurzimmer billig vorn 1 bei Teschner, Schenkendorfstraße 9. †39

## Schlafstellen.

**Gutmöblierte** Schlafstelle an Herrn sofort. Klemmer, Brangelstraße 4, hochparterre. 13155

**Möblierte** Schlafstelle, 1 oder 2 Herren vermietet Maurischat, Schöneberg, Belzigerstraße 23, Gartenhaus II. Gute Fahrverbindung.

**Freundliche** Schlafstelle für zwei Herren, großes Zimmer, am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Alt-Boxhagen 1, vorn II, Bunde. †76

**Schlafstelle** zu vermieten. Hering, Mariannenstraße 21. †13

## Mietsgesuche.

**Größeres,** einfach möbliertes Gartenhaus- oder Hofzimmer (sonnig), bis zu 21 Mark, sofort gesucht, Nähe Lindenstraße oder Hallesches Tor. Postlagernd SW 68 unter „Richard".

# Arbeitsmarkt.

## Stellengesuche.

**Klavierstimmer.** Fast erbündeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haselbach, Neukölln, Kienitzstraße 10.

## Stellenangebote.

**Ein Korbmacher verlangt.** Wiener Straße 12. †18

**Pleureusenknüpferinnen** verlangen Gebr. Nelson, Leipziger Straße 71/72 13085*

**Zeitungsfrauen** verlangt Kronenstraße 2. 13095

## Antikfärber,

erfahrene jüngere Kraft, auf Schaffleder eingearbeitet, für dauernde Stellung nach auswärts gesucht! Ausführliche Offerten mit Referenzen u. Angabe des Alters sowie der Lohnansprüche und Eintrittstermins unter **M. 9451 an die Exp. d. Bl.** 266/17

## Achtung! Holzarbeiter,

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
**Bautischlerei Gebr. Raabe,** Usedomstr. 31.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geelben „Handwerkerschutzverbandes".**
**Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten,** Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
**Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes**

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

# Gewerkschaftliches.

## Was verrät die Streikversicherung?

Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften lassen u. a. auch erkennen, wie hoch der Profit pro Arbeiter ist und wie sich der Gewinn zum Lohn verhält. Nicht selten ist der Gewinn größer als der gezahlte Lohn. Dabei erlaubt es eine geschickte Bilanzpolitik, beträchtliche Gewinnposten durch unsichtbare Kanäle und in den verschiedensten Formen verschwinden zu lassen. Jedenfalls kann man im allgemeinen konstatieren, daß die Aktiengesellschaften ganz nette Profite herausbringen.

Vielfach ist aber nun die Meinung verbreitet, den Kleinunternehmern gehe es fürchterlich schlecht, ihr Gewinn, wenn überhaupt ein solcher erzielt werde, mache nur einen verschwindenden Bruchteil der Löhne aus. Man hört ja auch bei der bescheidendsten Forderung der Arbeiter ein Stein und Bein erweichendes Gejammer über den unfehlbaren Zusammenbruch als Folge der geringsten Zulage. Einige Pfennige pro Tag und Arbeiter mehr zu zahlen, soll einfach unmöglich sein. So hört man alle Tage. Und das gewerbsmäßige Scharfmachertum schimpft, tobt und hetzt wider die „Erpressertätigkeit“ der Gewerkschaften. Wem sollte auch nicht das Herz vor Mitleid beben, wen nicht der Zorn packen, wenn sein geistiges Auge Scharen von wirtschaftlich erwürgten Unternehmern erblickt, Opfer der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, der gewerkschaftlichen Erpresserei!

Den Empfindsamen und Mitleidigen, vor allen aber auch den indifferenten Arbeitern ist, da das Sudium der Streikversicherung der Unternehmer als sehr belehrende Lektüre zu empfehlen. Ihre Bedingungen räumen mit der Ansicht und dem Märchen von der schlechten und bedrängten Lage des Unternehmertums, auch der Kleinunternehmer und Krauter, gründlich, sehr gründlich auf.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte dieser Tage ein Reklameschreiben der vom Verbande Sächsischer Industrieller begründeten Streikversicherung. Die von dieser allen Mitgliedern zugesicherte Streikentschädigung verdient eine besondere Beachtung und Würdigung. Sie liefert den besten Beweis dafür, daß der Profit auch der Kleinunternehmer ganz unverhältnismäßig hoch ist. Zunächst darf man unbedenklich unterstellen, daß der Verband der Industriellen die Verhältnisse genau kennt und besonders über die erzielten Gewinne gut informiert ist. Daß er seine Streikversicherung auf baldigen Zusammenbruch eingerichtet habe, kann man kaum annehmen. Sie soll florieren, möglichst noch Ueberschüsse herausbringen. Das setzt voraus, daß die Entschädigung sich ziemlich weit unter der durchschnittlichen Gewinngrenze hält. Das auch schon darum, um keinen Anreiz zu geben, Streiks direkt zu provozieren, wenn die Streikentschädigung eine gute Einnahme sichert. Das alles berücksichtigt, gibt der zugesicherten Entschädigung das richtige Wertmaß, das den üblichen Gewinn der Unternehmer erkennen läßt. Wie sieht es nun mit den festgelegten Entschädigungssätzen aus?

Als Versicherungsprämie sollen die Unternehmer pro 1000 M. Lohnsumme 1 M. zahlen. Dafür werden ihnen für Streikfälle 25 Proz. der als Folge des Streiks nicht ausgezahlten Lohnsumme zugesichert. Bei einer Gesamtlohnsumme von 500 000 M. hätte der Unternehmer demnach 500 M. Prämien zu zahlen. Fallen infolge eines Streiks 100 000 M. Löhne aus, dann würde er 25 000 M. Entschädigung, ¼ des Durchschnittsverdienstes der am Streik beteiligten Arbeiter erhalten. Für jeden Streikenden, der, sagen wir, 5 M. im Tag verdiente, würde der Unternehmer **1,25** M. Entschädigung erhalten, wohl gemerkt: für jeden Streiktag! Da aus den angegebenen Gründen die Entschädigung im allgemeinen weit von dem Gewinn der Unternehmer entfernt bleiben wird, muß dieser in Wirklichkeit also beträchtlich größer sein. Mögen von dem Mehr auch verschiedene Abzüge für Generalkosten zu machen sein, so ergibt sich doch, daß nach der Annahme des Verbandes der Industriellen der Gewinn der Unternehmer sicher mehr als ein Viertel des Arbeitslohnes ausmacht. Trotzdem geizt man um Pfennige, gründet Organisationen, um die Gewerkschaften zu zerschmettern, ruft nach der Staatsmacht, damit sie den Arbeiterorganisationen Knebel anlege. Die Streikversicherung mit ihren Bedingungen drückt dem Verhalten der Scharfmacher den Stempel des Antisozialen, des von Gewinnsucht diktierten Arbeiterhasses auf, sie zeigt, wie unberechtigt und verwerflich ihr Kampf gegen die Bestrebungen der Arbeiter ist.

Aber auch noch etwas anderes ist zu betonen. Wir befinden uns wirtschaftlich auf dem Niedergang. In vielen Betrieben stockt die Arbeit, Aufträge bleiben aus. In solchen Fällen drängten Unternehmer ihre Arbeit bisher schon gern in Streiks hinein. Sie ersparten Löhne und durften dabei doch hoffen, einen Stamm eingearbeiteter Leute nicht zu verlieren. Die in Aussicht stehende Streikversicherung muß ganz zweifellos die Neigung, bei abflauender Konjunktur kräftige Lohnkürzungen vorzunehmen, ganz beträchtlich steigern. Im schlimmsten Falle, wenn man einen auf solche Weise hervorgerufenen Streik überhaupt noch als Uebel betrachtet, winkt ja die Entschädigung. Oft aber wird es so sein, daß man einen Streik wünscht, ihn als Wohltat betrachtet; um ihn zu provozieren, werden die Löhne gedrückt und kommt es zum ersehnten Ausstand, dann steckt der Unternehmer für das Lohndrücken auch noch eine Entschädigung ein. Und im Chorus seiner Gleichgestimmten, nach derselben Methode arbeitenden Klassengenossen stimmt er bewegliche Klagelieder über die Verwerflichkeit und Frivolität der Streikverbände an.

Es wird ersprießlich sein, die Streikversicherung in ihrer Wirkung auf den „sozialen Frieden“ möglichst im Auge zu behalten. Auf jeden Fall müßte sie wie eine Peitsche wirken, die auch den letzten Arbeiter in die Organisation hineintreibt.

---

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik der Glasarbeiter und Arbeiterinnen** bei der Isola wird von beiden Seiten mit äußerster Hartnäckigkeit geführt. Spitzel und Polizei im Verein mit dem Unternehmer wollen jetzt den Kampf beenden, indem sie den Streikenden ihr Koalitionsrecht beeinträchtigen und das Streikpostenstehen unmöglich machen. Allen voran bemerkbar macht sich ein gewisser Keiling. Dieser Mann ist vielseitig, als Agent für Arbeitswillige steht er den ganzen Tag Posten und bringt die Arbeitswilligen des Morgens hin, des Abends nach Hause. In den letzten Tagen der vorigen Woche wurde von den Streikposten die Wahrnehmung gemacht, daß wiederum Streikbrecher angekommen sein müssen. Am Sonnabend gelang es, dieselben zu Gesicht zu bekommen. Die Wut des Keiling kannte nun keine Grenzen. Er befürchtete, daß keine Schützlinge ebenfalls der Firma Valet sagen könnten. Den Streikposten erklärte er, daß der erste, der an die Arbeitswilligen herangeht, eine Leiche sei. Um seine Worte zu bestätigen, hatte er seine rechte Hand am Revolver. Die in dem Hause Schlesische Strae 96 Arbeitenden fühlen sich durch die fortwährenden Provokationen dieses Mannes beunruhigt. Sie protestieren ent- Provokationen dieses Menschen beunruhigt. Sie protestieren entschieden dagegen und verlangen unverzüglich die Entfernung des Herrn. Streikposten, die am Sonnabend versuchten, an die Arbeitswilligen heranzukommen, wurden verhaftet und zwei Stunden auf dem Polizeirevier behalten. Ebenso mußte der Streikleiter einen halben Tag auf der Wache bleiben. Keiling versucht auch, diejenigen, welche ihre streikenden Kollegen unterstützen, aus der Arbeit zu bringen. Die Streikenden werden nach wie vor ihre Pflicht tun. Sie verlangen aber entschieden, von diesem Provokateur befreit zu werden.

**Achtung, Töpfer!** Wegen Tarifbruch sperren wir hiermit die Firma Louis Müller, Bau Driesener Straße 3. — Weiter weisen wir auf die am nächsten Mittwoch stattfindende allgemeine Mitgliederversammlung hin, welche endgültig Stellung zu unserer Lohnbewegung nimmt. Alles Nähere darüber in der Annonce in der heutigen „Vorwärts“-Nummer.

Die Verbandsleitung.

**Achtung, Fliesenleger und Hilfsarbeiter!** Der Bau Droysen-Ecke Sybelstraße, Charlottenburg, Unternehmer Dürr, ist wegen Vergebung der Arbeiten an Subunternehmer gesperrt. Desgleichen der Bau am Bahnhof Heerstraße, Unternehmer Ramin.

Kollegen, die dort Arbeit aufnehmen, verstoßen gegen die Solidarität und gegen die Grundsätze der Organisation.

Ferner ersuchen wir die Kollegen, uns sofort alle Arbeitsstellen zu melden, wo Subunternehmer in Betracht kommen, und alle die, für welche der Unternehmer Dürr Material liefert.

Deutscher Bauarbeiterverband, Amt Moritzplatz 4003, 8792.
Freie Vereinigung der Fliesenleger.
Zentralverband christlicher Bauhandwerker.

### Deutsches Reich.

## Ein Rückzug der Gelben.

In der Sächsischen Maschinenfabrik in Chemnitz besteht ein gelber Werkverein. Den Arbeitern, die dort in Beschäftigung treten, wird folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich bitte um meine Aufnahme in den „Allgemeinen Unterstützungsverein der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A.-G.“ in Chemnitz. Ich erkläre, daß ich einer freien Gewerkschaft nicht angehöre. Ich bin damit einverstanden, daß mir das Eintrittsgeld und ferner die regelmäßigen Beiträge von meinem Lohn in Abzug gebracht werden.“

Diesen Revers hatte auch ein Schlosser unterschrieben, der bis zum 4. Juni dort beschäftigt war. Jetzt klagte er vor dem Gewerbegericht auf Rückzahlung des Eintrittsgeldes und der Beiträge, da der Abzug derselben vom Arbeitslohn nach dem Gesetz nicht zulässig sei. Der Vertreter des Klägers führte aus, daß sich dieser nie zur Unterschrift des Reverses hergegeben hätte, wenn er nicht damals in dringender wirtschaftlicher Notlage gewesen wäre. Außerdem sei ihm vom Meister gesagt worden, er könne nicht eingestellt werden, wenn er nicht dem Werkverein beitrete. Ueberhaupt würden die Arbeiter förmlich in den Werkverein „hineingepreßt“, das könne an zahlreichen Fällen nachgewiesen werden. Die Werkvereine dienten lediglich dem Unternehmertum, indem die Bekämpfung der freien Gewerkschaften ihr Ziel sei. Zum Beweise dafür könne die Begründung einer Privatklage dienen, die Rechtsanwalt Dr. Meyer-Chemnitz für den Vorsitzenden der Gelben in der Sächsischen Maschinenfabrik beim Amtsgericht anhängig machte. Es heißt darin über den Zweck der gelben Vereine unter anderem: „Dabei wird immer im Auge behalten, den Zusammenschluß als Bollwerk gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zu betreiben, obwohl eine ausgesprochene politische Richtung nicht verfolgt wird.“ Der Vertreter der Firma erklärte darauf, daß von einem Beitrittszwang der Arbeiter keine Rede sei. In dem Unterstützungsverein scharten sich die „treuen“ Arbeiter zusammen. Nach der letzten großen Aussperrung seien die Arbeiter, mit geballter Faust in der Tasche, in die Betriebe wieder hineingegangen. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes hätten die treuen Arbeiter in maßloser Weise schikaniert, terrorisiert und eine bedenkliche Unruhe in den Betrieb hineingetragen. Um einen Schutzwall dagegen zu haben, hätten sich die „treuen Arbeiter“ im Werkverein zusammengeschlossen. Außerdem sei der Verein eine Wohlfahrtseinrichtung, was schon daraus hervorgehe, daß die Firma bereits 25 000 Mark für den Verein gespendet habe. Vertreter der Firma war Herr Sekretär Sachse. Daß gerade er es war, der dem Gewerbegericht das Märchen von dem Terrorismus der organisierten Arbeiter nach der letzten Aussperrung auftischte, ist besonders interessant. Niemand weiß es besser, wie gerade Herr Sachse, woher die Unzufriedenheit der Arbeiter damals kam. Die Unruhe in den Betrieben entstand dadurch, daß die Unternehmer die vereinbarten Bedingungen nicht erfüllten. Gerade Herr Sachse war es, der damals mit dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Haak, im Automobil herumfuhr, um die Unternehmer zur Einhaltung ihrer Versprechungen aufzufordern. Das kann Herr Sachse unmöglich schon vergessen haben. Ob es der Firma angenehm sein mag, daß die Oeffentlichkeit erfahren hat, daß die gelben Lieblinge mit einer so großen Summe von 25 000 M., in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens des Werkvereins, unterstützt worden sind, wagen wir nicht zu behaupten. Die Unwahrhaftigkeit der Gelben ist aber durch dieses Eingeständnis wieder einmal in das rechte Licht gerückt worden. Akkordmeister Weber, der Vorsitzende der Gelben im Hartmannschen Betrieb, erklärte vor kurzer Zeit in einer Verhandlung vor dem Chemnitzer Schöffengericht, daß die Firma keine Zuschüsse an die Gelben leiste. Warum leugnen die Gelben ab, daß sie vom Unternehmertum ausgehalten

---

# Kleines Feuilleton.

**Kampfgenosse Harden.** Er lebt noch und kläfft noch immer weiter! Ich meine das Reichshündchen; nicht die bekannte Ulmer Dogge, sondern das kleine struppige Viehchen, das Bismarck vor seinem Heimgang zum Wächter seiner alten Kleiderkammer bestellte, und das sich seitdem als den heimlichen Kanzler von Deutschland aufspielt. Das Aretinchen aus dem Grunewald konnte vor einigen Jahren noch, wie sein großzügiger und skrupelloser Ahn, der geniale Hintertreppenpamphletist der Renaissance, Pietro Aretino, von sich sagen: „Ich scheine das Orakel der Welt geworden zu sein. Jeder kommt mir zu erzählen, was ihm von diesem Fürsten, jenem Prälaten widerfahren, und so bin ich der Sekretär der ganzen Welt.“ Aber heute erzählt ihm, aus der Uninteressantheit und Belanglosigkeit seiner Artikel zu schließen, niemand nix mehr, dem großen Verteidiger des Deutschtums und unentwegten Antisemiten: Maximilian Harden. Ich hatte ihn ganz vergessen, den biederen Knaben, und glaubte nicht anders, als daß er in den Sümpfen von Liebenberg umgekommen sei. Dieser Tage aber sah ich ihn wieder. Er ritt in den Kampf gegen den Festspieldichter Hauptmann Schulter an Schulter mit dem anderen Patentdeutschen: dem ungeschlachten Polyphem aus der Dessauer Straße, der jeden Morgen zum Frühstück einen Berliner-Tageblatt-Juden verzehrt und dazu aus dem Schädel seines Opfers echt germanischen Meth säuft: Richard Nordhausen. O diese Attacke! Und doch fand Maximilian im Furor der Kampfbegeisterung immer noch Zeit, das Spiegelchen und das Schminktöpchen herauszuziehen, in steter Besorgnis um seine Maske. Vor dem Angriff erklärte er, als Wahrer nationaler Waffenehre, dem Hauptmanns Friedenspfeifereien in der Seele verhaßt, in einer Ansprache an das Publikum: die Nation dürfe es auf keine Weise dulden, „daß die Kronjuwelen ihres Mythos und ihrer Geschichte mißbraucht werden, um Gafferaugen mit dem Anblick anspritzenden Tümpelgerinsels zu ergötzen“. Mit dem delikaten Verständnis für die deutsche Sprache, das Karl Kraus mit solch großer Hingabe analysiert hat, zerpflückte er die Dichtung Hauptmanns, die keinen Funken von dem aufglühen läßt, „was Anno 13 im Adlerlande geschah“. Hernach schwang er so etwas wie einen Skalp und wollte uns weismachen, das sei das Haupt des nun endgültig zur Strecke gebrachten Hauptmann. O der Schäker! Es war nur einer von seinen theatralisch geschminkten und aufrisierten Papiermaché-„Köpfen“.

**Sozialistenvereine an englischen Universitäten.** Die Erfolge der englischen Arbeiterstudenten, von denen hier kürzlich berichtet wurde, haben unter unseren Lesern Staunen erregt. Und in Deutschland ist dergleichen natürlich unmöglich, nicht wegen der Arbeiter, sondern wegen unserer Universitäten.

Ebenso fremdartig wird es bei uns anmuten, von sozialistischen Vereinen an Universitäten zu hören. Und doch gibt es dergleichen — in England. Ein Aufsatz über englische Universitäten von Dr. H. Kühnert-London, der im Juniheft der „Akademischen Rundschau“ veröffentlicht wurde, unterrichtet darüber. Der Begründung sozialistischer Universitätsvereine in den alten Universitäten Oxford und Cambridge wurden weniger Hindernisse in den Weg gelegt, als an den meist in Industriezentren gelegenen neueren Universitäten. Im Grunde genommen ist man aber an allen maßgebenden Stellen in England der Ansicht gewesen, daß man loyalerweise sozialistischen Mitgliedern der Universitäten ebensowenig verbieten dürfe, sich zu organisieren — in der Gesellschaft der Fabier — wie den Anhängern anderer politischer oder religiöser Richtungen. Der Universitäts-Fabier-Gesellschaft in Birmingham gehören sogar 6 Professoren und Lektoren als Mitglieder an, die dort öfter Vorträge halten. Der gegenwärtige Rektor der Universität, Sir Oliver Lodge, hat sogar selbst einen Fabiertrakt (Broschüre) geschrieben. Vorträge über den Syndikalismus, über den „Sozialismus in Deutschland“, über „Grund- und Bodensteuer“, über „Robert Owen“ wurden beispielsweise im letzten Jahre gehalten. In Cambridge wird mehr Wert auf Vorträge von Sozialdemokraten gelegt. Auch Universitätsprofessoren sprechen in dem sozialistischen Studentenverein, meist über historische oder nationalökonomische Probleme. Die Vorträge werden dort meistens in Verbindung mit den Gewerkschaften und der Labour Party abgehalten. In Edinburg hat der Senat beschlossen, innerhalb der Universität keine politische Aktion zu dulden. Außerhalb der Universität kann die Gesellschaft natürlich desto kräftiger politisch tätig sein. Die Edinburger Studenten haben drei Vertreter in dem Lokalkomitee der Labour Party. Bei ihnen sprach u. a. Shaw über „Universitätssozialismus“. In Glasgow betätigt sich eine besondere Fabiergruppe nur an der Universität, da in der Stadt eine andere Fabiergruppe arbeitet. Diese Gruppe sucht weniger Propaganda zu machen, als die ökonomischen Tagesfragen zu studieren. Die politische Arbeit überläßt sie der Partei und dem außerdem noch in Glasgow existierenden „Glasgow University-Socialist Club“, der ein rein politischer Verein ist und als solcher einzig in seiner Art unter allen sozialistischen Universitätsgesellschaften Englands dasteht. Hier halten nur Politiker die Vorträge. Der Klub hatte sogar einmal den sozialistischen Parlamentarier Keir Hardie als Kandidaten für das Rektorat der Universität aufgestellt. Der sozialistische Klub hat im Universitätsklub stets zwei Sprecher. Die Redaktion der „Universitätszeitung“ befindet sich gegenwärtig in den Händen der Sozialisten.

Alle an den verschiedenen Universitäten bestehende Fabiergruppen sind in einem besonderen Verbande organisiert. Sein Organ wird von Oxford aus redigiert und steht in engster Fühlung mit der Arbeiterpartei und mit der Tagespresse. Es gehören den Fabiergruppen auch Gegner sogenannte affiliierte Mitglieder an, die dabei sind, um dort debattieren zu können. Alles in allem ist die Propaganda nicht das Hauptgebiet der Gruppen, sondern die Förderung eines intelligenten und kritischen Interesses am Sozialismus. Der Geist des Fragens scheint unter den Mitgliedern zu überwiegen.

Wie weit ist doch noch Deutschland, das klassische Land der Bildung, diesen englischen Zuständen gegenüber zurück.

### Notizen.

— Die Geretteten der Schröder-Stranz-Expediton, der Marinemaler Rave und der Ozeanograph Dr. Rüdiger, sind in Hamburg eingetroffen. Sie haben in der langen Winternacht in Spitzbergen ihren allerdings sehr erschwerten Studien obgelegen. Die Zwistigkeiten innerhalb der Expedition, von denen Kunde an die Oeffentlichkeit gedrungen war, werden von diesen beiden Teilnehmern abgestritten. (Hoffentlich wird aber durch die in Norwegen bevorstehenden Gerichtsverhandlungen Klarheit geschaffen über diese allem Anschein nach höchst dilettantisch organisierte Expedition geschaffen — zur Warnung vor ähnlichen.)

— Schon wieder eine neue Zeitschrift. Unter dem Titel „Der Turmhahn“ soll vom 1. Januar 1914 an im Verlag L. Staackmann in Leipzig eine neue Zeitschrift erscheinen, die „alle bejahenden und lebensmutigen Kräfte unseres Geisteslebens sammeln und allen Erscheinungen unserer Kunst und Kultur vom Standpunkte eines zukunfs- und schaffensfrohen Volkstums gerecht werden soll.“ — Wenn man die Ankündigung beim Worte nimmt, müßte die Zeitschrift sozialistisch gerichtet sein, denn wo anders sind zukunfts- und schaffensfrohe Kräfte als im Sozialismus?

— Otto Krille läßt im Verlag von Egon Fleischel u. Co. einen neuen Band Gedichte unter dem Titel „Das stille Buch“, mit Buchschmuck von Felix Hollenberg u. a., erscheinen.

— Fort mit den Protektoren. Die Ortsgruppe Heidelberg des Deutschen Monistenbundes hat in einer öffentlichen Versammlung eine Resolution zur Hauptmann-Affäre gefaßt, die einen praktischen Vorschlag enthält. Die Versammlung meinte, daß der Breslauer Magistrat die Erinnerung an den Freiheitsgeist des Jahres 1813 nicht besser hätte feiern können, als daß er seinen früheren eigenen Standpunkt jedwedem gegenüber mannhaft aufrecht erhalten hätte. Die Versammlung empfiehlt dringend allen städtischen Behörden, um Protektorate für Ausstellungen usw. in Zukunft nicht mehr nachzusuchen, damit Konflikte ähnlicher Art nicht mehr entstehen.

Die Geschäftemacher und Ordensbegierigen werden sich hüten, diesen wohlgemeinten Vorschlag zu befolgen.

— Das Stadtmuseum in Stettin, das auf einer Terrasse am Hafen errichtet worden ist, wurde am Montag eingeweiht. Es soll der heimatlichen Kunst- und Kulturgeschichte, aber auch den Naturwissenschaften dienen.

— Nutzbringende Verwendung von Königsschlössern. Der König von Italien, der die meisten Königsschlösser besitzen soll, da aus den Zeiten vor der Einigung Italiens alle die Paläste der zahlreichen Kleinstaaten in den Besitz der Krone übergegangen sind, hat einen verständigen Entschluß gefaßt. Diese Gebäude sollen als königliche Institute für wohltätige Zwecke, Hospitäler oder Museen eingerichtet werden. — In Preußen werden zu den vielen alten Schlössern, die keinerlei Nutzen stiften (außer daß man sie gelegentlich verkaufen kann), immer noch neue gebaut.

werden? Schämen sie sich vielleicht selbst? Oder war es vielleicht nur ein falscher Zungenschlag des Herrn Sachse, daß er uns vor dem Gewerbegericht die Sache verriet. Das Gericht hatte die Verhandlung auf Dienstag, den 24. Juni, vertagt, um Beweis darüber zu erheben, ob tatsächlich die Arbeiter in den Werkverein hineingepreßt worden sind. Die Beweislast lag dem Kläger ob, der auch sofort eine Anzahl Zeugen benannte, die das Gericht auch laden wollte. Stolz und kühn erklärte der Vertreter der Beklagten, daß es ihm nicht auf den geringen Betrag ankäme, der Gegenstand des Streites sei, es liege ihm vielmehr selbst daran, den Beweis zu erbringen, daß es den Arbeitern freigestellt sei, ob sie dem Werkverein beitreten wollen oder nicht. Um so verwunderlicher ist es, daß sich jetzt plötzlich, noch ehe es zur weiteren Verhandlung kam, die Firma freiwillig bereit erklärte, dem Arbeiter die Beiträge zurückzuerstatten und die bereits entstandenen Kosten zu tragen. Durch eine große Anzahl von Zeugen hätte der Vertreter des Klägers bewiesen, welcher Terrorismus ausgeübt wird, um die Arbeiter in den gelben Verein hineinzupressen. Dieser Beweisführung ist die Firma wohl aus gutem Grunde ausgewichen. Der ganze Verlauf der Sache ist eine neue gründliche Blamage für die gelben Rausreißer.

# Aus der Partei.

## Aus den Organisationen.

Am Sonntag tagte in Görlitz die Kreiskonferenz für den Wahlkreis Görlitz-Lauban. Aus dem drei Vierteljahre umfassenden Geschäftsbericht ergibt sich, daß der Wahlkreis 3686 Mitglieder, davon 833 Frauen, zählt, die sich auf 21 Ortsgruppen verteilen. Die Zunahme der männlichen Mitglieder im Berichtsjahre beträgt 208, die der weiblichen Mitglieder 104, zusammen 307. Der Abonnentenstand der Parteipresse hat sich wenig verändert. Der Volkskalender wurde in 27 130 Exemplaren verbreitet. — Da der 20wöchige Streik in der Görlitzer Waggonfabrik im Berichtsjahre nicht ohne Einfluß auf die Entwickelung der Partei blieb, kann das Ergebnis als befriedigend bezeichnet werden. Durch einstimmige Annahme einer Resolution wurde einzelnen Ortsgruppen zur Pflicht gemacht, alljährlich mindestens einmal eine Hausagitation vorzunehmen. Das Mandat zur Vertretung auf dem Parteitage wurde diesmal einer Genossin übertragen.

### Anerkennung sozialdemokratischer Kommunaltätigkeit.

In Solingen verstarb dieser Tage Genosse Karl Müller, der seit Anfang 1911 dem dortigen Stadtverordnetenkollegium angehörte. Wie ehrliche und unbefangene Männer die sozialdemokratische Tätigkeit in den Gemeinden zu würdigen wissen, zeigt der Nachruf, den der Oberbürgermeister, die Beigeordneten und Stadtverordneten der Stadt Solingen unserem Genossen Müller gewidmet haben. Es heißt darin:

„Mit großem Eifer und großer Pflichttreue hat Herr Müller an den Geschäften der städtischen Verwaltung teilgenommen und seine Kraft stets gern und freudig in den Dienst der Gemeinde gestellt.

Herr Müller war ein ehrenhafter Charakter, der sich allgemeiner Achtung erfreute.

Dem Verstorbenen werden wir stets ein ehrenvolles Gedenken bewahren."

### Aus der amerikanischen Partei.

Das Nationalkomitee der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten beschloß, im Gegensatz zur bisherigen Haltung der Partei, auch zu der Zollfrage Stellung zu nehmen. Da überall die Unternehmer gegenüber der drohenden Gefahr der Zollermäßigung dazu übergehen, ihre Betriebe zu schließen, um die Arbeiter für Kundgebungen zur Erhaltung des Schutzzolls zu pressen, ist es notwendig, für Aufklärung der Arbeiter zu sorgen und dazu die bisher noch fehlende Propagandaliteratur für dieses Gebiet zu beschaffen. Die Berichte der Parteifunktionäre stellen fest, daß die Industrien mit dem stärksten Zollschutz zugleich diejenigen mit den niedrigsten Löhnen und im allgemeinen ungünstigsten Arbeitsbedingungen sind. — Ferner soll energischer in den Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung vorgegangen werden. In erster Linie sollen Bundesgesetze zugunsten des Achtstundentags und einer einheitlichen Regelung der Unfall-, Invaliden- und Altersversorgung propagiert werden. Ferner ein Bundesgesetz über das Frauenstimmrecht.

Für die Bildungszentrale („Lyzeum") sind 180000 Dollar eingenommen worden. Es wurden 5068 Versammlungen mit rund 1 Million Zuhörern veranstaltet. Die Zuhörer erhalten für ihre Eintrittskarte einen Gutschein auf Schriften in gleichem Betrage. 75 Prozent wurden in dieser Art eingelöst. Bücher usw. wurden bei den Versammlungen für 180 000 Dollar verkauft. Die Versammlungen brachten 10 000 neue Mitglieder.

**Ein 70jähriger.** Einer der bewährtesten Vorkämpfer der nordböhmischen Arbeiterbewegung, der einstige Reichenberger Tuchknappe, spätere Redakteur und bis 1911 Reichsratsabgeordneter Josef Hannich, tritt in das Greisenalter. Schon 1868 trat er in die junge Bewegung, die ihn schließlich 1897 mit den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten nach Wien entsandte. 1905 trat er sein Reichenberger Mandat dem Genossen Dr. Viktor Adler ab, 1907 wurde er für Rumburg wiedergewählt. Seit 1911 lebt er als Parteiarchivar in Wien.

**Eine Erbschaft in Höhe von 4000 M.** ist dem Sozialdemokratischen Verein Breslau von dem am 30. Mai dort verstorbenen Rentier Wilhelm Scholz letztwillig vermacht worden. Empfänger der Erbschaft ist Genosse Paul Löbe, der, wie es im Testament heißt, diese Zuwendung dem Sozialdemokratischen Verein übermitteln soll.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Nur ein „Versehen".

Vor wenigen Wochen wurde bekanntlich der Parteisekretär für Breslau-Land, Genosse Srowig, der damals eine viermonatige Gefängnisstrafe verbüßte, bei Vorführung zu einem Termin auf Veranlassung des die Aufsicht führenden Polizeikommissars wie ein gemeiner Verbrecher mit noch einem anderen Häftling zusammengefesselt abgeführt. Srowig wies bei der Fesselung darauf hin, daß die Angelegenheit, wegen der er vorgeführt sei, so gut wie gar keine Strafe zur Folge haben könne (tatsächlich wurde er auch freigesprochen), und daß er von seinen vier Monaten Gefängnis nur noch 11 Tage zu verbüßen habe. Alles half nichts. Es blieb bei der Fesselung. Gegen die skandalöse Behandlung beschwerte sich Srowig beim Regierungspräsidenten. Jetzt liegt die Antwort vor:

Der Regierungspräsident. Breslau, 14. Juni 1913.

Auf die an den hiesigen Herrn Ersten Staaatsanwalt gerichtete Beschwerde vom 22. April 1913 erwidere ich ergebenst, daß ich die Angelegenheit betreffend die Fesselung des damaligen Gefangenen Srowig bereits von Amtswegen verfolgt habe. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß die Maßnahme auf ein bedauerliches Versehen zurückzuführen ist. Dem dafür verantwortlichen Beamten ist unterm 9. Mai d. J. das Erforderliche eröffnet worden. Die Beschwerde sehe ich hierdurch als erledigt an. (Unterschrift.)

Durch die einigermaßen verbindliche Form der Antwort wird der Kulturskandal von Breslau keineswegs ausgelöscht. Vor allen Dingen hätte dem Beschwerdeführer mitgeteilt werden müssen, was mit dem schuldigen Beamten geschehen ist und welche Vorsorge getroffen wurde, daß sich solche skandalösen Vorfälle nicht mehr wiederholen können.

# Jugendbewegung.

### Die Fortbildungsschule als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie.

Auf der Generalversammlung des Verbandes für das Fortbildungsschulwesen in der Provinz Sachsen, die am Sonntag in Erfurt stattfand, sprach der Regierungsrat Klaus in Erfurt sein Bedauern darüber aus, daß die „nationale" Jugendpflege nicht Gegenstand der Erörterung sei. Die Fortbildungsschule habe nicht nur für die berufliche Ausbildung der Jugendlichen Sorge zu tragen, sondern sie habe auch die Aufgabe, den jungen Mann zu erziehen. Die Erziehung, wie sie sich der Herr Regierungsrat denkt, sieht so aus: Die jugendlichen Arbeiter müßten vor der sozialdemokratischen Verführung und Verhetzung dadurch geschützt werden, daß die staatliche „nationale" Jugendpflege der Fortbildungsschule angegliedert werde. Für diesen Zweck müßten aus dem staatlichen Fonds den Schulen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die staatliche nationale Jugendpflege sei nur möglich im Anschluß an die Fortbildungsschule. Auch ist nach Meinung des Herrn Regierungsrats Klaus dieser Anschluß im Interesse der gelben „nationalen" Gewerkschaften notwendig. Daß die Fortbildungsschule, wenn sie sich der Jugendpflege widme, auch „nationale" Erfolge erringen könne, steht nach der Meinung des Regierungsrats fest und er versuchte dies an einem Beispiel klarzulegen. In einem Orte auf dem Thüringer Walde habe ein Fabrikant zu seinen Arbeitern gesagt, sie sollten doch nicht der Sozialdemokratie ihre Gelder für internationale Zwecke zur Verfügung stellen. Daraufhin hätten die jugendlichen und älteren Arbeiter zusammen einen gelben Werkverein gegründet und bei der preußischen Landtagswahl seien in dem Orte etwa 100 „nationale" Stimmen abgegeben worden, während früher die Arbeiter nur sozialdemokratisch gewählt hätten. Vor allem müsse die „nationale" Jugendpflege von der Fortbildungsschule gefördert werden.

Nun denke man sich die praktischen Erfolge einer solchen Erziehungsmethode. Arbeitereltern, die aus ehrlicher Ueberzeugung Sozialdemokraten sind, müssen ihre Kinder in die Fortbildungsschulen schicken, wo sie, nach Meinung des Regierungsrats, vor „sozialdemokratischer Verführung" geschützt werden sollen. Was wird die Folge einer solchen „Jugendpflege" sein? Konflikte zwischen Eltern und Kindern! Und doch sollen wir Sozialdemokraten es sein, die nach den Behauptungen unserer Gegner die Familie zerstören.


**Magenstärkend** ist während der gefährlichen Obstzeit **Santa Lucia** **Stärkungs-Rotwein Fl. 1,50 u. 2 M.**
Käuflich in Apotheken, Drogen- und Delikateß-Geschäften.

Unserem lieben Freund und Genossen Georg Kubisch nebst Fräulein Braut Meta Hofer die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Genossen und Genossinnen Bezirk 141. III. Kreis.

:: Apfelsinensprudel ::
Gesetzlich geschützt
alkoholfrei wohlbekömmlich
a Glas 10 Pf. überall erhältlich.
Alleinige Fabrik. Berl. Sprudel-Ges., S. 14, Sebastianstr. 72.
Tel. Moritzpl. 11435.

**Tätowierung**
entfernt Dr. Schlinemann
Spezialarzt für Hautkrankheiten
Berlin S., Oranienstraße 139.
106/18

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehalter, Irrigateure, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

**Spezial-Arzt**
Dr. med. Wockenfuss
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung.
Schnelle, gründl., schmerzl. Behdlg.
Friedrichstr. 125 (Oranienburger Tor)
Sprechst. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 9-11.

**Radfahrerkarten**
**Wanderkarten**
hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

**Universal-Fernglas 1913**
Ein billiges aber gutes Glas!

Hervorragende Lichtstärke, erzeugt durch Riesenlinsen außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von überraschender Plastik hervor. Enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände, wie durch einen Reflektor beleuchtet, deutlich erkennen läßt, macht unser Modell 1913 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Theater, Jagd etc. Zusendung erfolgt ohne jede Anzahlung 5 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsrecht. Preis mit feldtüchtigem Etui und zwei Umhängeriemen nur 36 Mark und 10% bei monatlichen Teilzahlungen von nur 3 Mark. Bei Nichtgefallen haben Sie nur die minimalen Portospesen zu tragen. Verlangen Sie Ansichtssendung. Postkarte genügt.
Bial & Freund, Postfach 120/557 Breslau II

**1 Mark**
wöchentliche Teilzahlung
Bestes elegantes
**Herren-Moden**
fertig und nach Maß!
Garantie für tadellosen Sitz
**Julius Fabian**
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37 I
II. Geschäft:
Turmstr. 18 I Kein Laden
III. Geschäft:
Kottbusser Str. 14
Nur 2. Etage

**Nicht am eleganten**
Schuh allein, nein, an allen Schuhen sollten Sie Continental Gummi-Absätze tragen. Dauerhafter als Leder. Keine Erschütterungen des Körpers. Angenehmer, elastischer Gang. Fordern Sie stets von Ihrem Schuhmacher
**Continental Gummi-Absätze**

Auch erhältlich in den Lederhandlungen u. Schuhgeschäften.
Schweimer Gummiwaren-Industrie G.m.b.H., Schweim i.W.

**CIGARETTEN**

**H. Pfau**, Bandagist
Berlin C., Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3206.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

**H. & P. Uder**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.



Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

## Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung.

Die Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung hat gestern den Posten des Städtebauers, der durch Baurat Kiehls Tod verwaist war, neu besetzt. Auch hat sie endlich die Geschäftsordnung beschlossen, nach der künftig ihre Verhandlungen geführt werden sollen.

Ueber die Prüfung einiger Wahlen, namentlich der Wahl des Stadtkämmerers Böß-Berlin zum Vertreter für Berlin, berichtet die Wahlprüfungskommission durch Bürgermeister Maier-Charlottenburg. Die Verbandsversammlung hat bereits in ihrer vorigen Sitzung über die Wahl von Böß verhandelt. Damals beantragte die Kommission, diese Wahl für ungültig zu erklären, weil Böß zur Zeit der Wahl noch kein volles Jahr in Berlin wohnte, also hier noch nicht das Bürgerrecht hatte. Es wurde eingewendet, daß Böß als besoldetes Magistratsmitglied, zu dessen Wahl der Besitz des Bürgerrechtes nicht erforderlich sei, ohne weiteres auch in die Verbandsversammlung gewählt werden könne, und die Sache wurde dann in die Kommission zurückverwiesen. Sie beantragt jetzt, die Wahl für gültig zu erklären, unter Hinweis auf einen Passus der in der Sache Dernburg ergangenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Die Verbandsversammlung beschließt debattelos die Gültigkeitserklärung.

Die Neubesetzung des Postens des Städtebauers hat den zur Vorbereitung der Wahl eingesetzten Sonderausschuß beschäftigt. Er schlägt vier Kandidaten vor: an erster Stelle den Architekten Jansen-Berlin, Preisträger im Wettbewerb Groß-Berlin, daneben den Stadtbaurat Beuster-Königsberg, den Magistratsbaurat Wolf-Schöneberg, den Stadtbaurat Uhlig-Lichtenberg. Der Ausschuß berichtet durch den Stadtverordneten Bender-Spandau unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Bei der dann vollzogenen Wahl werden 91 Stimmen abgegeben, davon 57 auf Beuster, der somit zum Städtebauer gewählt ist, ferner 1 Stimme auf „Heuster", 29 auf Jansen, 4 auf Wolf.

Dieses Ergebnis der Wahl ist in hohem Grade zu bedauern. Jansen wäre den Grundstücksinteressenten, der Clique um Haberland, unbequem geworden, darum mußte er beseitigt werden. Für ihn haben selbstverständlich die sozialdemokratischen Mitglieder der Verbandsversammlung gestimmt.

Mehrere Straßenbahnanlagen werden genehmigt. Es handelt sich nur um Erweiterungen oder Veränderungen schon bestehender Anlagen, zum teil nur um den Einbau von Weichen, die neue Linien ermöglichen sollen.

Für die Zukunft soll der Verbandsversammlung die Beschäftigung mit so unwesentlichen Anträgen auf kleinbahngesetzliche Zustimmung erspart werden. Auf Antrag des Verbandsausschusses beschließt sie debattelos, solche Angelegenheiten den laufenden Geschäften des Verbandsdirektors zuzuweisen.

Die Geschäftsordnung, über die im verflossenen Verwaltungsjahr des Zweckverbandes noch keine Einigung erzielt werden konnte, wird in einem geänderten Entwurf vorgelegt. In der Sitzung vom 4. November v. J. endete die Beratung des ersten Entwurfs mit Zurückverweisung an die Kommission. Ueber das Ergebnis ihrer erneuten Verhandlungen berichtet Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin. Durch die jetzt vorgeschlagenen Aenderungen werde z. B. das Recht der Minderheit in manchem besser gesichert. Bezüglich des Rechtes der Aufsichtsbehörde werde bestimmt, daß in den Sitzungen der Verbandsversammlung nicht nur der Oberpräsident auf Verlangen jederzeit gehört werden muß, sondern der Vorsitzende auf Wunsch des Oberpräsidenten auch einem von diesem hinzugezogenen Beamten das Wort erteilen darf. Der Antrag, durch die Geschäftsordnung festzulegen, daß den Verhandlungen der Sonderausschüsse auch sämtliche in der Verbandsversammlung sitzende Vertreter sowie die Ersatzmänner beiwohnen dürfen, ist in der Kommission abgelehnt worden, weil das selbstverständlich sei. Gestrichen wurde die Bestimmung, die den Oberpräsidenten von der Teilnahme an den Verhandlungen der Sonderausschüsse grundsätzlich ausschloß und die Zulassung von besonderem Beschluß abhängig machte. Die Kommission hat sich dahin geeinigt, mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des gegenwärtigen Oberpräsidenten hiervon abzusehen.

In der Generaldebatte erklärt Stadtverordneter Stadthagen-Berlin, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Versammlung ihren Antrag bezüglich der Zulassung aller Mitglieder und Ersatzmänner zu den Sitzungen der Sonderausschüsse als erledigt ansehen, nachdem die Kommission die Zulassung ausdrücklich als selbstverständlich anerkannt hat.

In der Spezialdebatte kommt es bei § 5, der das Recht des Vorsitzenden der Verbandsversammlung zur Feststellung der Tagesordnungen und zur Anberaumung der Sitzungen regelt, zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem Verbandsdirektor. Nach dem Entwurf bestimmt dieser Paragraph unter anderm: „Erklärt ein Beschluß des Verbandsausschusses die Dringlichkeit, so hat der Vorsitzende diesem Beschluß Rechnung zu tragen."

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wermuth-Berlin, bemängelt das als dem Zweckverbandsgesetz widersprechend, das die Einberufung der Sitzungen dem Vorsitzenden zuweist.

Gegen den Antrag des Bürgermeisters Maier-Charlottenburg auf Streichung des Satzes wendet sich Verbandsdirektor Steiniger. Er stellt „drei Organe des Zweckverbandes" nebeneinander: die Verbandsversammlung, den Verbandsausschuß, den Verbandsdirektor.

Seine Stellungnahme zu dieser Frage wird vom Stadtverordneten Cassel-Berlin als ganz unverständlich zurückgewiesen. Auf die Rechte des Vorsitzenden, die der Herr Verbandsdirektor vollständig verkenne, legt das Gesetz großen Wert — und nur nach dem Gesetz sei hier zu entscheiden.

Auch Bürgermeister Maier-Charlottenburg betont die Gesetzwidrigkeit der in jenem Satz vorgeschlagenen Bestimmung. Dagegen will Bürgermeister Schulz-Lichterfelde lieber dem Verbandsdirektor folgen.

Verbandsdirektor Steiniger beharrt dabei, er habe für das Recht des Verbandsausschusses einzutreten.

Daß ein solches „Recht" des Verbandsausschusses gar nicht existiert, legt Stadtverordneter Stadthagen-Berlin dar. Durchaus zutreffend habe der Vorsitzende erklärt, daß er sich um einen vom Verbandsausschuß gefaßten Dringlichkeitsbeschluß nicht zu kümmern habe. Die ganze Frage werde klar geregelt durch § 21 des Zweckverbandsgesetzes, nach dessen Bestimmungen der Vorsitzende auch über die Dringlichkeit zu entscheiden habe. Bei Meinungsverschiedenheit hierüber könne höchstens die Verbandsversammlung die Dringlichkeitsanerkennung durchsetzen, nicht aber der Verbandsausschuß. Unmöglich könne der Versammlung zugemutet werden, gegen das Gesetz in ihre Geschäftsordnung eine Bestimmung aufzunehmen, durch die sie in ihre eigenen Rechte eingreifen und den Vorsitzenden geradezu zu einer Pflichtverletzung auffordern würde.

In der Abstimmung wurde der Satz gestrichen.

Der größte Teil der übrigen Paragraphen wurde en bloc angenommen. Zu einer Debatte kam es nur noch bei § 16, der die Frage regelt, wann für die Mitglieder eines Sonderausschusses ihre für diesen Ausschuß gewählten Ersatzmänner eintreten dürfen.

In der Schlußabstimmung wurde die ganze Geschäftsordnung einstimmig angenommen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zehlendorf** (Wannseebahn). Heute Dienstag, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Miklei, Potsdamer Straße 65. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Fünfzig Jahre deutsche Sozialdemokratie". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Karlshorst.** Mittwoch, den 25. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Restaurant „Fürstenbad" (Inh. Bartels): Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld: „Wahlrecht und Massenstreik". 2. Diskussion. 3. Mitteilungen.

**Bohnsdorf bei Grünau.** Mittwoch, den 25. Juni, findet eine Mitgliederversammlung zur Erledigung der zurückgesetzten Punkte vom letzten Zahlabend statt.

## Berliner Nachrichten.

### Ein Opfer des Regierungsjubiläums.

Wie uns gemeldet wird, ist das Regierungsjubiläum, das in die begnadeten Häuser soviel Glanz gesandt hat, auch die unschuldige Ursache einer schweren Familienkatastrophe geworden.

Im Berliner Westen lebte ein friedlicher Bürger, der alljährlich ein schönes Sümmchen Geld verdiente und niemals Spuren eines anormalen Ehrzeiges verraten hatte. Neben seinem florierenden Bandagistengeschäft widmete er sich ausschließlich seiner Familie, die ihn um so gründlicher in Anspruch nahm, als seine getreue Eulalia ihm vier heiratsfähige Töchter geschenkt hatte. Heiratsfähig sogar im höchsten Maße, aber leider in eben demselben Maße auch ledig. Als nun in der Industrie die vielen Jubiläumsartikel erschienen, begannen Eulalias Gedanken zum ersten Male in ihrem Leben auf sonderbare Wege zu geraten.

In irgendeinem Ministerium saß ein entfernter Vetter von ihr. Wenn nun ihr guter Ehegatte einen sensationellen Jubiläumsartikel auf den Markt brächte: sollte er dann nicht Kommerzienrat werden können? Seine Finanzen waren ja in der schönsten Ordnung.

Und wenn er nun Kommerzienrat würde, sollten dann ihre so überaus heiratsfähigen Töchter nicht leichter einen Mann bekommen?

Je mehr Eulalia die Sache überlegte, um so wahrscheinlicher kam sie ihr vor.

Um in einer so wichtigen Sache nicht allein vorzugehen, zog sie unter dem Siegel der Verschwiegenheit ihre älteste Tochter ins Vertrauen.

Im Laufe des Tages brach die älteste unter der Last des aufregenden Geheimnisses zusammen: sie erzählte es der dritten; die dritte erzählte es der zweiten; die zweite der vierten.

Und am Abend fielen alle fünf Weiber über den unglücklichen Bandagisten her.

Weit entfernt aber, daß der große Plan ihn glücklich gemacht hätte, zeigte sein Wesen vielmehr in den nächsten Tagen einen scheuen Zug. Das ungewohnte Grübeln über einen sensationellen Artikel lastete schwer auf seiner Seele.

Das Weißbier schmeckte ihm nicht mehr; an seinem regelmäßigen Skatabend erschien er nicht; nachts warf er sich in dumpfer Unruhe auf seinem Lager umher. Am Tage aber hatte er sich in sein Bureau eingeschlossen und wollte keinen Menschen sehen.

Eulalia fing schon an zu glauben, daß sie eine zu große Last auf seine Seele gelegt habe, als sie ihm sozusagen eine politische Heldenrolle zutraute. Und die vier Kommerzienratstöchter in spe fingen schon an, die vielen hübschen Freier wieder schwinden zu sehen, die sich zunächst ihren trunkenen Blicken gezeigt hatten.

Aber dann eines Tages siegte Lehmann — so hieß unser vortrefflicher Bandagist.

Als er aus seinem Bureau herauskam, leuchtete sein Gesicht und eine höhere Weihe ging von ihm aus. Er hatte den entscheidenden Gedanken gehabt und ging stolz im Zimmer auf und ab.

Da er zum ersten Male in seinem Leben einen entscheidenden Gedanken gehabt hatte, kam er Eulalia und den Töchtern ganz verändert vor. Es war ihnen, als gehöre er gar nicht mehr zu ihnen, als käme er vielmehr aus ganz anderen Regionen.

Schauer der Ehrfurcht rannen durch ihre Seele.

Dann sprang die jüngste plötzlich auf, gab ihm einen Kuß und nannte ihn Kommerzienrat.

Eulalia fragte, auf welchen Artikel er verfallen wäre. Aber er wehrte ab. Niemand sollte etwas davon erfahren. Erst wenn die Riesenannoncen in allen bürgerlichen Blättern der Hauptstadt zu lesen waren, sollten auch sie überwältigt werden.

Unter fieberhafter Spannung der Familie kam der große Tag heran.

Und nun geschah das Entsetzliche.

Der entfernte Vetter im Ministerium erhängte sich.

Eulalia mit ihren vier Töchtern wanderte nach dem Inneren Afrikas aus. Lehmann selber wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

Der unglückliche Mensch hatte mit ganzseitigen Annoncen zum Jubiläum einen — Geradehalter angekündigt.

### Ausholzungen im Treptower Park.

Der Magistrat teilt mit: Der städtischen Parkdeputation ist kürzlich von dem Treptower Kommunalverein eine Beschwerde zugegangen über „große Ausholzungen in dem der Stadt Berlin gehörigen, in Treptow gelegenen Plänterwald". Der Wald, so wird in der Beschwerde behauptet, würde dadurch allmählich vollständig seines Charakters beraubt und der Vogelwelt durch die übermäßige Entfernung von Unterholz jede schützende Stätte genommen. Diese Vorwürfe dürften wenn nicht schon auf völlige Verkennung der Verhältnisse zum mindesten auf recht geringe Sachkenntnis zurückzuführen sein. Die städtische Parkverwaltung hat diese Ausholzung vorgenommen, nicht um der Schönheit des Plänterwaldes in irgendeiner Weise Abbruch zu tun — welches Interesse hätte sie daran! Im Gegenteil, man will den Wald dadurch in bestem Zustand erhalten und in seinem Wachstum fördern. Darum entfernt man schlechtes, nicht mehr lebensfähiges Holz, das dem Wald keineswegs zur Schönheit gereicht und dem Wachstum der anderen Bäume und Sträucher nur im Wege steht. Daß die gefiederten Sänger durch die Wegnahme dieser schlechten Bestandteile des Waldes sich in ihrem Gesange und Nesterbau nicht stören lassen, darf wohl angenommen werden; denn bekanntlich nisten die Vögel in den Wäldern am liebsten, deren üppiges und reiches Grün ihnen den besten Schutz gewährt.

### Orden mit Musik.

Gleich vier Orden auf einen Hieb hat der Obermusikmeister Graf vom zweiten Garderegiment zu Fuß erhalten. Verdienst: Er dirigierte seine Kapelle auf allerhöchsten Befehl bei den Jubiläumsfestlichkeiten im Berliner Schloß. Das entzückte die versammelten Potentaten so sehr, daß drei von ihnen je einen Piepmatz stifteten und der König von Preußen noch einen draufiegte. Besser läßt sich kaum zeigen, daß Orden heutzutage nur noch Metallwert haben.

### Eine Wasserhose,

wie sie auf Binnengewässern nicht oft zu sehen ist, wurde am Sonntagmittag von Berliner Seglern auf dem Seddin-See bei Schmöckwitz beobachtet. Bei ziemlich schwachem Wind, der in der Richtung häufig wechselte, erhob sich gegen 1½ Uhr, vom Lande kommend, ein etwa 15 Meter hoher Staubwirbel, der sich mit rasender Geschwindigkeit dem See näherte und hier in einem Durchmesser von etwa 2 Metern 5 Minuten vom Land entfernt eine Wasserhose bildete, die einen Durchmesser von 2½ Metern hatte. Das Naturschauspiel dauerte etwa 3 Minuten, dann platzte die Wasserhose mit einem starken Geräusch. Den zahlreichen Seglern und Ruderern gelang es im letzten Augenblick, das Kentern der Boote dadurch zu verhindern, daß sie die Segel vor dem Winde flattern ließen. Nur von einem kleinen, am Ufer festgemachten Segelschiff wurde der Mast mit Takelage und Segelwerk herausgerissen, und es gewährte einen eigenartigen Anblick, die Leinewand und den Mast, von dem ungeheuren Winddruck im Kreise herumgewirbelt, in einer Höhe von zirka 10 Metern durch die Luft sausen zu sehen.

### Eine Familientragödie.

Ein Familiendrama, bei dem zwei Kinder im Alter von drei und vier Jahren den Tod fanden und bei welchem die Mutter des einen Kindes sich eine schwere Gasvergiftung zuzog, hat sich in der Nacht zum Montag in dem Hause Kottbuser Ufer 57 abgespielt. Wir erfahren darüber folgendes:

In dem Hause Kottbuser Ufer 57 wohnt seit etwa einem Jahre der 25jährige, in einem Zeitungsverlag angestellte Hausdiener Ludwig mit seiner 24jährigen Frau Ida und seinem 8 Jahre alten Söhnchen Erich. Der Mann war im Hause als fleißig und ruheliebend bekannt und das Verhältnis zwischen den beiden Gatten galt als ein sehr glückliches. Während L. in seiner freien Zeit Renndepeschen ausfuhr, hatte die Frau eine Stelle als Aufwärterin angenommen. Vor einigen Tagen erschien nun die taubstumme Schwester der Frau L., die von ihrem Manne getrennt lebt, und bat die Schwester, ihr kleines vierjähriges Töchterchen Elise für einige Zeit aufzunehmen. Frau Ludwig sagte zu, ohne jedoch vorher mit ihrem Manne hierüber Rücksprache genommen zu haben. Der Hausdiener war aber über den unerwünschten Familienzuwachs wenig erfreut und machte seiner Frau heftige Vorwürfe. Schließlich rief er ihr gestern nachmittag im Aerger zu: „Du kannst ja auch aus dem Hause laufen wie Deine Schwester". Ueber die Aeußerung fühlte sich die Frau so verletzt, daß sie in den Tod zu gehen beschloß. Sie bezahlte in der Nachbarschaft kleine Schulden, die sie gemacht hatte, ließ aber dabei Andeutungen fallen, daß sie in den Tod gehen werde. Als der Hausdiener am Nachmittag sich in seinen Dienst begab, schloß die Frau mit den beiden Kindern sich in der Schlafstube ein und öffnete dann den Gashahn der Lampe. Als der Ehemann nachts gegen 12 Uhr nach Hause zurückkehrte, fand er auf dem Küchentisch einen Zettel liegen, auf dem die Worte standen: „Ich will mit meinem Sohn ein gemeinsames Grab haben". Voll banger Ahnung öffnete L. nun die verschlossene Schlafzimmertür gewaltsam und fand die Frau und die beiden Kinder leblos auf dem Bette liegen. Ein hinzugerufener Arzt stellte mit dem Sauerstoffapparat sofort Wiederbelebungsversuche an, die bei den Kindern ohne Erfolg blieben, während die Frau nach längerer Zeit wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte. Die Erkrankte wurde in das Krankenhaus am Urban gebracht.

### Durch eigene Schuld erschossen?

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich in der Nacht von Sonntag zu Montag vor dem Hause Gutenbergstraße 7 zu Charlottenburg abgespielt. In diesem Hause ist die 19jährige Anna Müller bei einem Kaufmann als Dienstmädchen in Stellung. Das junge Mädchen war am Sonntag ausgegangen und kehrte gegen ½12 Uhr nachts nach Hause zurück. Vor der Haustür stand der ebenfalls in demselben Hause bei seinen Eltern wohnende Handelshochschüler Grünfeld mit einem Freunde und die beiden jungen Leute plauderten mit einander. Da zog Grünfeld einen Revolver hervor und zeigte seinem Bekannten die Waffe, die er vor seinen Augen, um die Konstruktion besser zu erklären, lud. In diesem Augenblick trat die Müller, welche die Haustür aufgeschlossen hatte, hinzu. Sie kannte Grünfeld und das junge mutwillige Mädchen wollte sich nun mit ihm einen Scherz machen. Sie sprang auf G. hinzu und versuchte ihm die Waffe aus der Hand zu schlagen. Dabei entlud sich der Revolver und die Kugel drang der Müller, die unglücklicherweise sich im letzten Augenblick vor die Mündung gestellt hatte, in den Kopf. Das Mädchen sank blutüberströmt zu Boden und wiewohl sofort ein von der Unfallstation in der Berliner Straße hinzugerufener Arzt zur Stelle war, vermochte er doch nicht mehr Hilfe zu leisten, da das Mädchen bereits tot war. Der Besitzer der Waffe stellte sich sofort der Polizei, wo er nach kurzem Verhör entlassen wurde. Die Leiche des Mädchens wurde nach dem Schauhause gebracht.

### Bei einer Mondscheinfahrt ums Leben gekommen

ist am Sonntag früh ein junger Mann, der von Woltersdorfer Schleuse ab einen Dampfer der Reederei Saewert zur Rückfahrt bestiegen hatte. Als der Dampfer etwa eine halbe Stunde gefahren war, fiel in der Nähe des Ufers unterhalb des Neuen Kruges der Hut eines jungen Mannes ins Wasser. Um den Hut aus dem Wasser herauszuholen, wollte der Mann ins Wasser springen, wurde aber zunächst zurückgehalten. Der Sprung ins Wasser gelang ihm dann aber doch. Dem Führer des Dampfers wurde der Vorfall gemeldet, aber der Dampfer fuhr ruhig weiter. Bemerkt wurde aber, wie der junge Mensch, etwa zwei Meter vom Ufer entfernt, unterging. Sofort eilten zwei Ruderer mit einem Boot hinzu, aber der

Untergegangene konnte nicht gefunden werden. Passagiere des Dampfers sind der Meinung, daß der Mann nicht ertrunken wäre, wenn der Führer des Dampfers gehalten hätte. Es waren genügend Personen an Bord, die des Schwimmens und des Tauchens kundig waren.

**Der „Geflügelzüchter" und Berliner Einbrecher Fiolka,** der in der Bergfelder Sommerfrische wegen nächtlicher Einbrüche in Berliner Vororten verhaftet wurde, gehört zu den gemeingefährlichsten „geisteskranken" Verbrechern und ist ein alter Kunde der Berliner städtischen Irrenanstalten, ebenso wie sein mitverhafteter Komplize Peter. Fiolkas Spezialität besteht in der Ausraubung von Juweliergeschäften, weshalb er wiederholt mit Zuchthaus bestraft wurde, zuletzt mit zehn Jahren. Er verstand es aber immer wieder, dem Gefängnis zu entschlüpfen und im Irrenhause unterzutauchen, obwohl an ihm nichts weiter als die schließlich bei allen Gewohnheitsverbrechern vorhandene moralische Degeneration zu bemerken ist. Schon in Dalldorf spielte Fiolka, der sehr gewandt auftritt, viele Jahre unter den Patienten die „erste Geige". Er war hier jahrelang Privatsekretär des damaligen Oberarztes Dr. Richter, der ihm alle möglichen Vorteile gewährte und ihn später nach der Irrenanstalt Buch, deren Direktor heute der Geheime Sanitätsrat Dr. Richter ist, hinübernahm. Ausgerechnet dieser schwere und unverbesserliche Verbrecher gewann durch seine Schreibertätigkeit für den Direktor intimsten Einblick in die Akten unbestrafter Patienten und in viele sonstige Anstaltsverhältnisse, die einem derartigen Menschen fremd bleiben müssen. Man brauchte nur Fiolka zu fragen, der wußte so ziemlich jedes Aktengeheimnis. Im Jahre 1904 entfloh er, wohnte unangemeldet in der Potsdamer Straße und unternahm von hier aus Raubzüge nach den Juwelierläden in der Provinz, wobei man ihn endlich mit mehreren Spießgesellen ertappte. Fiolka war es auch, der während seiner Beschäftigung im Dalldorfer Anstaltsbureau aus dem offenstehenden Geldschrank ein paar Tausend Mark „entlieh" und gerade noch ergriffen wurde, als er aus dem ebenfalls offenen Parterrefenster springen wollte. Vor einigen Jahren kam der protegierte Verbrecher in — Familienpflege, verduftete aber bald nach Amerika. Hier muß ihm wohl der Boden auch so heiß geworden sein, daß er es vorzog, wieder die alte Heimat zu beglücken. Natürlich kommt Fiolka nach der Irrenanstalt zurück. Und wann wird er dann abermals als „gebessert" auf die Menschheit losgelassen? Solche gemeingefährlichen Subjekte überläßt die Oeffentlichkeit und selbst die Irrenrechtsreformbewegung mit Vergnügen den Irrenärzten, also auch den Forstassessor v. Knobloch. Daher ist es nackter Unsinn, wenn die Ullsteinsche „Berliner Morgenpost" in der letzten Sonntagsnummer aus offenbar psychiatrischer Quelle und mit gekünstelter Spitze gegen die Irrenrechtsreformbewegung schreibt, daß das Publikum diese Gemeingefährlichen, wie den Revolverhelden Knobloch, dem Irrenhause entziehen wolle.

### Ein paar Schlafstellenschwindler erwischt.

Als Schauspieler und als Ingenieur traten zwei gefährliche Schlafstellenschwindler auf. Der angebliche „Schauspieler" pflegte nur in besseren Pensionaten im Westen vorzusprechen. Er mietete elegante Zimmer und ließ sich dann aus „momentaner Verlegenheit" heraushelfen. Leider habe er seine Gelder im Gepäck untergebracht, und bis dieses vom Bahnhof eintreffen werde, brauche er unbedingt eine Geldsumme für einen bestimmten Zweck. Meist erhielt er auch das Gewünschte, bis der Gauner jetzt verhaftet werden konnte. Man ermittelte in ihm zwar keinen Schauspieler, wohl aber den arbeitslosen Hausdiener Wilhelm Suhr. In ähnlicher Weise operierte der Gelegenheitsarbeiter Hermann Winkler, der sich als „Ingenieur" vorstellte und mit Vorliebe im Norden Berlins auftrat. In der Pankstraße 59 konnte W. gestern in dem Augenblick, als er einem anderen Mieter die Taschenuhr und das Portemonnaie stahl, erwischt und der Polizei übergeben werden.

### Ein redseliger Steuererheber.

Wenn Steuererheber ihre Gänge machen, um die Steuern zu holen, sind sie meist nicht sehr gesprächig. Anders zeigte sich ein Steuererheber, der dieser Tage im Hause Eisenbahnstraße 18, wo er Steuern holte, mit der Frau eines Arbeiters eine Unterhaltung führte. Als sie über die Höhe der Steuern klagte und von der Forderung einer gerechten Besteuerung sprach, scheint er gemerkt zu haben, daß er es mit einer Sozialdemokratin zu tun hatte. Im Ton eines Mannes, der Bescheid zu wissen glaubt, setzte er ihr auseinander, daß es mit der Sozialdemokratie bergab gehe. „Was will denn die Sozialdemokratie?" fragte er dann, und er gab sich sogleich selber die Antwort: „Sie will die freie Liebe!" Warum es ihn drängte, gerade über dieses Thema sich zu äußern, ist nicht recht klar. Er machte kein Geheimnis daraus, wie er sich die „freie Liebe" denkt, und nicht wenig entrüstete er sich bei der Vorstellung, die er davon hat. Irgendwo muß er mal gehört oder gelesen haben, daß da „eine Frau noch einen andern haben" darf und das schwatzte er nun gläubig nach. Im Anschluß daran trug er die bekannte Weisheit vor, daß die Frau ins Haus gehört, ihre Wirtschaft besorgen soll, nichts im Wahlverein zu suchen hat, und so weiter. Schließlich erklärte er, die Eisenbahnstraße ekle ihn schon an. Leider verriet er nicht, warum diese Straße so unangenehme Empfindungen bei ihm weckt. Mancher wird finden, daß der Herr von dem Recht, anderen Leuten seine Meinung zu sagen, einen etwas weitgehenden Gebrauch gemacht habe. Wir aber möchten nicht, daß er künftig sich darin eine Beschränkung auferlegte. Nur den Rat geben wir ihm: bevor er andere Leute über die Sozialdemokratie zu belehren unternimmt, sollte er noch einiges dazulernen. Es könnte ihm sonst passieren, daß er mal an einen kommt, der ihm — Bescheid sagt. Warum läßt er sich übrigens nicht aus der ihn „anekelnden" Eisenbahnstraße nach dem noblen Berlin W. versetzen? Dort würde er doch für seine Belehrungen über Sozialdemokratie und „freie Liebe" gläubigere Ohren finden.

**Auf offener Straße erschossen** hat sich gestern in Treptow der 44 Jahre alte Gärtner Karl Sonnabend aus der Treskowstraße 58 in Berlin. Sonnabend litt seit längerer Zeit an einem unheilbaren Leiden.

**Aus Liebesgram erschossen** hat sich gestern der 21 Jahre alte Kaufmann Artur Göttlicher aus der Wilmersdorfer Straße zu Charlottenburg. Der junge Mann hatte sich mit seiner Geliebten entzweit und sich dies so zu Herzen genommen, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Als er gestern nachmittag allein in der elterlichen Wohnung war, schoß er sich eine Kugel in den Kopf, so daß er auf der Stelle verstarb.

**Festgestellt** ist die Persönlichkeit der unbekannten Toten, die am Freitagabend am Kronprinzenufer aus der Spree gelandet wurde. Es handelt sich um das 22 Jahre alte Dienstmädchen Gertrud Baumann aus der Schadowstraße. Bevor die Lebensmüde in das Wasser ging, schrieb sie mehreren Verwandten und Bekannten eine Postkarte, auf der sie von ihnen Abschied nahm, ohne jedoch den Grund ihres Verzweiflungsschrittes anzugeben. Die Karte unterzeichnete sie mit ihrem Namen und gab als Absendungsort und Adresse „Berlin, Spree" an.

**Wer ist die Tote?** Am Sonntag, den 22. d. M., wurde am Ufer des Flakensees zu Woltersdorf bei Erkner in der Nähe von Springeberg eine weibliche Leiche geborgen, welche anscheinend mehrere Tage im Wasser gelegen haben muß und Selbstmord begangen hat, da sich Spuren von Verletzungen an der Leiche nicht befanden. Sie ist etwa 1,60 Meter groß, zirka 40 Jahre alt, schlank, hat dunkles Haar, starke Augenbrauen, lückenhafte Zähne und war bekleidet mit dunkelblauem, mit weißen Ringeln gemustertem Kleide (Rock und Bluse), Bluse mit kurzen Aermeln, welche mit kleinen weißen Spitzen besetzt sind, und Leinenhemd, G. H. gezeichnet. Außer einem Taschentuch, welches ebenfalls G. H. gezeichnet war, wurden Sachen bei der Leiche nicht vorgefunden. Dieselbe befindet sich in der Leichenhalle des Woltersdorfer Friedhofes. Zweckdienliche Angaben wolle man sofort nach Woltersdorf bei Erkner gelangen lassen.

### Feuer auf den Schießständen des 2. Garderegiments.

Gestern, Montagvormittag wenige Minuten vor 9 Uhr kam auf den Schießständen des 2. Garderegiments am Tegeler Weg in der Jungfernheide ein großer Brand zum Ausbruch. Es ging ein Scheibenschuppen in Flammen auf und die Situation sah anfangs recht bedrohlich aus. Man alarmierte sofort die Charlottenburger und Berliner Feuerwehr. Von der Charlottenburger Wehr rückte der Zug aus der Hauptwache und von der Berliner Wehr der 28. Löschzug aus der Edinburger Straße auf der Brandstelle an. In Tätigkeit trat nur der Charlottenburger Löschzug, der den Brand unter Benutzung von zwei Schlauchleitungen innerhalb einer halben Stunde ablöschte. Um 10½ Uhr war jede Gefahr beseitigt und die Wehr kehrte wieder in ihr Depot zurück. Der Schuppen ist größtenteils vernichtet worden. Aus welcher Ursache das Feuer entstanden ist, konnte nicht festgestellt werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Steglitz.

#### Abgelehnt und doch erfolgreich.

Eine unbeabsichtigte Nebenwirkung hat ein Antrag der sozialdemokratischen Gemeindeverordneten erzielt: er hat der Schuldeputation die Ueberzeugung beigebracht, daß sie verpflichtet ist, für schulpflichtige Kinder — während der Ferienzeit — die Fürsorge zu übernehmen. Und das kam so: Im vorigen Jahre hatten sich hier — weil sich die Schul- und Gemeindebehörden um nichts kümmerten — einige Genossinnen zu dem gewiß sehr löblichen Zweck vereinigt, während der großen Ferien diejenigen Kinder, die nicht verreisen können, wöchentlich dreimal nach dem nahen Grunewald zu führen und dort unter schattigen Bäumen die kleine Gesellschaft mit allerlei Spielen zu unterhalten. Das Unternehmen fand nicht nur in Elternkreisen Beifall, viel mehr noch bei der lieben Jugend. Eine stattliche Schar von schulpflichtigen und auch noch nicht schulpflichtigen Kindern, die von Ausflug zu Ausflug größer wurde, fand sich stets an dem Sammelpunkte ein, um unter Aufsicht einiger Genossinnen den Ausmarsch ins Grüne anzutreten und dort unter kundiger Leitung die Zeit mit allerlei Spielen in fröhlichster Weise zu verleben. An besonders heißen Tagen erfolgte die Beförderung mit der kommunalen Grunewaldbahn, wodurch natürlich ebenso wie für verabreichte Getränke Kosten entstanden. Zu deren Bestreitung war dem Frauenkomitee aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft eine Summe zur Verfügung gestellt worden, die durch Beschluß der Gemeindevertretung durch einen Zuschuß von 50 M. erhöht wurde. Diese 50 M. sind, das sei nebenbei bemerkt, auf dem Umweg über die Grunewaldbahn wieder in den Gemeindesäckel zurückgeflossen, so daß eine wirkliche Ausgabe garnicht entstanden ist. Bei der diesjährigen Etatsberatung wurde nun von Genossen Aßmann beantragt, für den gleichen Zweck 100 M. in das Kapitel „Wohlfahrtspflege" einzustellen. Aber jetzt war der Gemeindevorsteher Buhrow, der bei der vorjährigen Beschlußfassung auf Urlaub war, auf dem Posten und rettete den preußischen Staat mit den Worten: „Ich beanstande den Antrag, weil er von einer bestimmten Partei gestellt ist." Dieser tiefsinnige Ausspruch war für die bürgerliche Mehrheit Grund genug zu einer Gänsehaut. Sie wagten nicht mehr wie im Vorjahre für den Antrag zu stimmen. Sie wollten aber auch das Odium einer unsozialen Handlung nicht auf sich nehmen und zogen sich mit dem Antrage aus der Schlinge, die Sache der Schuldeputation zur Beschlußfassung zu überweisen. Daß das nur ein Begräbnis bedeutete, wußten sie natürlich so gut wie wir. Was tat nun die Schuldeputation? Nach verschiedenen Erinnerungen und einer Wiederholung des Antrages durch eine beauftragte Genossin erteilte sie nunmehr folgenden Bescheid:

„Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß die Schuldeputation in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, den Antrag auf Ueberweisung einer Summe von 100 M. an das Frauenkomitee zur Veranstaltung von Ferienausflügen abzulehnen, weil die Schuldeputation der Ansicht ist, daß sie für schulpflichtige Kinder selbst die Fürsorge zu übernehmen hat. Sie hat dementsprechend die Summe von 100 M. zur Veranstaltung von Schulausflügen während der Ferien bewilligt und den Betrag den Schulen überwiesen.

Fabarius."

Also nachdem den Herren durch das Vorbild sozialdemokratischer Frauen das Gewissen geschärft worden ist, haben sie sich endlich auf ihre Pflicht besonnen. Eine entsprechende Ansage ist den Schülern bereits gemacht worden. Den älteren Schülern ist gesagt worden, daß diejenigen, die sich an den geplanten Ferienausflügen beteiligen wollen, jedesmal 50 Pf. mitbringen müßten. Anmeldungen müssen demnächst erfolgen. Die Herren der Schuldeputation scheinen der Meinung zu sein, daß die Väter der Volksschüler über ein ebensolches Einkommen verfügen, wie sie selbst, um für jeden Ausflug 50 Pf. pro Kind zu opfern. Oder hegt man die stille Hoffnung, daß unter diesen Bedingungen die Beteiligung so gering ist, daß nichts zustande kommt, um nachher wieder mit dem Brustton der Ueberzeugung sagen zu können: „In Steglitz ist kein Bedürfnis vorhanden!"? Jedenfalls werden wir die Sache im Auge behalten, um gegebenenfalls die Schuldeputation an die nunmehr selbst erkannte, aber bisher nicht betätigte Pflicht zu erinnern.

### Neukölln.

**Die Gründung eines größeren Gesangchors** bezweckt eine von den Gesangvereinen „Schneeglöckchen" und „Melodia" zu Sonntag, den 29. Juni, vormittags 9 Uhr, nach Bartschs Festsälen, großer Saal, Hermannstraße 49, einberufene öffentliche Sängerversammlung. Freunde eines guten Chorgesanges werden gebeten, die Versammlung zu besuchen.

### Charlottenburg.

**Zu dem Automobilunfall** in der Cosanderstraße, über den wir in der Sonntagnummer berichteten, teilt uns der Chauffeur des Geschäftsautos mit, daß der verunglückte Knabe seitwärts in den Kraftwagen gelaufen sei. Beim Gegenrennen gegen den vorderen linken Kotflügel habe sich der Knabe die Verletzung zugezogen. Er, der Chauffeur, habe das Kind alsdann selbst zur Unfallstation und nachher in das Krankenhaus geschafft.

**Eine vierte Sprechstunde** wird von jetzt ab jeden Montag von 2 bis 3 Uhr in der Charlottenburger Säuglings-Fürsorgestelle III, Kamminer Straße 34 II, abgehalten werden.

### Zossen.

#### Die sozialdemokratische Partei geht unter die Agrarier.

Das ist ein schönes Geschäft, dachte der Gemeindevorsteher von Fern-Neuendorf, wenn ich für einen halben Morgen Sand und Heide 275 M. bekomme, der mich selbst bloß 50 M. gekostet hat. Der Herr verkaufte ein bei Speerenberg gelegenes Stück Land an eine Kommission, die sich nachher als die sozialdemokratische Partei im Kreise entpuppte und die auch gleich Anstalten traf, hier in dieser friedlichen und abgelegenen Ecke des Kreises die Minierarbeit zu betreiben. So war am letzten Sonntag der Genosse Zubeil erschienen, um über das Thema „Der Kampf gegen die Reaktion in Preußen" zu sprechen. Wohl versuchten die Ortsgewaltigen von Speerenberg und Fern-Neuendorf durch Veranstalten von Festlichkeiten die Arbeiterschaft vom Besuch abzuhalten; dennoch waren über 100 Personen erschienen, die in atemloser Stille, zum Teil das erste Mal in ihrem Leben den Worten eines Sozialdemokraten lauschten. Zahlreich waren die Anmeldungen für den Wahlverein nach Schluß der Versammlung, ein Beweis dafür, daß es auch in der schwärzesten Ecke im Kreise Teltow anfängt zu dämmern. Zur Erheiterung der Besucher hatte sich auch der frühere Besitzer, unser liebenswürdiger Nachbar, eingefunden, der die Versammlung dadurch stören wollte, indem er in barschem Tone einige auf seinem Grundstück stehende Besucher heruntertrieb, aber durch die Glossierung des Genossen Zubeil bald verschwand. — Jetzt werden die Herren unsere Genossen nicht mehr los werden, bis jetzt hatten sie durch Verweigerung der Säle verhindert, daß auch sozialistische Ideen propagiert wurden; um so energischer wird nunmehr die Aufklärungsarbeit einsetzen, zum Aerger der Bauern und Spießbürger.

### Tempelhof-Mariendorf.

**Der Verein Jugendheim** hält am Dienstag, den 24. Juni, abends 8½ Uhr, seine Generalversammlung bei Becker, Berliner Straße 41/42, ab. Tagesordnung: Vorstands- und Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes.

### Mahlsdorf an der Ostbahn.

**In der Generalversammlung des Wahlvereins** erstattete zunächst Genosse Thomas den Bericht vom letzten Quartal und anschließend den vom verflossenen Geschäftsjahr. In die Bezirksleitung wurden die Genossen Dippner, Wiedemann, Thomas, Käming, Kurz, Scheibe, Radlach, R. Oertel, Rüdiger und Laufs, in die Kommission für die Landagitation die Genossen E. Käming, Dittmann, Zerfuß und Belan gewählt. Alsdann erstattete Genosse Giese den Bericht der Gemeindevertreter, der noch vom Genossen Oertel ergänzt wurde. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, am Sonntag, den 20. Juli, ein Sommerfest im Linkeschen Lokal abzuhalten.

### Bernau.

**Recht sonderbare Zustände in bezug auf die Behandlung von Kranken** bestehen am hiesigen Orte. Von einem in der Wandlitzer Chaussee wohnhaften Leser wird uns hierzu folgendes gemeldet: In der Nacht von Donnerstag zu Freitag erkrankte plötzlich meine Frau. Mein Nachbar erklärte sich bereit einen Arzt zur Hilfeleistung herbeizuholen; ich war jedoch nicht wenig erstaunt, als derselbe nach einer Stunde zurückkam mit dem Bemerken, daß Dr. M. Hilfe abgelehnt habe. Der zweite Arzt Dr. H., an den sich mein Nachbar gewendet hatte, ließ sich die Krankheit beschreiben und fragte, ob die Kranke alt oder jung sei, stellte ein Rezept aus und sagte, wenn ihr danach nicht besser wird, dann solle man ihn noch einmal rufen. Mit dieser Art ärztlicher Behandlung war ich nicht einverstanden. Ich ging nun zum dritten Arzt Dr. Sch. Dieser wunderte sich, daß man in der Nacht bis aus der Wandlitzer Chaussee zu ihm komme. Als er nun den Sachverhalt hörte, sagte der Arzt, ich lehne nicht ab, will aber erst polizeilich aufgefordert werden. Jetzt begab ich mich zur Polizei und ersuchte um Unterstützung. Der Wachtmeister erklärte, keinen der drei Aerzte auffordern zu können, da er dazu kein Recht habe. Darauf setzte sich der Beamte mit dem Chef- und Kommunalarzt Dr. G. in Verbindung und fragte an, ob er vielleicht die Kranke besuchen würde. Dr. G. lehnte ab, da er keine Hauspraxis habe; er schlug aber vor, die Frau nach dem Krankenhause zu bringen, wo er dann sofort zur Stelle sein würde. Da ich meine Frau nicht für transportfähig hielt, ging ich nochmals zu Dr. Sch. Nun endlich erklärte derselbe sich bereit, auch ohne polizeiliche Aufforderung zu kommen. Um 12 Uhr nachts wurde die Frau krank, um 3 Uhr bekam sie erst ärztliche Hilfe. Und weshalb, weil die ersten beiden Herren sich nicht in ihrer Nachtruhe stören lassen wollten. Wie auch von anderer Seite versichert wird, steht ein solches Verhalten der Herren nicht vereinzelt da. Wenn es auch kein Mittel gibt, das diese Herren zwingt, nachts ihre Räume zu verlassen und ans Krankenbett zu gehen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Tätigkeit eines Arztes für das Gemeinwohl von besonderer Bedeutung ist. Es ist jedenfalls ein unerhörter Zustand, daß es in einem Orte mit zirka 10000 Einwohnern so erschwerender Umstände bedarf, um ärztliche Hilfe zu erlangen.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Neukölln.** Donnerstag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathause, Berliner Str. 63, neuer Sitzungssaal, 2 Treppen.

**Charlottenburg.** Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Rathause, Berliner Straße.

**Pankow.** Dienstag, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathause.

**Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.**

**Marktpreise von Berlin am 21. Juni 1913.** nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,16 bis 20,20, mittel 20,08—20,12, geringe 20,00—20,04. Roggen, gute Sorte 16,38—16,40, mittel 16,34—16,36, geringe 16,30—16,32 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,10—16,50, mittel 15,60—16,00, geringe 15,20—15,50. Hafer, gute Sorte 17,30—18,80, mittel 16,20—17,20. Mais (mixed), gute Sorte 15,20—15,60. Mais (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Richtstroh 4,50. Heu, alt 6,20—7,80, neu 5,80—7,20.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,40—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,50. Bleie 0,80—1,70. 60 Stück Kreble 1,60—60,00.

### Witterungsübersicht vom 23. Juni 1913.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemde. | 765 | NO | 3 | Regen | 12 | Hapsaranda | 763 | SW | 2 | heiter | 13 |
| Hamburg | 766 | NNW | 2 | wolkig | 17 | Petersburg | 764 | NW | 1 | wolkenl. | 12 |
| Berlin | 765 | NW | 2 | wolkig | 18 | Scilly | 763 | WNW | 5 | halb bd. | 13 |
| Frankf. a. M. | 767 | W | 1 | Dunst | 14 | Aberdeen | 761 | NO | 1 | Dunst | 12 |
| München | 768 | SW | 3 | bedeckt | 12 | Paris | 767 | SO | 1 | wolkenl. | 16 |
| Wien | 764 | NNW | 3 | heiter | 16 | | | | | | |

**Wetterprognose für Dienstag, den 24. Juni 1913.**

Zeitweise heiter und am Tage ziemlich warm, aber veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 22. 6. cm | seit 21. 6. cm [1]) | Wasserstand | am 22. 6. cm | seit 21. 6. cm [1]) |
|---|---|---|---|---|---|
| Memel, Tilsit | — | — | Saale, Grochlitz | 111 | +37 |
| Pregel, Insterburg | —34 | +2 | Havel, Spandau [2]) | 12 | —2 |
| Weichsel, Thorn | 102 | —4 | „ Rathenow [2]) | —4 | +8 |
| Oder, Ratibor | 106 | —2 | Spree, Spremberg [2]) | 62 | 0 |
| „ Krossen | 93 | —5 | „ Beeskow | 79 | +1 |
| „ Frankfurt | 93 | —4 | Weser, Münden | 300 | +24 |
| Warthe, Schrimm | 22 | —4 | „ Minden | 230 | +14 |
| „ Landsberg | —10 | —5 | Rhein, Maximiliansau | 470 | +16 |
| Netze, Bordamm | —37 | —3 | „ Kaub | 223 | +2 |
| Elbe, Leitmeritz | —29 | +32 | „ Köln | — | — |
| „ Dresden | —180 | +3 | Neckar, Heilbronn | 100 | +20 |
| „ Barby | 52 | —1 | Main, Hanau | 126 | +1 |
| „ Magdeburg | 54 | —4 | Mosel, Trier | 38 | —1 |

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Nach telegraphischer Meldung ist die Weiße Elster heute nacht bei Krossen zu mittlerem Hochwasser angeschwollen.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.